

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

4/08

**Dezember 2008 · 61. Jahrgang
Einzelverkauf 6,- €**

Helmut Gollwitzer 100. Geburtstag – Zum Gedenken

Aktuell dazu:

Wieland Zademach/Reinhard Gaede

Reinhard Gaede

Wilhelm Weitling – 200. Geburtstag

Ulrich Peter

Harald Poelchau – Dienst in der Arbeitswelt

Jörg Baumgarten

Lasten tragen mit Christus

Attac/Ulrich Duchrow, Franz Segbers u.a., Detlef Hensche

Kein Frieden mit dem Kapital

Ottmar Schreiner

Gerechtigkeit

Bernd Siggelkow/Florian Reith OF

Die Arche/Die Suppenküche

Rezensionen

Bundesnachrichten

**CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST**

CUS

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:

Michael Bschorr, Reinhard Gaede,
Berthold Scharf, Robert Wollborn

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Michael Bschorr

Redaktions-Beirat:

Friedrich W. Bargheer, Blomberg
Heiko Bluhm, Lauffen a.N.
Hartmut Futterlieb, Bad Hersfeld
Fritz Hufendiek, Berlin
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt
Wieland Zademach, Unkel

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen

Erscheinungsweise vierteljährlich

Abonnements:

BRSD-Sekretariat, Michael Bschorr
Bobes Feld 14, 33818 Leopoldshöhe
Tel. 0 52 02/884 883, Fax 884 884
sekretariat@brsd.de, MBschorr
@t-online.de

Preise:

Einzelheft € 6,-, Doppelnummer
€ 8,-, Jahresabonnement Inland:
€ 20,- pro Jahr, Ausland: Europa
€ 24,-, Welt € 28,50. Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank, BLZ 350
601 90, Konto-Nr. 2 119 457 010
Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Kreativ-Schmie.de, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

Duckerei Hans Gieselmann, Bielefeld

ISSN 0945-828-X

Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin

INHALT

Jörg Baumgarten

Lasten tragen in der Kraft des großen Lastenträgers5

Wieland Zademach

Helmut Gollwitzer – Als Christ Sozialist10

Reinhard Gaede

Befreit zur Solidarität – Helmut Gollwitzer24

Reinhard Gaede

**Die Menschheit eine Familie – Wilhelm Weitling,
200. Geburtstag30**

Ulrich Peter

Harald Poelchau – Berliner Dienst in der Arbeitswelt 31

Attac

Das Finanz-Casino schließen45

Detlef Hensche

Ein Herz für Unternehmer49

Ottmar Schreiner

Gerechtigkeit durch Armen-Fürsorge?54

Florian Reith, OF

Die Suppenküche der Franziskaner in Pankow58

Heiko Bluhm

Heimatlos – ein Weihnachtsspiel61

Bernd Siggelkow

Die Arche63

Rezension

Kirche der Zukunft – Kirche in der Globalen Welt

(Friedrich W. Bargheer)66

Bundesnachrichten69

Fürbitte – Nachtgebet Buß- und Betttag 200870

Bilder- und Fotonachweis71

Autorennachweis71

Aus der Redaktion

In dieser Ausgabe gedenken wir des 100. Geburtstags von Helmut Gollwitzer. „Woran kann es liegen, dass er schon wenige Jahre nach seinem Tod am 17. Oktober 1993 fast völlig in Vergessenheit geraten ist“, fragt *Wieland Zademach* in seinem Artikel. Wir vermuten, dass man seine unbequemen Mahnungen und Bußrufe verdrängt hat. Dem kapitalistischen Rad in die Speichen fallen – das war doch immer wieder das Thema des mutigen Mannes, der Christ und Sozialist zugleich sein wollte, der gegen Berufsverbote anging und das Grundgesetz gegen die wirklichen Verfassungsfeinde schützen wollte, der eine Vision von der Kirche als „Vortrupp des Lebens“ hatte. *Solidarität* als Thema seines Lebens habe ich hervorgehoben. Mein Artikel würdigt, was davon in unserer Zeitschrift zu lesen war.

Vor 200 Jahren wurde *Wilhelm Weitling* geboren. Mein Beitrag erinnert an den ersten deutschen Sozialisten, der soziale Rechte für alle forderte. Die Leitsätze des BRSD fordern seit 1976 eine Beachtung des Frühsozialismus und seinen Vorstellungen von Genossenschaften.

Ulrich Peter hat in CuS 2–3/2008 über *Harald Poelchau* als „Begründer des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt“ geschrieben. In diesem Heft würdigt er „Harald Poelchau als Gründer der Evangelischen Industriejugend und Berufsschularbeit“. H. Poelchau (1903–1972), ein Freund Paul Tillichs, Seelsorger unendlich vieler gefangener Antifaschisten, hat in der Nachkriegszeit maßgeblichen Einfluss auf den Religionsunterricht an Berufsschulen sowie auf Angebote für Jugendgruppen im industriellen Bereich gehabt.

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht neue Schreckensmeldungen über die *Krise an den Finanzmärkten* uns erreichen. Spekulationsblasen sind weltweit geplatzt. Sie bezogen sich auf Zins-Währungs- und Kreditgeschäfte. Die Frankfurter Rundschau hatte am 9. Oktober 2008 auf der Titelseite die Schlagzeile „Die Pleite des Kapitalismus“, daneben das Bild von Karl Marx und ein Zitat aus dem kommunistischen Manifest 1848: „Die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor.“ Weil das Angebot an Geld von jeder Begrenzung befreit, eine Relation der Geldmenge zu Waren oder Dienst-Leistungen ignoriert und das Kredit-Volumen ohne Kontrolle ausgeweitet wurde, ging das Vertrauen in den Finanzmarkt verloren, was dann den Sturz vieler Aktien und den Zusammenbruch größter Banken zur Folge hatte. Die unvorstellbar große Summe zur Rettung der Banken (zurzeit 500 Milliarden Euro) stellt die Steuerzahler vor die Frage, was bekommt der Staat, was bekommen der kleine Mann und die kleine Frau dafür?



Helmut Pfaff, Friedrich Wilhelm Bargheer, Reinhard Gaede, Michael Bschorr, Elmar Klink, Fritz Hufendiek, Wieland Zademach

„Das Finanz-Casino schließen!“ heißt ein Aufruf der mit uns verbündeten Organisation *attac*. Dass die Profiteure selbst zur Kasse gebeten werden, Banken und Finanzmärkte kontrolliert und die Krise sozial bewältigt werden, sind die zentralen Forderungen. Sie stehen der staatskapitalistischen Praxis entgegen, Gewinne zu privatisieren, Verluste zu sozialisieren.

Vor dem Hintergrund der schweren Krise des Casino-Kapitalismus steht nun die im Juli 2008 erschienene *Denkschrift der EKD „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“*. (www.ekd.de/EKD-Texte) Sie hat beim sozialreformerischen Flügel des Protestantismus große Empörung hervorgerufen. Acht Erst-Unterzeichnende, darunter *Siegfried Katterle*, ehemals Vorstandsmitglied des BRSD und Schriftleiter von CuS, sowie unsere Autoren *Ulrich Duchrow*, *Franz Segbers* und *Detlef Hensche* haben dafür geworben, der Denkschrift zu widersprechen. Denn sie beschönigt die sozio-ökonomische Realität. Indem sie diese „soziale Marktwirtschaft“ nennt, legitimiert sie den neoliberalen Kapitalismus und distanziert sich von bisherigen sozialetischen Einsichten. Wir veröffentlichen den Aufruf und den Artikel von Detlef Hensche. Eine Rezension des Buches „Frieden mit dem Kapital“, das den Widerspruch begründet, soll später folgen. Das politische Nachtgebet „Reichtum schafft Armut“ kommt aus Siegen.

Ottmar Schreiner, SPD, Vorsitzender der AfA, kritisiert in seinem Beitrag über Gerechtigkeit wie auch früher die Agenda 2010 und verteidigt den Sozialstaat gegen neoliberales Denken. In Mindestlohn und Mindestrente sieht er Grundbedingungen sozialer Sicherung. Diakonische Initiativen sind die *Suppenküche der Franziskaner* in Berlin-Pankow und „*Die Arche*“ in Berlin-Hellersdorf. Über sie berichten *Florian Reith*, OF, und *Bernd Siggelkow*. *Heiko Bluhm* hat uns ein Weihnachtspiel geschickt. Es ist ein Beispiel für sozialkritische Verkündigung. *Friedrich W. Bargheer*, stellt uns in seiner Rezension den Band „Kirche der Zukunft – Kirche in der Globalen Welt, hg. v. *Wolfgang Osterhage* u. *Wieland Zademach*“ vor. Herzlich gratulieren wir zu seinem 70. Geburtstag. Und danken ihm für seine Mitarbeit im Redaktionsbeirat.

Die Presseerklärung in CuS 1/08 zum Scheitern einer rot-rot-grünen Koalition in Hessen ist aktuell geblieben. Für das Scheitern sorgten beim zweiten Mal vier Dissidenten in der SPD, die sich auf ihr Gewissen beriefen. Aber welche Gewissensentscheidungen sind so tief greifend, dass sie über der Solidarität mit der Partei stehen? Sie es nicht z.B. die Entscheidungen über Krieg und Frieden, Leben und Tod? Ausgrenzung einer demokratischen Partei, Feindbilder und Kontakt-Verbote sind keine ethischen Gründe für Gewissensentscheidungen. Die *Bundesnachrichten* weisen auf die Einladungen zur Tagung in Köln im Januar hin. Auf dem Kirchentag in Bremen 2009 und dem ökumenischen Kirchentag in München 2010 will der BRSD gerne wieder vertreten sein.

In eigener Sache: Einige haben auf unsern Aufruf „Aktiv für CuS“ im letzten Heft reagiert. Wir danken allen herzlich, die CuS finanziell oder durch Werbung unterstützen. Auch im neuen Jahr wollen wir den Preis niedrig halten. Nur bei Auslands-Abos müssen wir uns an die gestiegenen Gebühren anpassen, vgl. Impressum. Allen Lesern und Leserinnen wünsche ich ein frohes gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr mit Gottes Segen. Uns begleitet die Jahreslosung. Nach Jesu Warnung vor der Gefahr des Reichtums fragen seine Jünger: Wer kann dann selig (gerettet) werden? Und erhalten die hoffnungsvolle Antwort: „Was bei den Menschen unmöglich ist, das ist bei Gott möglich.“ (Luk. 18,27)

Reinhard Gaede

Lasten gemeinsam tragen in der Kraft des großen Lastenträgers Christus*

Von Jörg Baumgarten

Liebe Schwestern und Brüder, liebe Synodalgemeinde, dieser uns allen so wohlbekannte Konfirmationsspruch und – mehr noch – häufige Trautext Gal 6,2 als Eröffnung einer Kreissynode: Was kann da Neues gesagt werden, nachdem viele von Ihnen diesen Text unzählige Male ausgelegt haben? Und nachdem Sie als Presbyterinnen und Presbyter diesen Text als Einladung zur Vermeidung von Konflikten in den Familien oft bedacht haben? Und dann diese „Ethik der unmöglichen Forderungen“ in Römer 12: Auf Gutes bedacht sein gegenüber allen Menschen, mit allen Menschen Frieden halten, Feinden zu essen und trinken geben und das Böse mit Gutem überwinden? Wie soll das gehen? Wer soll das schaffen? Und weil das alles so unmöglich klingt, trösten sich politisch und wirtschaftlich Verantwortliche mit „Gesinnungsethik“ oder individuell geprägter persönlicher „Verantwortungsethik“. Beide ethischen Konzepte werden aber häufig so benutzt, dass man sich der öffentlich wahrnehmbaren Verantwortung gegenüber Gott und dem Nächsten in Wirklichkeit entziehen will!

Ich möchte Sie deshalb einladen, genauer hinzuschauen – in einer Zeit weitgehender Individualisierung, aber doch auch der Suche nach Orientierung. Und nun am Beginn Ihrer Kreissynode, die sich (heute Abend) mit dem Thema „Globalisierung gestalten“ befasst:

In Gal 6,2 summiert Paulus seine ethische Grundüberzeugung so: Als „Lastenträger“ „werdet Ihr das Gesetz Christi erfüllen“.

Nach Römer 10, Vers 4 ist Christus aber doch „das Ende des Gesetzes“. Dieser für den ersten Augenschein widersprüchliche Sachverhalt erklärt sich so: Lasten tragen hat nichts mit Gesetzlichkeit, einem „kasuistischen Muss“, zu tun, sondern ist ein klarer Indikativ: Ihr werdet das, was von Christen erwartet wird, erfüllen können und erfüllen. Dabei werdet ihr gestärkt durch den, der alle Lasten bereits getragen hat und weiterhin trägt. Er ist der große Lastenträger, der Euch vorangegangen ist und der alle wirklich schweren Lasten für Euch und mit Euch trägt. Das ist der Schlüssel zum Text! Wir sind dagegen nur die kleinen Lastenträger, die im Gefolge des großen Lastenträgers so leben, wie es die Sache des großen Lastenträgers erfordert – wie es im Lied heißt: „Die Sach' ist Dein, Herr Jesu Christ“.

Wir, die kleinen Lastenträger, können diesem großen Lastenträger folgen als „Geliebte“, als „Schwestern und Brüder“, als Geistbegabte und also Begeisterte.

Wir sind als Kreissynode und Kirche hoffentlich nicht nur das Spiegelbild der Gesellschaft im Großraum Herford! Paulus redet seine Gemeinden als „Geist-Begabte“ an. Damit meint er keine Spiritualität, die sich der Welt-Verantwortung entzieht. Er redet die Gemeinden vielmehr als die an, die den Geist Gottes erkennbar werden lassen. Sie sind die Vermittler des Geistes Gottes in die Welt hinein! Sie spiegeln mit ihrer ganzen Existenz als Gemeinde Jesu Christi Gottes Geist in die Welt hinein! Dabei dürfen wir in der Regel durchaus begeisterter auf unsere Umgebung wirken. Wir brauchen das nicht den Charismatikern und Pfingstlern zu überlassen! Ihr seid die von Gott mit sei-

nem Geist Begabten. Ihr, die Ihr etwas von Eurer Begeisterung weitergebt, tragt damit auch mit an den Lasten anderer!

Wir kennen den Vers aus Galater 6,2 in der Lutherübersetzung meist so: „Einer trage des anderen Last“: Im Urtext steht aber der Plural im Sinne eines Afrikanischen Sprichworts: „Ein Finger allein kann einen Tisch nicht tragen!“. Das ist nicht zufällig so, denn es geht hier um die Sozialität und Solidarität des Glaubens: Die Bibel in gerechter Sprache übersetzt darin genauer: „Traget einander Eure Lasten“. Noch präziser steht aber im Urtext: „Traget einander die (jeweils fremden) Lasten!“ Das heißt jedenfalls nicht: „Jeder hat sein Päckchen zu tragen“. Es heißt auch nicht: „Seid nett zueinander.“ „Macht Euch das Leben gegenseitig nicht schwer.“ „Mutet Euch gegenseitig möglichst wenig zu.“ Das alles steht da nicht!

Und wer sind diese anderen, deren Lasten ich tragen soll und kann? Ziehen wir den Leitvers ein paar Zeilen weiter aus, dann gibt Paulus die eigene Auslegung: „Lasst uns aber Gutes tun und nicht müde werden ..., Gutes tun an jedermann, allermeist aber an des Glaubens Genossen.“ Das ist natürlich eine bemerkenswerte Zuspitzung!

Im Griechischen steht da: Am meisten an denen, die im „Haus des Glaubens“ leben: dies wird in der Auslegung häufig reduziert auf die, die zur antiken Hausgemeinschaft gehören. Und das ist auch ganz praktisch: Man ist dann schnell bei der modernen Kleinfamilie oder dem kirchlich neumodischen Interesse an allem, was „vor Ort“ geschieht oder der Kerngemeinde. Wem das dann noch nicht reicht, der darf dann den Ort, vielleicht auch die Stadt mit einbeziehen, denn da ist man dann doch einander der Nächste.

Wer aber genauer hinschaut und fragt: Wer sind denn – theologisch gesprochen – die, die den OIKOS, das Haus des Glaubens, bevölkern? Das sind dann eben doch alle

die, die zum weltweiten OIKOS, dem weltweiten Haus Gottes bzw. dem „Haus des Glaubens“ gehören. Da ist die Frage noch nicht beantwortet, wie denn das Verhältnis zu denen zu gestalten ist, die außerhalb des Hauses Gottes leben? Liebe gegenüber „jedermann“ und jeder Frau ... Jedenfalls gestattet uns der Apostel Paulus den Rückzug auf die Kerngemeinde und die Menschen „vor Ort“ nicht! Es geht vielmehr um die, deren Zugehörigkeit zum Haus Gottes und zum Haus des Glaubens wir jeden Sonntag bekennen: „Ich glaube eine heilige (allgemeine) Christliche Kirche, die Gemeinschaft der Heiligen“.

Ich denke, das ist am Beginn einer Kreissynode zum Thema „Globalisierung gestalten“ wichtig, sich theologisch darin zu vergewissern: Wir fragen vorrangig nach all denen, die zum Hause Gottes, zum Haus des Christlichen Glaubens gehören. Das kommt auch deutlich in der genannten Übersetzung (der Bibel in gerechter Sprache) zum Ausdruck, wenn es da heißt: „Traget einander Eure Lasten und erfüllet so das Gesetz des Messias“. Beim gegenseitigen Lasten Tragen geht es also um nicht mehr und nicht weniger als um den Weg des Messias, der uns vorangehen ist als der große Lastenträger, der uns aber auch vorangeht und auf uns zukommt als der, der den Lauf der ganzen Erde bestimmt. Es geht also um nichts weniger als die Teilhabe am messianischen Reich, es geht also um ein Leben, das den Vorgeschmack der vollen Offenbarung des ganzen Reiches Gottes auf der Zunge trägt.

Lasten „tragen“ – das meint nun vor allem anderen nicht: Lasten kennen und benennen, auf das genaueste zu analysieren und sich dann wie bei Samuel Becketts Warten auf Godot so verhalten: „Wladimir sagt zu Estragon: Gehen wir? Estragon sagt „Ja“. Und sie bewegen sich keinen Millimeter.“ Der bekannte englische Gegenwarts-Dramatiker Simon Ste-

phens bekannte kürzlich in einem Interview mit der Wochen-Zeitung „DIE ZEIT“ (Nr. 21 v. 15. Mai 2008): Diesen Moment habe ich gestohlen und in ungefähr fünf Stücken verwendet. Er sagt alles über uns: Wir wissen, dass wir falsch leben. Der Kapitalismus wird uns ruinieren, aber wir tun nichts, um die Dinge zum Besseren zu wenden.“

Trifft uns das auch als Kirche in Westfalen? Ich meine: Ja! Theologisch und praktisch haben wir uns doch schon wunderbar an die Selbst-Bescheidung gewöhnt: Wir bemühen uns um die sog. „Kleinen Schritte“ und sind ganz stolz, wenn wir den Fairen Handel unterstützen, den es nun aber bereits über 30 Jahre (!) gibt, wenn wir Fairen Kaffee beim Gemeindefest trinken und Kapital von wenigen Genossenschafts-Anteilen bei OI-KOCREDIT als Gemeinde angelegt haben.

Ich will das nicht diskreditieren. Ich weiß auch: Kleine Schritte sind besser als große Vorsätze! Ich möchte aber auch feststellen, dass wir uns die Frage oft selbst gar nicht mehr zumuten: Zu was wären wir denn fähig? Statt ständig wiederholter verbaler „Kleiner Schritte“ ist zunächst die Frage viel versprechender: Welche Schritte können wir persönlich und auch gemeinsam wirklich gehen?

Da hilft es vielleicht, Zimmerleuten zuzusehen, wie sie einen großen Dachstuhl errichten und miteinander Lasten tragen – und sich ab und zu auch der Hilfe eines Krans bedienen. Wer nur herumsteht und nicht mit anpackt, wird bald „angemotzt“ ... Wer die Last immer den anderen zuschiebt, ebenfalls. Wer nicht wirklich nach Kräften anpackt, wird bald vom Bau gejagt. Und niemand muss mehr schleppen, als er kann.

Und praktisch konkret?

Es hilft, von Familien zu wissen, die mit Behinderungen leben.

Es hilft, von Gemeinden zu lernen, die viele Jahre die Partnerschaft mit der Karo

Batak-Kirche aktiv leben, und von den Partnern zu lernen.

Es könnte helfen, vom Fortbildungsprogramm für den Einsatz von Mikrokrediten zu lernen, wenn hier nun fast in jeder mittleren oder größeren Stadt sog. „Tafeln“ eingerichtet und die Armen mit Lebensmitteln versorgt werden.

Besonders beeindruckt war ich kürzlich von dem fränkischen christlichen Schuh-Unternehmer Helmut Mohr aus Selbitz (Marke „JOMOS“). Er versteht sich bewusst als Christ im Umgang mit Mitarbeitenden, Zulieferern und Kunden, vor allem im Blick auf den Kooperationspartner in Brasilien, etwa wenn sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Partner zu beider Ungunsten verändern.

Der Apostel Paulus fasst seine ethischen Grundüberzeugungen in Gal 6,2 unmissverständlich zusammen: Wenn wir teilhaben wollen an der Sache Jesu Christi, dann ist das Zusammenleben in dem einen globalen Haus Gottes so zu gestalten: „Traget einander Eure Lasten!“ Der erste Generalsekretär des ÖRK, der Niederländische Theologe Willem Visser't Hooft, hat dies so auf den Punkt gebracht:

„Es muss uns klar werden, dass die Kirchenglieder, die in der Praxis ihre Verantwortung für die Bedürftigen irgendwo in der Welt leugnen, ebenso der Häresie schuldig sind wie die, welche die eine oder andere Glaubenswahrheit verwerfen.“

Wenn die Lasten der anderen mitgetragen werden sollen, dann ist es gut, sich darüber zu verständigen: Was sind denn die „Lasten“ der anderen?

Schon der Club of Rome hat vor jetzt bereits 36 Jahren in seinem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ fünf Lasten klar benannt:

- die Folgen der Industrialisierung,
- das Bevölkerungswachstum,

- die Unterernährung,
- die Frage nach den Rohstoffreserven und
- die Zerstörung des Lebensraumes.

Bekannt geworden ist der „Brief an die Kirchen in Westeuropa“ von der Ökumenischen Konsultation zur Wirtschaft im Dienst des Lebens vom 15.–19. Juni 2002 in Soesterberg (Niederlande). Die Kirchen des Südens und Ostens hatten gefragt: Was bedeutet für euch im Zusammenhang der wirtschaftlichen Globalisierung die Einheit der Kirchen als der eine Leib Christi? Wie geht ihr in euren Kirchen mit euren Geldern um? Was tut ihr dafür, dass Wirtschaft und Handel in der einen Welt fairer werden? Ein Arbeitskreis hatte dann der Landessynode 2004 eine Resolution vorgelegt, Titel: Wirtschaft im Dienst des Lebens (veröffentlicht in den Materialien für den Dienst in der Ev. Kirche von Westfalen 1/2005, auch zu lesen unter www.ekvw.de, unter Service/Download). „Über eine andere Globalisierung – Widerstände und Möglichkeiten“ informiert in der Broschüre Hans Diefenbacher (S. 45–63). Er fordert andere Rahmenbedingungen einer „sozial und ökologisch verträglichen Weltwirtschaft“: Verwirklichung von Menschenrechten, Verringerung von Ungleichheit, Verstärkung von Demokratisierung und Partizipation, Alternative Energie- und Ressourcenpolitik, nachhaltige Landwirtschaft, ökologische und soziale Mindeststandards, Reduzierung der internationalen Schuldenlast, internationale Kontrolle transnationaler Unternehmen, Reform internationaler Institutionen. Auch die nationalen Rahmenbedingungen sind entsprechend umzugestalten.

Die Landessynode 2006 hat beschlossen, „Geld in nachhaltigem Investment“ anzulegen und im Rahmen ökumenischer Kontakte eine „nachhaltige Lösung des Schuldenproblems zwischen Nord und Süd anzustreben. „Ethische Dimensionen“ der

sozialen Marktwirtschaft sollen in einer künftigen Studie „betont werden. Sie brauchen also nicht bei Null anzufangen, sondern können an diese hervorragende Arbeiten zum Thema „Globalisierung gestalten“ anknüpfen. Außerdem wird ja noch der Vortrag von Friedel Hütz-Adams vom „Institut für Ökonomie und Ökumene Südwind“ über Forschungen zur Globalisierung folgen. (*Anmerkung der Redaktion:* Am Beispiel von Jeans und Natursteinen zeigte F. Hütz-Adams globalisierte Wirtschafts-Prozesse, die zu immensem Warenverkehr und zu internationalem Wettbewerb um niedrigere Löhne führten. Die Kirchen sollten sich ihrer Marktmacht bewusst werden, damit beim Einkauf soziale Standards erreicht werden.)

Wir wissen es eigentlich schon alle: Armut, Unter- oder Fehlernährung, schlechte Bildungschancen, ungerechte Handelsbeziehungen, Verschlechterung der Austauschbedingungen zwischen Süd und Nord, Auswirkungen des Klimawandels – wir können die Liste fast unendlich fortsetzen, und das meiste gilt natürlich – das wissen wir inzwischen auch – nicht nur zwischen Menschen und Kirchen in Industrie- und Entwicklungsländern, sondern ebenso in unserem eigenen Land – das sind die Lasten, die wir mit zu tragen haben. Aber das macht natürlich auch die Schwierigkeit aus: Nicht alle Balken können von allen gleichzeitig getragen werden. Aber manchmal habe ich den Eindruck: Wir wollen gar keine schweren Holzbalken tragen, sondern nur Streichhölzer!

„Traget einander die (fremden) Lasten“ – das kann auch nur Sinn machen, wenn die „Dachbalken“ gemeinsam in die richtige Richtung getragen werden: Diese Richtung heißt nach der ausführlichen Debatte in der Ökumenischen Bewegung zunächst nicht: „Gebt den Armen ein paar Spendengelder!“ Sondern es hieß: „Gute Nachricht für die Armen“, dann „Solidarität mit den

Armen“, dann „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ und nun vor allem: „Wirtschaften im Dienst des Lebens“. Dabei hat sich die Grundüberzeugung nicht geändert, dass die Armen Gerechtigkeit verdienen und die Erde für alle eine überlebensfähige Zukunft eröffnen muss – und das wissen wir im Grundsatz seit mindestens 40 Jahren! Deshalb geht es jetzt darum, angesichts der negativen Auswirkungen der Globalisierung, die Welt so zu gestalten, dass alle Menschen ein Leben in Würde führen können und dabei die natürlichen Ressourcen auch für zukünftige Generationen erhalten bleiben.

Leben als Brüder und Schwestern im Globalen Haus Gottes, im Haus des Glaubens, heißt im Sinne des Apostels Paulus: Gutes tun an jedem Menschen, „allermeist aber an des Glaubens Genossen und Genossinnen“, auf Frieden mit allen Menschen aus sein (Röm 12,18), keine Rache üben, den Feind umsorgen, ihm essen und trinken geben, das Böse mit Gutem überwinden (Röm 12,17–21).

Solchem Handeln weist Paulus eine dreifache Endzeitdimension zu: Wer so mit trägt, dem wird entsprechend im Reich Gottes vergolten.

Wer so mit trägt und sich einbringt als ein „Opfer, das lebendig, heilig und Gott wohlgefällig ist“ (Röm 12,2), der gestaltet den Gottesdienst im Alltag der Welt mit – zum Lobe Gottes! Und:

Wer so mit trägt, der hat die Sache des Messias zu seiner eigenen gemacht und lebt von der Kraft des großen Lastenträgers auf dem Weg in den Himmel.

Das ist ein hoffnungsvoller Weg!
Amen.

**Predigt im Gottesdienst der Kreissynode Herford, Thema „Globalisierung gestalten“, 13. Juni 2008, über Wochenspruch Gal. 6,2 und Text 4. So. n. Trin.: Römer 12,17–21*

Vgl. auch Jörg Baumgarten: Christen und Kirchen in einer ungerechten Wirtschaftsordnung, CuS 4/1989, S. 26–36

Pfarrer Jörg Baumgarten, Dr. theol., geb. 1943, verheiratet, 3 Kinder, Studium der Ev. Theologie in Wuppertal, Heidelberg und Bonn, 1969–72 Assistent für Neues Testament in Bochum, dann Vikar, ab 1974 Pfarrer in Köln, von



Jörg Baumgarten

1980–1996 im Gemeindedienst für Mission und Ökumene der Ev. Kirche im Rheinland, von 1996–2005 Regionalkoordinator Deutschland der internationalisierten Vereinten Ev. Mission (Wuppertal).

Ehrenamtlich seit Mitte der siebziger Jahre tätig im Bereich Ökumene und Entwicklung: Aktiv im Fairen Handel und Mit-Gründung des dt. Netzwerks der Förderkreise von Oikocredit (ehem. EDCS), beteiligt an der kirchlichen Anti-Apartheid-Bewegung und Förderung des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Mit-Gründer (1991) und von 1991–2001 Vors. des SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene (Siegburg – www.suedwind-institut.de), seit 2007 Vors. der „SÜDWIND-Stiftung für internationale soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit“.

Verschiedene Reisen nach Afrika und Asien, Autor und Herausgeber zahlreicher Veröffentlichungen zu ökumenischen und entwicklungspolitischen Themen (zuletzt: Zephania Kameeta, Im Wind der Befreiung. Grenzgänger zwischen Kirche und Politik, Hammer-Verlag, Wuppertal 2004 (engl. Towards Liberation, Windhoek 2006)).

CHRIST UND SOZIALIST – Helmut Gollwitzer zum 100. Geburtstag

Von Wieland Zademach

Zu erinnern ist an Helmut Gollwitzer, der am 29. Dezember 1908 geboren wurde. Fragt man heute Studierende der Theologie im Examen nach Helmut Gollwitzer, so ist man erschrocken über viel Unwissenheit, ja Unverständnis, die einem entgegen schlagen. Zum Prüfungswissen gehört die Kenntnis von Theologen wie Gollwitzer offenbar schon lange nicht mehr. Weder hat man Glück, wenn man nach dem großen Theologen Gollwitzer fragt – etwa den Dialogen mit der Bultmann-Schule oder den Diskussionen mit Dorothee Sölle wie auch den Debatten mit Gerhard Ebeling, Paul Tillich, Wolfhart Pannenberg oder den Schülern Karl Barths. Noch wird man fündig bei der Frage nach dem Zeitzeugen Helmut Gollwitzer, der weit über ein halbes Jahrhundert für viele auch kontroverse Auseinandersetzungen in Politik, Gesellschaft und Kirche gesorgt hat. Woran kann es liegen, dass Helmut Gollwitzer schon wenige Jahre nach seinem Tod am 17. Oktober 1993 fast völlig in Vergessenheit geraten konnte?

Oder ist es eher Verdrängung denn Vergessen? Unbequeme Mahner oder gar kritische Bußprediger haben keine Konjunktur in einer Kirche, die weitgehend dem Zeitgeist verfallen zu sein scheint: wo in überbetonter Kunden-Orientierung „Wohlfühl-Gottesdienste“ gefeiert werden, da kommt die „theologia crucis“ allzu leicht zu billiger Folklore („das Kreuz gehört zu Bayern wie der Chiemsee ...“); Gottes echte Menschen-Freundlichkeit mit ihrem Zusppruch und Anspruch auf das ganze Leben

hat keine Chance bei Kirchen-Leitungen, wenn deren Götzen Effizienz und Produkt-Marketing heißen. Dabei wünschte man sich in einer Situation, wo Mittellaß offenbar allenthalben die Oberhand gewonnen hat, erst recht eine Stimme wie die von Helmut Gollwitzer, die mit analytischem Scharfsinn Vorgänge kommentiert, Missstände kompromisslos anprangert und mit charismatischer Ausstrahlung nach Wegen aus der Gefahr suchen hilft.

Wo die Repression in der Ein—Dimensionalität unserer Gesellschaft offenbar bereits so perfekt ist, dass sie nicht mehr als solche empfunden wird, da ist kein Platz für Nonkonformisten vom Schlage Gollwitzers, der sich selbst einmal bezeichnete als „Kommunist ökologischer, christlicher, lukanischer, lutherischer, barthscher und sozialdemokratisch-sozialistischer Prägung“¹. Ein Nonkonformist, der in sich scheinbar Unvereinbares oder doch Widersprüchliches miteinander versöhnte. Nicht um ein theoretisches oder ideologisches System geht es bei ihm, das alle diese Elemente gleichmäßig umfasste, sondern um einen Menschen in seinem Widerspruch, Aufbruch und Widerstand. Die Verwirrung, die Gollwitzer oftmals stiftete, sie war allemal eine heilsame – und könnte es heute wieder sein; nötig hätten wir es.

Wegmarken – Prägungen – Klärungen

Am 29.12.1908 als Pfarrerssohn im bayerischen Pappenheim geboren, verbrachte Helmut Gollwitzer seine Kindheit und Jugend, den Wirkungsfeldern der Eltern folgend, in

Bad Steben, Lindau und Augsburg, wo er 1928 Abitur machte. Anschließend begann er in München das Studium der Theologie und Philosophie. Als begeistertes Mitglied der Jugend-Bewegung wurde der Wandervogel bald anfällig für den Nationalsozialismus, wandelte sich aber alsbald zum Radikalsozialisten, wie er später selbst bekennt: „Ich war als bayerischer lutherischer Pfarrerssohn von der rechten Seite der Hitlerverehrung im Laufe meiner Studienjahre nach links gerutscht unter Einfluss auch von Karl Barth. Und als Karl Barth mir 1931 sagte, er sei jetzt, weil er ständig als Sozi angegriffen wurde, der deutschen Sozialdemokratie beigetreten, habe ich entrüstet gesagt: Wie können Sie zu diesem „stinkenden Leichnam“ gehen? Ein Wort von Rosa Luxemburg! So war meine Position“².

Im Sommersemester 1930 kommt der bayerische Lutheraner – ein „Jüngelchen mit zerknitterten Hosen“ – nach Bonn, um bei dem renommierten reformierten Theologen Karl Barth zu studieren, später dessen Assistent zu werden und 1937, dann schon in Basel, promoviert zu werden mit seiner Arbeit „Coena Domini. Die altlutherische Abendmahlslehre in ihrer Auseinandersetzung mit dem Calvinismus, dargestellt an der lutherischen Frühorthodoxie“. Mit dieser Arbeit nimmt Gollwitzer theologisch etwas vorweg, was dann zwanzig Jahre später in die Arnoldshainer Thesen von 1957, an deren Erarbeitung er auch beteiligt war, einmündet: jenen geschichts-trächtigen Versuch einer lutherisch-reformierten Übereinkunft zum Problemkreis Abendmahl. Wie weit Gollwitzer der Zeit voraus war – oder umgekehrt wie langwierig der kirchliche Rezeptionsprozess theologischer Erkenntnisse sich gestaltet –, kann man daraus ersehen, dass es noch bis zum Jahre 1973 dauern sollte, ehe endlich

die Leuenberger Konkordie Abendmahls-Gemeinschaft zwischen diesen Kirchen feststellte ... In einer glücklichen Weise kamen in der Dissertation Gollwitzers biographische Herkunft und seine theologische Prägung durch Karl Barth in einen kompositorischen Zusammenhang. Spätestens ab diesem Zeitpunkt „versteht sich Gollwitzer als Barths Schüler – aber auch als Lehrling Luthers“³.



Pfarrer Helmut Gollwitzer 1939 in Berlin-Dahlem

Als Karl Barth 1935 aus Deutschland ausgewiesen wurde, musste auch Gollwitzer als sein Assistent die Bonner Theologische Fakultät verlassen. Inzwischen hatte er die Bekanntschaft Martin Niemöllers gemacht, der ihn alsbald nach Berlin holte, zum Bruder-rat der altpreußischen Union, als Ausbildungsreferenten für die jungen Theologen der Bekennenden Kirche. Dort, in Berlin-Dahlem, versuchte Gollwitzer, Kirche und Gemeinde in einer Weise zu leben, „die quer, subversiv, in Frage stellend, unterhöhlend und umformend zur gesellschaftlichen Wirklichkeit und helfend und begleitend zu deren insbesondere judenchristlichen und jüdischen Opfern stehen sollte“⁴. Als Martin Niemöller am 1. Juli 1937 verhaftet wird, übernimmt Gollwitzer dessen Nachfolge. Am Abend des der Verhaftung folgenden Sonntags fand ein Fürbitt-Gottesdienst statt, bei dem Gollwitzer über Apostelgeschichte 12,5 predigte: „Und Petrus ward im Gefängnis gehalten, aber die Gemeinde betete ohne Aufhören für ihn zu Gott“. Von da an kam

die Dahlemer Gemeinde jeden Abend zu diesen Fürbitt-Gottesdiensten zusammen, acht Jahre hindurch ohne Unterbrechung. Die Langzeit-Wirkung dieser stärkenden Erfahrung erstreckt sich bis in das Jahr 1989 hinein zu den Montags-Gebeten in der DDR. Nicht nur, dass man zurückgreifen konnte auf die Tradition von Dahlem in der Kriegszeit und davor; der Bogen spannte sich zu einzelnen noch lebenden Personen sowie in den Generationen vieler Familien.

Der Kriegsdienst, der den überzeugten Pazifisten vor unmittelbarer Verfolgung durch die Nazis wegen seines Engagements in der Bekennenden Kirche bewahrte – Gollwitzer hatte Gönner unter hohen Militärs, die ihn zu diesem Schritt rieten – führte ihn in russische Gefangenschaft und damit in intensivste Auseinandersetzung mit stalinistischer Praxis und marxistischer Theorie, die ihn in Anknüpfung und Widerstand ein Leben lang prägen sollte. So etwa, als in den Zeiten des heftig tobenden Kalten Krieges seine Berufung nach Basel auf den Lehrstuhl seines Lehrers Karl Barth politisch verhindert wurde, weil die Schweiz sich kein „trojanisches Pferd des Kommunismus“ leisten könne und wolle. Davon profitierte schließlich Berlin, wo Gollwitzer bis an sein Lebensende lehrte – auch hier heftig umstritten, nicht nur politisch, sondern fast mehr noch innerkirchlich.

In intellektueller Anstrengung des Begriffs wie auch in der persönlichen und praktischen politischen Vermittlung hat Gollwitzer Theologie sich und anderen nicht leicht gemacht: am Schreibtisch, im Hörsaal, auf der Kanzel, in Mutlangen beim Sitzstreik vor den Raketendepots, in der Seelsorge, wenn er Ulrike Meinhof zu Grabe geleitete. Bei Gollwitzer ist nie als Gegensatz erschienen, was andere ständig

gegeneinander ausspielten: Kirchenkampf und Klassenkampf, Glaube und Politik. Nächstenliebe und Struktur verändernde marxistische Theorie und Praxis des Sozialismus existieren bei ihm in einer einmaligen Identität des Nichtidentischen. Keine Bewegung, keine Partei, keine Institution konnte ihn je vereinnahmen oder gar domestizieren. Fast alle, die ihm begegneten, spürten den kräftigen Wärmestrom der Solidarität, der sich wie ein roter Faden durch Gollwitzers Leben zog. Auch viele, die ihn sachlich scharf angriffen oder die er in Wort und Tat bekämpfte, aber nie menschlich verachtete, beschämte er durch seine hartnäckige Menschen-Freundlichkeit. So konnte er für viele zum Mutmacher werden, auch in Zeiten theologischer Dürre und politischer Restauration.

Sprung über die Mauer – oder der „Dritte Weg“

Zur Komplexität des Wirkens von Helmut Gollwitzer gehört seine Teilnahme an zwei sich zunächst vollkommen unabhängig von einander entwickelnden Bewegungen, die unsere Gegenwart noch mehr bestimmen, als manche meinen, und die umgekehrt Gollwitzers weiteren Weg entscheidend mitbestimmen sollten: der „Christlichen Friedenskonferenz“ (CFK) und der 68er Bewegung, die weit mehr war als eine Studenten-Revolution. In Person und Werk von Helmut Gollwitzer schnitten sich beide geradezu und befruchteten sich wechselseitig. Der zentrale Zusammenhang von Theologie und Biographie wird hier besonders deutlich. Richtige Ideen fallen nicht vom Himmel, ihr Wurzelgrund sind gesellschaftliche Auseinandersetzungen und biographisch damit vermittelte Erfahrungen. So entsteht im reflektierten Zusammenspiel Authentizität – das, was

K. Barth „theologische Existenz heute“ nannte.

Die CFK oder auch Prager Friedenskonferenz verdankt ihre Existenz einer Lücke oder einem Defizit im Gefüge des im Jahre 1948 mit einer ersten Vollversammlung ins Leben gerufenen „Ökumenischen Rates der Kirchen“ (ÖRK). Gehörte anfangs der „Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen“ noch zum ÖRK dazu, so blieb nach dessen Auflösung das Feld der konkreten Friedensarbeit der Kirchen weitgehend unbesetzt. Hinzu kam der Konflikt um die Ausrichtung des ÖRK bereits bei seiner Gründung in Amsterdam. Der spätere amerikanische Außenminister John Foster Dulles stellte damals den Versuch an, den Weltrat der Kirchen „in die westliche Kreuzzugsfront einzugliedern und damit die falsche Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Bolschewismus im Weltmaßstab zu wiederholen“ (E. Wolf).

Die gewünschte Verlagerung nach New York verhinderte der tschechische Theologe Josef L. Hromadka, der unter Berufung auf die grundsätzliche Distanz der Kirche zur Welt die Unabhängigkeit des ÖRK wenigstens organisatorisch rettete.

Helmut Gollwitzer kam zur CFK im Zuge seiner politisch-ethischen Entwicklung von der Antiatom- zur Friedensbewegung. Im Atomzeitalter gehören Kriege, an denen Christen notfalls unter gewissen Bedingungen teilnehmen konnten, endgültig der Vergangenheit an. Konsequente Ablehnung des Militärseelsorge-Vertrages von 1957 war die Folge dieser Haltung wie eben die Mitarbeit in der CFK ab der Gründung 1958.

Seit der ersten „Allchristlichen Friedens-Versammlung“ in Prag 1961 fand auf der Plattform der CFK mit ihrem Präsidenten Hromadka ein reger Dialog über die Gefahr der Atomwaffen, über die Abrüstung,

über die Anerkennung der Grenzen in Europa, über den Sozialismus, die ungerechten ökonomischen Strukturen in der Dritten Welt und über viele andere Fragen statt.

Jenseits der antisowjetischen Hysterie des Westens ebenso wie eines dogmatischen Realsozialismus im Osten wurden hier „Dritte Wege“ entwickelt und diskutiert, die teilweise einige

Jahre später im „Prager Frühling“ von 1968 ihren konkreten Verwirklichungsversuch erlebten. Die Bewegung der CFK erlebte Gollwitzer als eine riesige Horizonterweiterung, brachte sie doch Christen aus fast allen Kirchen in sozialistischen Ländern mit Christen aus dem Westen und bald auch aus Ländern der Dritten Welt zusammen.

Hierher gehören schließlich die Ostermärsche, die Gollwitzer verstanden hat als eine sichtbare Ermutigung für die Kirche, „durch Vorangehen mitzuwirken an der neuen Moral, die dem Atomzeitalter und seinen Risiken gemäß ist“. Glaube und Vernunft, Vernunft und Gebot Gottes fallen zusammen bei der Frage der Atomwaffen. Wer aufsteht gegen die atomare Rüstung, der „praktiziert Ostern“. Hinzu kommt die immer drängender werdende Erkenntnis, dass nicht erst am Krieg, sondern schon an der Rüstung „die Entwicklung des hungernden Weltteils stirbt“. Eigentlich sind hier bereits alle Themen des



Wieland Zademach

späteren ökumenischen „konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ in ihrem Zusammenhang erkannt und ausgesprochen ...

Die 68er Bewegung

Den entscheidenden Ertrag der 68er Bewegung für Kirche und Theologie sehe ich in einer grundstürzenden Erkenntnis-Erweiterung in doppelter Hinsicht. Zum einen in der Überwindung des unheilvollen Gegenübers von Kirche und Welt, das lange Zeit beherrschend war für die Volksfrömmigkeit ebenso wie für die kirchliche Praxis. Fortan jedoch erschienen Kirche und Theologie eben auch als gesellschaftliche Funktions-Zusammenhänge und wurden als solche mit dem entsprechenden kategorialen Rüstzeug reflektiert und kritisierbar. Zum anderen in der Aufhebung des historisch so verhängnisvollen Gegensatzes von Christentum und Marxismus als einander ausschließende Weltanschauungen mit umfassendem Absolutheitsanspruch.

Dass bei der Studentenrevolte als der Vorstufe der 68er Bewegung von Anfang an erstaunlich viele Pastoren-Kinder und Theologie Studierende aktiv waren, das deutet darauf hin, dass hier zumindest unterschwellig ein Gespür dafür vorhanden war, dass ureigene Anliegen auf dem Spiel stehen. Hierher gehören auch die Vermittlungs-Bemühungen von Gollwitzer und Bischof Kurt Scharf bei den Berliner Auseinandersetzungen vom Sommer 1967.

Die eigentliche Politisierung und der damit verbundene erkenntnistheoretische Durchbruch gelangten erst 1968 unter dem Einfluss der Vollversammlung des Weltkirchenrates in Uppsala, die seinerzeit die Entwicklungs-Problematik der Dritten Welt ins Bewusstsein der kirchlichen Öffentlichkeit rückte. Die sich landauf landab

bildenden kritischen Gruppierungen in Landeskirchen und Synoden stießen lange Zeit auf entschiedenen Widerstand im kirchlichen „Establishment“. Bestätigt jedoch fühlten sie sich durch den französischen Theologieprofessor Georges Casalis, der die Unruhen an der Pariser Sorbonne nicht nur in die Linie der Aufklärung und der Französischen Revolution rückte, sondern auch theologisch als „Exodus-Geschehen“ deutete: als den „Auszug aus der Knechtschaft und der Sekurität einer Gesellschafts-Ordnung, die alles beim Alten lassen will und oft genug nichts ist als ein System der Un-Ordnung“. Weg von „den Fleischtöpfen Ägyptens“ habe der „Vormarsch auf das verheißene Land“ begonnen, „auf eine neue Stadt zu, die Stadt der Menschlichkeit und Brüderlichkeit, in der Christus das Herzstück ist“⁵.

Der zeitgleich sich abzeichnende politische Prager Frühling, begleitet vom verheißungsvollen marxistisch-christlichen Dialog, der Protest gegen den Krieg der USA in Vietnam, die Wiederentdeckung der Psychoanalyse in ihrer linken Variante bei Wilhelm Reich, Erich Fromm etc.: all dies waren Faktoren, die eine „Funktions-Analyse der Kirche im Spätkapitalismus“ möglich werden ließen.

Reich Gottes als Kompass

Es dauerte eine Weile, bis aus dem unterschwelligen Gespür die sichere Erkenntnis wurde, dass man mit seiner Gesellschaftskritik theologisch ja durchaus bei sich selbst war: lutherischerseits etwa mit der Neuentdeckung der Opposition des Reformators gegen den Frühkapitalismus seiner Zeit; in der reformierten Tradition der Bekennenden Kirche mit der Wiederentdeckung des lange Zeit verschütteten „Darmstädter Wortes“ von 1947, das seinerzeit das „Stuttgarter Schuldbekenntnis“

von 1945 konkretisieren wollte und den Satz enthielt: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, dass der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen“. In Weiterentwicklung der Positionen im „Darmstädter Wort“ ist der Marxismus weltanschaulich jetzt nicht mehr ein bloßes Gegenüber, auch wenn er diese Funktion im Sinne einer Mahnung zu bußfertiger Umkehr auch weiterhin behält, sondern er wird zu einer unentbehrlichen Begrifflichkeit und Methodologie der Theologie selber, ein entscheidendes „Werkzeug zur Analyse der gesellschaftlichen, kirchlichen, persönlichen und biblischen Wirklichkeit“ (Casalis).

Die Nach-68er führen eigentlich keinen christlich-marxistischen Dialog mehr, sie wenden die marxistische Methodologie auf ihr eigenes Gebiet an. Mehr noch: so wie wir es von Paulus, von Luther und in jüngster Zeit sehr eindringlich bei Ernst Bloch oft schmerzlich lernen mussten, dass der Atheismus immer auch eine Dimension innerhalb des Glaubens ist, so wird Marxismus nun zum wesensnotwendigen Struktur-Element von Theologie. Von nun an wird Helmut Gollwitzer auch terminologisch mit größter Selbstverständlichkeit die Ebenen wechseln, die sich in einer Symbiose durchdringen. Biblische Sachverhalte kann er ebenso mit marxistischen Kategorien auf den Punkt bringen wie er Einsichten marxistischer Analyse mit biblischen Bildern veranschaulicht; seine an der Dialektischen Theologie geschulte Fähigkeit, sich in Widersprüchen zu bewegen, kam ihm dabei zugute; nie aber verlor er den Kompass: das Reich Gottes für diese Welt.

Zeit seines Lebens war für Gollwitzer das Lukasevangelium von existentieller Wichtigkeit und Dringlichkeit. Bereits 1940 erschien unter dem Titel „Die Freude Gottes“ seine Einführung, und gepredigt hat er dieses Evangelium schon während der 30er Jahre in seiner ersten Berliner Zeit und dann immer und immer wieder, bezogen auf die jeweiligen Zeitumstände. Dabei hat Gollwitzer das Geschehen um Kreuz und Auferstehung Jesu Christi immer in voller biblischer Radikalität behauptet und unter der Kategorie des Reiches Gottes als dessen Anspruch und Zuspruch auf die konkrete Gegenwart bezogen. Ort bleibender Entscheidung ist eben das irdische Leben; darin stimmt Jesus mit dem Ersten Testament überein. Keinerlei Milderungen oder Projektionen in ein Später wie Fegefeuer, Seelen-Wanderung oder ähnliches mindern den kritischen Ernst des irdischen Anspruchs Gottes, der keinerlei abstrakte Trennung von Kirchlichem und Weltlichem, von Religion und Politik gelten lässt. Zuspruch und Anspruch des Reiches Gottes zielen auf Dienst. Gottesdienst ist „das reale, leibhaftige Leben der Gemeinde, durch ihre tätigen Entscheidungen und Bekenntnisse im Bereich der äußeren Wirklichkeit“⁶.

Krummes Holz – aufrechter Gang

Mit der Erkenntnis der unausweichlichen Verstrickung von Kirche und Theologie in die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse werden deren Erforschung und damit die Einsicht in die ökonomischen und politischen Zusammenhänge mehr und mehr zum zentralen Arbeitsfeld Gollwitzers. Eine seiner wichtigsten Schriften, die „wie Leuchttürme der Orientierung aus den Stürmen und Wogen theologischer Debatten“ herausragen (J.M.Lochman), erscheint 1970 mit „Krummes Holz–

aufrechter Gang“, in der er sich mit der „Frage nach dem Sinn des Lebens“ beschäftigt. „Krummes Holz“, so sprach Immanuel Kant demütig vom Menschen. „Aufrechter Gang“, das ist Ernst Blochs Sinnbild für das stets anzustrebende, wohl niemals ganz zu erreichende Ziel geschichtlicher Menschwerdung. Zwischen beiden Polen oszilliert die urmenschliche, nie erledigte Sinnfrage. Während Kant der Meinung war, dass aus krummem Holz letztlich nichts Gerades gezimmert werden könnte, versuchte Bloch mit diesem Begriff den Marxismus aus seiner intellektualistischen Engführung zu befreien und ihm einen „utopischen Wärmestrom“ zuzuführen. Gut lutherisch interpretiert Gollwitzer diese Spannung als eine zwischen „Pessimismus des Verstandes und Optimismus des Willens“ und fragt: Wie kommt krummes Holz zu aufrechtem Gang?

Ausgerechnet während seiner russischen Gefangenschaft hatte Gollwitzer sich dazu aufgefordert, die Bände von Marx, Engels und Lenin zu studieren – oft unter dem Hohn vieler seiner Mitgefangenen.

Als Reaktion auch auf seine Erfahrungen und Studien favorisierte er nach seiner Rückkehr als ordnungspolitische gesellschaftliche Option zunächst einen „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz“; er sah darin eine „durch realistische Resignation sich empfehlende Hoffnung“. Diese Möglichkeit wird er später als untauglichen Reformversuch endgültig ablehnen, wobei seine Umorientierung entscheidend zusammenhängt mit Berichten und Analysen, die Gollwitzer durch ökumenische Kanäle und seine Verbindung mit „linken“ Wissenschaftlern über die tödlichen Auswirkungen des Kapitalismus in der Dritten Welt erhielt. Das Ergebnis seiner Reflexionen legt er 1968 nach der Weltkirchenkonferenz in Uppsala in seiner Monographie „Die rei-

chen Christen und der arme Lazarus“ vor. Gollwitzer widmet diese Schrift ausdrücklich den Studierenden der damaligen APO – diesmal unter dem Hohn vieler seiner professoralen Kollegen und der bundesdeutschen Öffentlichkeit.

Ohne seinen Blick hinaus über die „westliche Provinz der Arbeiter-Aristokratie“ und hinein in die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge und Entwicklungen in der Dritten Welt wäre Gollwitzers sozialistische Entscheidung nicht erklärlich. Mit ausgelöst wurde sie eben durch das Entsetzen über die Erkenntnis darüber, was derselbe Kapitalismus, dem wir in Europa doch auch solche sozialen Errungenschaften zu verdanken haben, in der Dritten Welt anrichtet. Ein Schlüssel-Erlebnis war für ihn, als auf der Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft des ÖRK 1966 in Genf ein Kirchenvertreter aus Mozambique ihm auf den Kopf zusagte: Du bist nicht mein Bruder, solange Du Dich aus Deinen Verstrickungen in das Ausbeutungs-System der Ersten Welt nicht lösen kannst. Und ein besonderes Lehrstück war ihm hierbei der Militärputsch in Chile von 1973 mit der Ermordung des demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende. Hier wurde Gollwitzer endgültig klar, dass „Klassenkampf nicht begonnen wird von irgendwelchen böswilligen Rädelsführern, nicht von den Sozialisten, er ist von oben her ständig im Gange, mit den verschiedensten Methoden, unblutigen und, wenn es sein muss, blutigen ...“ Spätestens jetzt kann „jeder wissen, was Klassenkampf ist: immer zuerst der Klassenkampf von oben, der Klassenkampf der Privilegierten, zäh entschlossen zu jeder Brutalität, zu jedem Rechtsbruch, zu jedem Mörder, auch zur Abschaffung der Demokratie, wenn sie nicht mehr zur Sicherung der Klassenherrschaft taugt ... Kapitalis-

mus greift notwendig zum Faschismus, wenn die Lage für ihn gefährlich wird ...“⁷. Nichts hat Gollwitzer jemals von der Schärfe dieser Analyse zurückgenommen, lediglich modifiziert hat er sie im Blick auf europäische Verhältnisse.

Dem kapitalistischen Rad in die Speichen fallen

Unter dem Titel „Die kapitalistische Revolution“ wurde 1974 als Buch veröffentlicht⁸, was Gollwitzer ein Jahr zuvor als „persönlichen Rechenschafts-Bericht über das Ergebnis meiner analytischen Arbeit“ bei der Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft vorgetragen hatte mit der Überschrift: „Der Gang der internationalen Klassenkämpfe heute und die christlichen Kirchen.“⁹

Als zentrale Voraussetzung seines Ansatzes nennt Gollwitzer die Marxsche Analyse der bisherigen Menschheits-Geschichte als einer Geschichte von Klassenkämpfen sowie die Einschätzung der höchst revolutionären Rolle der Bourgeoisie. Einerseits verdanken wir eben dieser „kapitalistischen Revolution“ ungeheure Fortschritte wie die Emanzipation der Wissenschaft – auch von der Kirche! – und die „Zerstörung aller feudalen, patriarchalistischen idyllischen Verhältnisse“. Neben dem Wohlstand in den reichen Zentren der Erde „verdanken“ wir andererseits der von ihr durchgesetzten „gewissenlosen Handelsfreiheit“ auch die Barbarei des Imperialismus, das Elend der unterentwickelten Regionen, die Katastrophengeschichte Europas etc. Die für sozialistische Ohren zunächst ungewöhnliche Verbindung von Revolution und Kapitalismus soll „meine Überzeugung ausdrücken, dass wir nicht zu wählen haben, ob wir die Revolution wollen oder nicht, sondern nur noch, welche wir wollen: die schon im Gang befind-

liche und noch rapid eskalierende Revolution der entfesselten Destruktivkräfte oder die Umkehr von der Destruktion zu einem konstruktiven Entwurf menschlicher Gesellschaft, der der destruktiven Verwendung ihrer Produktivkräfte ein Ende setzt“¹⁰. Die allmählich ins Bewusstsein dringende ökologische Katastrophe ist für Gollwitzer der ultimative Beleg für die Mensch und Natur gleichermaßen vernichtende Tendenz kapitalistischer Entwicklung.

Im Unterschied zu und in Auseinandersetzung mit vielen seiner linken Freunde hält er ein an langfristigen Interessen orientiertes Wirtschaften im Kapitalismus nicht für möglich und deshalb eine „ökologische Marktwirtschaft“ für die Quadratur des Kreises – Gewinnstreben und Eigennutz als Grundpfeiler einer freien Marktwirtschaft müssten dabei außer Kraft gesetzt werden. Gollwitzer sieht den Kapitalismus auch nicht etwa in einer Zerfallsphase befindlich, sondern er konstatiert nüchtern, dass der Kapitalismus ein Feind ist, „der nicht zu siegen aufgehört hat“, weil ihm Fortschritt und Wachstum zum Selbstzweck geraten. Die Rettung vor dem Irrsinn dieser kapitalistischen Revolution liege nur darin, in diesem – wie es Walter Benjamin schon vor über einem halben Jahrhundert formulierte – „in die falsche Richtung rasenden Zug zur Notbremse zu greifen“. Sozialistische Revolution als Notbremse ... Bei der seinerzeit von Rosa Luxemburg formulierten und sich heute mehr denn je zuspitzenden Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ komme alles darauf an, die kapitalistische Revolution unter Kontrolle zu bringen, da sonst die Menschheit an ihr zugrunde gehen wird: „Mit Androhung der Strafe des Untergangs fordert die heutige Menschheitslage die Beseitigung von Klassenherr-

schaft durch eine klassenlose Gesellschaft.“¹¹

Christ und Sozialist

Von vielen engagierten Theologen insbesondere der westlichen Welt unterscheidet sich Gollwitzer dadurch, dass er es nicht bei moralischer Empörung über weltweites Unrecht belässt, sondern eine Analyse des Ausbeutungs-Systems vorlegt, die nicht von vornherein davon ausgeht, dass es keine Alternative gibt, sondern allenfalls systemimmanente Verbesserungen.

„Sozialisten können Christen sein, Christen müssen Sozialisten sein“ – mit diesem Zitat von Adolf Grimme beginnt Gollwitzer 1972 seine berühmt gewordene Streitschrift „Muss ein Christ Sozialist sein?“ Unbestritten dabei ist wohl der erste Satz: Sozialisten können Christen sein. Sie müssen es nicht, unverzichtbar für die sozialistische Bewegung ist das nicht; auch nicht für Geistesverfassung und Seelenheil von Sozialisten. Allerdings: Sie müssen können! Ein Unvereinbarkeitsdogma darf es nicht geben, einen unversöhnlichen Widerspruch zwischen sozialistischer Lebenspraxis und christlichem Glauben. Aber nun: Christen müssen Sozialisten sein. Was ist das für ein „Müssen“, und für welche Christen gilt dieses „Muss“? Gollwitzer dreht die Frage zunächst um: Kann man als Christ das gegenwärtige Gesellschafts-System samt der ihm zugrunde liegenden Wirtschaftsordnung bejahen und verteidigen oder ist dies unerträglich?

Gollwitzer antwortet mit seiner sozialistischen Option: „Das Ziel des Dienstes der Jünger ist eine sozialistische, klassenlose Gesellschaft. Hinsichtlich dieser Zielvorstellung, die zugleich das Kriterium für die Kritik der bestehenden Gesellschaft gibt, lässt der Wille des Vaters dem Jünger keine Wahl. Er muss Sozialist sein.“¹² Ent-

scheidend dabei ist allerdings, dass dies kein fremdes Gesetz ist, kein heteronomes Müssen, sondern die freie Selbstbestimmung des Sohnes, seine Autonomie; ein inneres Müssen, dessen Glück es ist, den väterlichen in den eigenen Willen aufzunehmen (Joh 15,15). Das „Muss“, mit dem Gollwitzer die Gläubigen auf eine sozialistische Perspektive verpflichtet, bedeutet für ihn nichts weniger als eine reformatorische Rückbesinnung auf das Eigentliche der biblischen Botschaft. An dem Begriff Sozialismus hielt Gollwitzer trotz der vielen Enttäuschungen, welche die sozialistische Bewegung sowohl erlitten als auch anderen bereitet hat, entschieden fest. Für ihn war der Begriff als Chiffre für eine gerechte und solidarische Gesellschaft unaufgebbar, weil er „bei aller Weite Bestimmtheit genug und bei aller Bestimmtheit Weite genug“ habe, um die kritische und utopische Orientierung des Evangeliums unter kapitalistischen Bedingungen zum Ausdruck zu bringen. Damit ist jedem Dogmatismus eindeutig gewehrt. Die jeweilige Form des Sozialismus ist eine Frage der Vernunft auch unter Christen. Sozialistische Zielperspektive ist nicht zu identifizieren mit einem bestimmten politischen Programm, weil damit „die christliche Freiheit unter ein gesetzliches Joch gezwängt würde“. Denn im Gewissen binden lassen und damit bekennen kann Gollwitzer sich „weder zum Kommunismus noch zum Sozialismus noch zu Luther, sondern allein zu meinem Herrn Jesus Christus“¹³.

Mit seinem Festhalten am Begriff Sozialismus verbindet Gollwitzer Kirchen- und Gesellschafts-Reform sehr eng miteinander. Die „Verantwortung für den Weg und das Schicksal der sozialistischen Bewegung liegt heute, infolge des Evangeliums, auf niemandem so sehr wie auf den Chri-

sten“, denn wo sie der sozialistischen Bewegung fehlen, fehlen sie auch der Not leidenden Gesellschaft, weil sie den Ort, an dem sie nötig sind, verfehlen. „Ihre eigene Metanoia wird also die Chance der Erneuerung für die sozialistische Bewegung sein: Die Reformation des Christentums und die Reformation des Sozialismus sind ein und dieselbe Reformation.“¹⁴

Mit dieser Formulierung greift Gollwitzer ein in die aus den 60er Jahren herrührende und seitdem nicht mehr abreißende Kirchenreform-Diskussion. Dabei geht es immer noch um die Frage, ob das System Kirche im System Kapitalismus, bürgerliche Gesellschaft, verändert werden kann. Gollwitzer hat diese Frage stets verneint. Innerhalb der bürgerlichen, von der kapitalistischen Ökonomie bestimmten Gesellschaft kann verfasste Kirche nie mehr sein als „Transmissionsriemen“ für Reich-Gottes-Gruppen, als schützender Rahmen für Kundschafter des Neuen, als „Vortrupps des Lebens“ auf der Suche nach dem Dritten Wege, als Alternative zum Entwicklungsmodell des Industrialismus.

Gegenüber unpolitischen Christen und Bürgern wie auch gegenüber weithin schweigenden Kirchen und einer bei den Fleischtöpfen des Wirtschaftswunders verharrenden gesellschaftlichen Öffentlichkeit hat Gollwitzer intellektuell wie auch biographisch glaubhaft bezeugt, was es heißt, als Christ Sozialist zu sein.

Verfassungsfeinde über uns

Wie sehr Helmut Gollwitzer sich als wachsamer Zeitgenosse immer wieder in das aktuelle politische Zeitgeschehen einmischte, wurde besonders deutlich bei der Debatte um die Berufsverbote in der Mitte der 70er Jahre. An einem Beispiel, das von geradezu beklemmender Aktualität ist bis in unsere Gegenwart hinein, soll dies hier

verdeutlicht werden. Ich greife dabei zurück auf eine heute nahezu unbekannte Rede Gollwitzers bei einer Veranstaltung gegen die Berufsverbote in der Freien Universität Berlin am 10. Juni 1975, welche seinerzeit in der Zeitschrift „Junge Kirche“ dokumentiert wurde.¹⁵

Ausgangspunkt für Gollwitzer ist in der damaligen Gemenge-Lage die ursprünglich ganz glasklare Intention des Grundgesetzes (GG) als eine Absage an das Naziregime und Aufbau eines neuen zu diesem Regime gegensätzlichen Staates. Dieser Absicht der neuen Verfassung dient insbesondere der Katalog von Grundrechten, deren Formulierung Gollwitzer „mit gutem Grund radikal“ nennt: „denn sie sind identisch mit den wichtigsten Forderungen nicht der gemäßigten, sondern der radikalen Teile der demokratischen Bewegung im Deutschland des 19. Jahrhunderts, zu denen auch die Arbeiterbewegung zu rechnen ist“. Dieses GG erhebt „sehr radikale Forderungen an die Exekutive“ wie auch „an den Ausbau des Sozialstaates“; ebenso deutlich ist aber auch, dass es zunächst lediglich ein großes Angebot ist, „ein Versprechen, dessen Realisierung nicht automatisch gehen, sondern angesichts des Widerstandes mächtiger Interessen noch vieler politischer Kämpfe bedürfen würde“¹⁶. Indem er diesen Grundrechtskatalog zum nicht-änderbaren Teil der Verfassung erklärt hat, definiert sich durch diese Grundrechte, „was dieser Staat für ein Staat sein will“: wer sie antastet, will einen anderen Staat. Dieses GG will die Tür nach hinten abschließen und nach vorne aufschließen „für jede Bestrebung, die die Diskrepanz zwischen Verfassungsgebot und tatsächlicher, noch vorhandener Gegen-Wirklichkeit verringern und das Verfassungsgebot immer konsequenter realisieren will“¹⁷.

Durch die Anhörungen, Überprüfungen und schließlich den Anschluss von Bewerbern für den öffentlichen Dienst sieht Gollwitzer die Geltung des GGs für alle Staatsbürger aufgehoben.

Insbesondere hat mit Ablehnung zu rechnen, wer – streng im Auftrag des GG – „der Wirklichkeit der Klassenspaltung in unserer Gesellschaft zu Leibe gehen und sich dafür politisch betätigen will“.

Das GG „ist partiell aufgehoben – und zwar durch die regierenden Vertreter der Staatsmacht, also durch Verfassungs-Feinde im öffentlichen Dienst“¹⁸. Beeindruckend, wie Gollwitzer die Alternative auf den Punkt bringt: „Entweder das GG wird von den Grundrechtsartikeln als Realisierungs-Auftrag progressiv-dynamisch verstanden oder es wird von den Grundrechtsartikeln, in denen es doch seine Essenz hat, abgelöst und als Mittel zur Stabilisierung des gesellschaftlichen Status quo missbraucht: eben dies ist Verfassungsfeindlichkeit in sublimen, aber gefährlichsten Weise“. Genau auf einem solchen statischen Verständnis der Verfassung basiert der so genannte Radikalen-Erlass – die Ministerpräsidenten-Beschlüsse vom Januar 1972 – und hat infolgedessen „dazu geführt, dass uns heute die BRD zur Zeit des Kanzlers Erhard als ein liberaler Staat erscheint im Vergleich zu dem Obrigkeitsstaat, den uns ausgerechnet die sozial-liberale Koalition beschert hat“¹⁹.

Die Einbruchsstelle, an der im Handumdrehen aus einer Schutz-Bestimmung des Staatsbürgers gegen die Obrigkeit eine Zwangsbestimmung der Obrigkeit gegen den Staatsbürger werden kann, ist der ambivalente und dehnbare Begriff der Eignung. Indem dieser abgelöst wird von der Funktion, für welche diese Eignung nötig ist und bezogen wird auf die Observanz dessen, was von der jeweiligen Obrigkeit

als freiheitlich demokratische Grundordnung (FDGO) definiert wird, wandelt sich diese Schutzbestimmung für den Staatsbürger zur Waffe der jeweiligen Obrigkeit im Kampf um ihre Selbsterhaltung. „Nicht nach GG-Konformität, sondern nach Obrigkeits-Konformität wird bei der Bewerbung zum Staatsdienst gefragt.“ Mit der von Art. 33.2 gemeinten Eignung etwa eines Müllarbeiters, einer Krankenschwester, eines Busfahrers für seine Funktion hat das nicht das Geringste zu tun, aber mit diesen Anhörungs- und Überprüfungsverfahren hat man „ein hervorragendes Mittel der Einschüchterung, Disziplinierung und der grundgesetz-widrigen Benachteiligung von Menschen mit unliebsamen Ansichten oder auch nur mit unliebsamem politischem Verhalten“²⁰ zur Hand. Art. 3 GG, wonach niemand „wegen seines Geschlechtes ... seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“ darf, ist damit gründlich außer Kraft gesetzt.

Am Militärputsch in Chile von 1973 war Gollwitzer klar geworden, dass der Kapitalismus mit seinem Klassenkampf von oben auch zur Abschaffung der Demokratie bereit ist, wenn sie nicht mehr zur Sicherung der eigenen Klassen-Herrschaft taugt. Die kaum verhüllte Zustimmung der CDU zu diesem Mordputsch in Chile zeigt Gollwitzer erschreckend klar, „was wir vom Demokratieverständnis dieser Partei zu halten haben: Für sie darf die FDGO genau so lange gelten, als sich unter ihrem Schutz nicht Tendenzen in der Bevölkerung entwickeln, die den Interessen der gegenwärtigen Besitzverteilung und der ihr zugrunde liegenden kapitalistischen Produktions-Weise gefährlich werden“²¹. Obwohl das Bundes-Verfassungsgericht mehrfach festgestellt hat, dass die FDGO nicht mit der Freien Marktwirt-

schaft identisch ist und dass deshalb der Kampf für eine Ersetzung der kapitalistischen Ordnung durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung verfassungslegal ist, muss offensichtlich bei einer solchen Gefahr die Demokratie durch ein autoritäres Regime ersetzt werden, das die Interessen der herrschenden Klasse besser garantieren kann. Damit solche Gefahr gar nicht erst eintreten kann, „müssen jetzt schon die Schutzbestimmungen des GG für die Freiheit des Staatsbürgers umgedeutet werden in Kontroll-Vollmachten der Obrigkeit über den Staatsbürger“²².

Unmittelbarer Anlass für diesen Vortrag mit seiner überzeugenden Philippika war seinerzeit die Anweisung des Senators für Wissenschaft und Kunst an die Berliner Universitätspräsidenten, Ermittlungs-Verfahren einzuleiten gegen 165 Unterzeichnende eines Wahlaufrufs für die Sozialistische Einheitspartei West-Berlins (SEW) bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im März 1975.

Abgesehen davon, dass es hier eigentlich gar nichts mehr zu ermitteln gibt, sind solche Verfahren eindeutig verfassungswidrig gemäß Art. 7 der Verfassung von Berlin: „Niemand darf an der Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte oder öffentlicher Ehrenämter gehindert werden, insbesondere nicht durch sein Arbeitsverhältnis“. Folglich dienen solche Verfahren lediglich der durch Art. 3.3 GG verwehrten Gesinnungs-Ausforschung zum Zweck der Einschüchterung und der Sammlung von Material zu Disziplinierung und beruflicher Benachteiligung: „Mit der Antastung dieses Nervs der parlamentarischen Demokratie zeigt sich mit besonderer Schärfe: Nicht Verfassungsfeindlichkeit von unten, sondern Verfassungs-Feindlichkeit von oben bedroht unsere Demokratie.“²³

Die Parallelen und Analogien zur Gegenwart lassen sich leicht erkennen – mit einem allerdings bezeichnenden Unterschied: Wo sind heute die wachsamen Zeitgenossen, die der Katze die Schelle umhängen? Den Verfassungs-Feinden heute in unserer Regierung: den Ministern Schäuble und Jung mit ihrer Vorrats-Datenspeicherung und ihrem bedenkenlosen Einsatz der Bundeswehr am GG vorbei! Wer prangert diesen misstrauischen Verfolgungswahn gegenüber der eigenen Bevölkerung an und wer stoppt den Missbrauch von Friedens-Einsätzen zu kriegesischen Interventionen? Wo bleibt der Aufschrei von Verantwortlichen auf Kanzeln und Kathedern? Hier noch Hoffnung auf politische Parteien zu setzen, erscheint nahezu kühn, allenfalls Elemente direkter Demokratie in der Zivilgesellschaft können hier weiterhelfen. Leitgedanke sollte dabei immer Gollwitzers Mahnung bleiben: „Was in den Grundrechtsartikeln des GG steht, muss in seinem Wesensgehalt von einer sozialistischen Gesellschaft besser, nicht schlechter erfüllt werden als von der bürgerlichen Gesellschaft. Deshalb gehören diese Artikel als verpflichtender Auftrag gerade den Sozialisten nach dem guten Satz des Godesberger Programms der SPD: ‚Der Sozialismus setzt Demokratie voraus, die Demokratie erfüllt sich im Sozialismus.‘“²⁴

Zur Solidarität befreit: Kirche als kulturelle Gegenkraft

Gollwitzers Theologie erscheint vielen heute als unzeitgemäß. Wie soll auch in Zeiten, da der ehemalige Ostblock im Zeichen von Glasnost und Perestroika zuerst seine eigenen Schwächen erkannte und eingesteht, um sich anschließend selbst aufzulösen und die Überlegenheit des Westens nicht zuletzt dadurch anzuerkennen,

dass man sich unter die Fittiche der sich nach Osten erweiternden Nato begibt – wie soll da ein Theologe Beachtung erheischen, der sich von einem außerordentlich gut informierten Kritiker des weltanschaulich-atheistischen Marxismus zum Vordenker eines operationalen Marxismus innerhalb des Christentums wandelte, um sich gleichzeitig als christlicher Vordenker innerhalb des Marxismus zu betätigen?

Wohlmeinende Kritiker sehen den Grund für Gollwitzers Antiquiertheit und das damit verbundene In-Vergessenheit-Geraten seiner Person ebenso wie seines Werkes in einer bei ihm mit zunehmenden Alter spürbaren doktrinären Erstarrung; aus Analysen hätten sich bei ihm Objektivationen herausgebildet, die ihn diskursuntauglich machten für Motivationen und Einstellungen, die sich querstellen zu seinen Analysen. Vielleicht erweist sich solche Betrachtungsweise aber schnell als oberflächlicher, ja als probater Verdrängungs-Mechanismus einer zur Kult-Prophetie verkommenen Theologie und kundenfreundlicher Wohlfühl-Kirche. So braucht man etwa nur die heute überall präsente und wohlfeile Rede von der Globalisierung zu ersetzen durch den analytischen Terminus vom planetarischen Klassenkampf und damit deren verschleiernde Funktion zu entlarven – schon ist man mitendrin im Herzen von Gollwitzers Theologie und spürt den Pulsschlag ihrer drängenden Aktualität. Oder wälzt sich heute etwa nicht das Goldene Kalb des freien Marktes von Brüssel bis zum Ural, von der Wall Street bis nach Shanghai und hinterlässt eine Spur der Verwüstung von neuer Armut und Sozialdumping? Kommunikative Freiheit ist ersetzt worden durch Shareholder Value-Mentalität, Solidarität und Gerechtigkeit werden geopfert auf dem Altar der Selbstbeglückung.

Die Zeit scheint reif für die Suche nach Alternativen im Hinblick auf eine Ökonomie, die wirklich dem Leben dienlich sein kann. In dieser Situation kommt den Kirchen wie auch der Christenheit als Basisbewegung eine besondere Verantwortung zu. Bildungsarbeit auf allen Ebenen gegen die allgemeine Volksverdummung ist anzunehmen als Voraussetzung und Begleitung eines „processus confessionis“, wie ihn der Reformierte Weltbund auf seiner Vollversammlung 1997 in Debrecen proklamiert hat und wie ihn zwischenzeitlich nahezu alle ökumenischen Institutionen zumindest als Lippenbekenntnis – oft leider jedoch auch nur als solches – sich zu eigen gemacht haben: zur Überwindung des real existierenden neoliberalistischen Kapitalismus. Um nichts weniger geht es, als um „einen verbindlichen Prozess der wachsenden Erkenntnis, der Aufklärung und des Bekenkens im Hinblick auf wirtschaftliche Ungerechtigkeit und ökologische Zerstörung“. Es geht um ein Benennen des Götzendienstes, der um den globalen und totalen Markt zelebriert wird. Letztlich geht es darum, die mammon-süchtige bürgerliche Gesellschaft mit dem prophetischen Nein einer „Reich-Gottes-Verträglichkeits-Prüfung“ herauszufordern und auch die angeblich christlichen Werte dieser Gesellschaft radikal in Frage zu stellen. Geblendet von dem Bild einer Überfluggesellschaft, verdrängen wir die abgründige Ambivalenz des kapitalistischen Systems: die Kehrseite der ausgeplünderten Erde und einer Gesellschaft in zunehmender Verarmung und Verelendung mit Millionen Hungernden in den südlichen und östlichen Ländern, auf deren Kosten die Akkumulation von Reichtum und die Konzentration von Macht in den nördlichen Ländern erfolgen.

Kirche als kulturelle Gegenkraft auch gegen das Wachsen von religiösem Fundamentalismus, der Furcht erregenden Form einer Suche nach geistigen Widerstandspotentialen, als Gestaltungs-Kraft der Frohbotschaft für diese Welt – um Gottes und der Menschen willen. Helmut Gollwitzer, der am 29. Dezember 100 Jahre alt geworden wäre, hat dafür zukunfts-trächtige Wege gewiesen.

Anmerkungen

¹ Helmut Gollwitzer, 1976: *Ich bin Kommunist*, in: *Umkehr und Revolution. Aufsätze zu christlichem Glauben und Marxismus Bd.2*, hg. v. Christian Keller, *Ausgewählte Werke in 10 Bänden*, Bd.7, München 1988, 30-38.

² Zitiert nach: Jens Müller-Kent, *Vermächtnis für die Zukunft*, München 1989, S.98.

³ Friedrich-Wilhelm Marquardt, *Verwegenheiten*, München 1981, S. 70.

⁴ Gottfried Orth, Helmut Gollwitzer. *Zur Solidarität befreit*, Mainz 1995, S. 23f.

⁵ In einer Morgenandacht am 19. Mai 1968, zit. n. Gerd Klatt, *In dieser Zeit der Pfingsten ...*, in: *Junge Kirche*, 49. Jg. 12/1988, S. 707.

⁶ Helmut Gollwitzer, *Die Freude Gottes. Einführung in das Lukasevangelium*, Berlin 1962, 6. Auflage, S. 35f.

⁷ Rede vom 14. September 1973: *Die Stunde des Weltproletariats*, zit. b. G. Orth, a.a.O., S. 114-118.

⁸ H. Gollwitzer, *Die kapitalistische Revolution*, München 1974.

⁹ H. Gollwitzer, ... dass Gerechtigkeit und Friede sich küssen. *Aufsätze zur politischen Ethik*, Bd. 2. München 1988, S.125-209.

¹⁰ A.a.O., 125.

¹¹ *Die kapitalistische Revolution*, a.a.O., S.119.

¹² *Muss ein Christ Sozialist sein?* in: *Umkehr und Revolution. Aufsätze zu christlichem*

Glauben und Marxismus, Bd. 2, hg. v. Christian Keller, München 1988, S. 10-29, hier: S.18.

¹³ *Ich bin Kommunist*, a.a.O. S. 36.

¹⁴ *Muss ein Christ Sozialist sein?*, a.a.O. 28.

¹⁵ „Verfassungsfeinde über uns!“, Sonderdruck aus Heft 8/9/75 der „Junge Kirche“, Bremen.

¹⁶ A.a.O., S. 1

¹⁷ A.a.O., S. 2.

¹⁸ A.a.O., S. 3.

¹⁹ A.a.O., S. 4.

²⁰ A.a.O., S. 5.

²¹ A.a.O., S. 9.

²² A.a.O.,

²³ A.a.O., S.11.

²⁴ A.a.O.

Zusammenfassung

Am 29. Dezember wäre Helmut Gollwitzer 100 Jahre alt geworden. Als streitbarer lutherischer Theologe führte er Debatten mit der Bultmann-Schule, mit Dorothee Sölle, Paul Tillich und den Schülern von Karl Barth. Als Zeitzeuge sorgte er weit über ein halbes Jahrhundert für kontroverse Auseinandersetzungen in Politik, Gesellschaft und Kirche, wenn er etwa vor den Raketen-depots in Mutlangen demonstrierte oder Ulrike Meinhof zu Grabe geleitete. Prägend für Gollwitzer wurde seine aktive Teilnahme an der „Prager Friedenskonferenz“ ebenso wie die Begleitung der 68er Bewegung; in Gollwitzers Person und Werk befruchteten sich beide. Fortan wird Marxismus zu einem wesentlichen Strukturelement seiner gesellschaftskritischen Theologie, die sich als kulturelle Gegenkraft verstand und gesellschaftspolitisch einen „Dritten Weg“ vertrat.

Befreit zur Solidarität.

Helmut Gollwitzers Ermutigungen zum Religiösen Sozialismus

Von Reinhard Gaede

Im Dezember 1993 nahm die Redaktion von Christ und Sozialist Abschied von Helmut Gollwitzer: Wir haben ihm „viel zu verdanken.“ Tatsächlich weisen in den Jahren 1978 -1993, den Gründungsjahren der 1977 erneuerten Vierteljahres-Zeitschrift, neun Beiträge auf ihn hin.

Erotische Friedenskultur

Der erste Hinweis in CuS 4/ 1978 (S. 37-38) kam von Ulrich Dannemann mit einer Rezension von Helmut Gollwitzers Schrift „Das hohe Lied der Liebe“. Sinnvolles Zusammenleben in einer zukünftigen freien und brüderlichen Gesellschaft bedarf einer neuen Ethik der Liebe. Das Hohe Lied des Alten Testaments sieht er – für viele überraschend – durchaus in Übereinstimmung mit dem Neuen Testament. Denn die traditionelle Entgegensetzung von Eros und Agape, von begehrender, das Glück in Zweierbeziehung suchender erotischer Liebe und selbstloser Liebe, der Feindes- und Nächstenliebe, ist zu überwinden. Anknüpfend an Kurt Marti, Pfarrer und Dichter in Bern, spricht H. Gollwitzer von einer „erotischen Friedenskultur“. In ihr leben freie, schöpferische Fähigkeiten ohne Ausbeutung der Menschen durch den Menschen. Die Gefährdungen, nämlich die Benutzung des Anderen als bloßes Mittel zu Befriedigung des eigenen Egoismus, liegen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, in der die Tausch-Kategorie herrscht.

Die Ethik der Liebe wirbt für Gleichberechtigung von Männern und Frauen und verurteilt die Ächtung der Gefühle.

Wie bleibt die Liebe Gottes unter uns?

Die Frage und die Antwort sind das Thema seiner Predigt über 1. Joh. 3, 11-24 in CuS 3/1979 (S. 1-7). Zuerst lädt er zum Nachdenken über Zeiten unseres Lebens ein: Wann war uns die Liebe Gottes „etwas Verlockendes, wonach wir uns sehnen, wann nur leeres Wort in traurigsten Zeiten“? (S. 1) Verglichen mit menschlicher Liebe trägt die größere Liebe Gottes uns im Leben, über den Tod hinaus, hält das ganze Universum. Dass sie ein schöner Traum sei, sagt die Anfechtung. Aber diese Liebe lässt sich erkennen im Opfer Jesu, der sich hat „totschlagen“ lassen. Der „Widerspruch gegen die bleibende Liebe Gottes kommt aus der Welt des Kain, „voll von lauter Toten und Todverbreitern“. (S.3) Zu dieser Welt gehören auch „wir reichen Christen mit dem armen Lazarus der Dritten Welt vor unserer Tür“. (S. 4) Sie bringen Waffen und Geld zu Diktatoren. Aktionäre unterstützen unterdrückende Regimes, neben Reichtum steht Benachteiligung Unzähliger. Hier fehlt die Liebe „in Tat und in der Wahrheit“ (1. Joh. 3,18) Das Herz oder das Gewissen ist jetzt wie ein anklagender Staatsanwalt. Schnell plädiert die Verteidigung für mildernde Umstände; das braucht sie aber doch nicht, denn Gott „erkennt alles“ (1. Joh. 3, 20) Gottes Liebe gilt sogar den „todgeknichteten Mördern“, auch den schwachen

Jüngern, sie ist „nie aufhörende Vergebung“ (S. 5/6) Der zweite Teil der Antwort ist: „Vergabung ist kein Ruhekitzen, sondern ein Antrieb“, (S. 6) jetzt neu zu beraten: Was können wir mit unserer kleinen Kraft tun? Welche Politik unterstützen, gegen welche uns wenden? „Gemeinsame Richtung“ für die Gemeinde ist, dass „alles, was uns gehört, von der Liebe Gottes beschlagnahmt ist“. Die Liebe Gottes lädt uns ein „nicht weiterhin Räuber unter Räubern zu sein, sondern Mitarbeiter der Liebe.“ (S. 7)

„Warum bin ich als Christ Sozialist?“

Helmut Gollwitzers dritte seiner vier Thesen in CuS 1/1980 (S. 16 -23) schmückte längere Zeit die letzte Umschlag-Seite unserer Zeitschrift. Die erste These „Was sagt einer, der von sich sagt: ‚Ich bin Sozialist‘?“ wirbt zunächst um weite Zustimmung: „Ein Sozialist hält eine bessere Gesellschaft, als es die gegenwärtige ist, für möglich und für nötig.“ (S. 16) Dann wird präzisiert: Es geht um veränderte Strukturen, um Zusammenarbeit aller verantwortungsbewussten Menschen. Ziel ist eine Gesellschaft mit möglicher Chancengleichheit und Mitbestimmung aller. Die ursprünglichen Ziele der bürgerlichen Gesellschaft „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, die bisher wegen der Privilegien weniger eingeschränkt waren, sollen verwirklicht werden. Die Phantasie für Alternativen zur gegenwärtigen Gesellschaft ist gefragt. Revolutionär oder evolutionär? Kein Gegensatz! Der Kampf für strukturelle Veränderungen ist revolutionär, der lange Prozess dabei erfordert evolutionäres Denken. Sozialismus ist „keine Heilslehre“. Denn die gesellschaftlichen Ordnungen machen nicht gut oder böse; sie können kein Glück garantieren, wohl aber prägen sie die Menschen im Denken, Fühlen und Verhalten. Die wissenschaftlich-technische Entwicklung hat ein

doppeltes Gesicht: Sie macht strukturelle Veränderungen, den Abbau von Privilegien und reale Demokratie möglich, aber wegen ihrer destruktiven Auswirkungen ist all dieses auch dringend nötig. Die zweite These „Die heutigen Schwierigkeiten des Sozialisten“ räumt ein, dass der Begriff nicht nur positiv, sondern für viele auch negativ besetzt ist. Schuld daran ist die antisozialistische und antikommunistische Propaganda, dann blutige Bürgerkriege, die mit Revolutionen verbunden waren, schließlich auch, dass die Umwälzungen in agrarischen Ländern stattfanden und Industriestaaten hier kein entsprechendes Vorbild für den Übergang zu einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft fanden.

So sind immer neue Erklärungen nötig: Ist das Ziel, ist die Organisation, sind einzelne Maßnahmen, ist eine Strategie gemeint? Aber beanspruchen kann ein Mensch, dass „über den Sozialismus, den er vertritt, verhandelt wird“. Ebenso muss auch ein Christ ja sein Bekenntnis erläutern und kann danach beanspruchen, dass ihm nicht die Sünden anderer christlicher Gruppen zur Last gelegt werden. Die dritte These widmet sich dem Motiv des Handelns: „Warum wird ein Mensch Sozialist?“ Er bemerkt die „Schäden“ im Gesellschaftssystem und „identifiziert“ sich mit den „Betroffenen“. „Moralische“ oder „rationale“ Motive sprechen dann für die „Dringlichkeit revolutionärer Veränderung“ (vgl. den Text auf der letzten Umschlagseite). Die „materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung“ hat immer mehr zugenommen, ebenso wie der Reichtum auf der anderen Seite. Der Sozialist fragt nach den Hauptursachen des Weltelends, wobei er in der kapitalistischen Produktionsweise eine davon findet. Die vierte These beantwortet die Frage „Warum wird ein Christ Sozialist?“

Antwort: Das Evangelium zeigt uns: Die Welt ist „Gottes geliebte Schöpfung“, die Menschen sind „Gottes geliebte Kinder“. Frucht des Glaubens ist dann „verantwortliche tätige Liebe“ für das „leibliche und geistliche Leben der Menschengeschwister“. Der Geist Jesu Christi befreit von egoistischen Interessen. Aus dem Dank gegen Gott erwächst die Bereitschaft, Privilegien „zum Dienst am Nächsten“ zu Gunsten der „Benachteiligten“ einzusetzen. (S.21) Verglichen mit dem Ziel der „herrschaftsfreien Bruderschaft, kritisiert H. Gollwitzer die bisherige „Klassenbindung der Kirchen“. Die wichtigste Frage ist für Christen: Ist nicht die gegenwärtige Wirtschaftsordnung „unerträglich“? Weitere Entscheidungen sind durch die Vernunft bestimmt. Das Evangelium dagegen gibt für die politische Verantwortung „Motiv, Ziel und Kriterien für die Wahl der Mittel und Kampfesweisen“. Daraus geht dann die Entscheidung für den Sozialismus hervor, ist aber nicht festgelegt, da sie von vernünftiger Beurteilung abhängt. Marxismus ist dann ein „theoretisches Instrument“ zur Analyse und Entwicklung der Strategie. Auch wenn die Erfinder Atheisten waren, kann dieses Instrument gebraucht werden. H. Gollwitzer beruft sich auf Paulus „Alles prüfet, das Gute (wörtlich das Schöne) behaltet!“ (1. Thess. 5,21) H. Gollwitzer schließt den Artikel mit Bibelzitaten „Ich weiß, der Herr führt der Elenden Sache.“ (Ps. 140, 13) und „Hat Gott nicht erwählt die Armen auf dieser Welt ...“ (Jak. 2,5) und Paul Toasperns Erinnerung: „Da warten so viele: die Blinden, die Alten,/die Krüppel, die Tauben. Wer misst denn ihr Leid?/Und wir? Wir wollen unser Leben erhalten/ verlieren die Zeit und die Ewigkeit.“ (S. 23)

Die Bergpredigt

An der Tagung des BRSD „Theologische Ansätze im Religiösen Sozialismus vom

16.-18.1.1981 in der Ev. Akademie Arnolds-hain hat H. Gollwitzer teilgenommen. Ich habe in CuS 1/1981 (S. 45–47) den Bericht geschrieben. H. Gollwitzer entfaltete die Bergpredigt in Auseinandersetzung mit Luthers Zwei-Reiche-Lehre. Keineswegs ist die Bergpredigt bloß ein Spiegel zur Erkenntnis der Sünde des Menschen und keineswegs nur für den Einzelnen gültig, wie von Theologen oft behauptet. Sie hat vielmehr – darin gab er Leonhard Ragaz Recht – einen sozialen Sinn. Durch die 12 Jünger spricht Jesus ganz Israel an (12 Jünger für 12 Stämme) und zeigt Israel die Bestimmung: Brüderlichkeit.

Solidarität mit der Friedensbewegung

Am 10. Oktober 1981 ist Helmut Gollwitzer neben Heinrich Albertz und Erhard Eppeler einer der Redner auf der bisher größten Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten. Aktion Sühnezeichen /Friedensdienste und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden hatten 300 000 Menschen auf den Weg gebracht, um gegen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen zu protestieren. H. Gollwitzers Rede ist in CuS 4/1981(S. 7-9) wiedergegeben, Thema: „Wir rücken ihnen auf den Leib.“ Er geißelt ein falsches Verständnis von Demokratie: Erst wählen, dann vier Jahre schlafen und sich von „gleichgeschalteten“ Massenmedien „einlullen“ zu lassen. „Wir kümmern uns selbst um unsere Sicherheit“, rief er. (S.8) Zur Demokratie gehört die misstrauische Kontrolle der Politiker“. Der Auftrag lautet: „Sichert uns und unsere Kinder gegen das Unbewohnbarwerden der Erde – gegen den Welthunger, der die Satten mit den Hungrigen zugrunde gehen lassen wird – gegen das unerträgliche Risiko der atomaren Vernichtung, das eure so genannte Sicherheitspolitik uns zumutet!“ Da-

gegen soll Politik von Christen bewirken, dass bisherige Feinde „zur gemeinsamen Arbeit für das Leben“ gewonnen werden. Friedensfähigkeit bedeutet, zur Abrüstung fähig sein. Das sollen die Völker ihren Politikern beibringen. (S. 9)

Am 6. November 1983 hielt H. Gollwitzer in der überfüllten Pauluskirche in Bünde, Ostwestfalen, eine Rede. Wir haben sie auf Tonband aufgenommen und in CuS 1/1984 (S. 6–13) dokumentiert. Das Thema war: „Luthers ‚Nein ohne jedes Ja‘“. Und gemeint war: Martin Luther würde heute so atomare, chemische und biologische Massenvernichtungsmittel verurteilen. H. Gollwitzer trat den Theologen entgegen, die meinten, rechte Schüler Luthers zu sein, wenn sie dem reformierten Memorandum gegen die Atomrüstung (Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche. Eine Erklärung des Moderaments des Reformierten Bundes, Gütersloh 1982) entgegen träten. An der lutherischen Unterscheidung – nicht Trennung – zwischen „Fragen des Heils“ und „Fragen des Wohls“ will H. Gollwitzer festhalten. In Fragen des Heils sind wir an Gottes Wort „gebunden“, in Fragen des Wohls sind wir „unserer Vernunft frei gegeben“. (S.7) Dennoch soll auch nach Luther die Kirche sich um Fragen des Wohls kümmern. „Das sind die faulen und unnützen Prediger, die den Fürsten und Herren ihre Laster nicht sagen.“ (S. 10) Die Vernunft, die Luther meint, ist die „Vernunft der Liebe“, die nach dem Willen Gottes die Welt erhalten will. Luther hat Waffen als Erfindung des Teufels angesehen, und Kriege nur als Mittel zu Durchsetzung des Rechts erlaubt. H. Gollwitzer ist überzeugt: Hätte Luther die Berichte aus Hiroshima und Nagasaki über die Wirkung von Atomwaffen gekannt hätte er gesagt: „Wie sehr hat der Teufel von euch Besitz ergriffen, dass ihr so verzweifelt seid, so we-

nig an Gottes Schutz und Güte glaubt, dass ihr meint, nur durch die Erfindung, die Bereitschaft zu solch entsetzlichem Tun euch sichern zu können.“ (S.13) Im folgenden Heft CuS 3/1984 (S. 19-23) hat H. Gollwitzer im Dialog mit Martina Ludwig dafür geworben: Die das kapitalistische System für „menschheits-verderblich“ halten und für Sozialismus streiten, sollen doch mit Nichtsozialisten zusammen das Evangelium hören, beten und arbeiten und ihnen „die Gründe für unsere Überzeugung immer wieder darlegen“. Die geschwisterliche Atmosphäre vermeidet die persönliche Verurteilung, „die den Unfrieden unter den Menschen nur noch vermehrt.“(S.23)

Solidarität mit Kommunen

Im Jahr 1988 hat Helmut Gollwitzer das Verhältnis Kirche – Staat noch einmal reflektiert, indem er über Aufbruchbewegungen nach dem Ersten Weltkrieg nachdachte. In CuS 1/1988 (S. 36-42) erschien sein Artikel „Einiges zu Eberhard Arnold und den Bruderhöfen“. „Die Symbiose von Staat und Kirche, von Christentum und einer auf Eigentum, Klassenunterschiede und damit auf Gewalt gegründeten Kultur“ war fragwürdig geworden, und es begann die Suche „nach dem ursprünglichen Christentum“ und „neuen Experimenten Christlicher Verantwortung“. Eberhard Arnold, der den Weg von „Kutter zu Hutter“ ging, war eine herausragende Gestalt. Seine Erklärungen gegen Militarismus und Kapitalismus, gegen Nationalismus und Privateigentum kamen aus einer „tiefen Jesus-Ergriffenheit, durch die ihm die Bergpredigt zur konkreten Lebensanweisung wurde“. (S. 38) Die Nazis haben nach seinem Tod die Bruderhöfe, die Pazifisten waren, als „Kommunistengesindel“ vertrieben. In England, Paraguay, USA und Kanada haben sie überall Siedlungen hinter-

lassen. (Im August 2002 kehrten die Bruderhöfer an ihren deutschen Ursprungsort in Sannerz zurück. Im thüringischen Kurort Bad Klosterlausnitz wurde eine Filiale eröffnet.) H. Gollwitzer meinte: Wir brauchen solche Gemeinschaften. „Sie haben die Kirche als ihr Umfeld, in dem sie als nuclei, als Salzkerne wirken, so wie die Kirchen, in ständiger Umkehr begriffen und von diesen Kommunitäten zur Umkehr gerufen, als Salz in ihrem Umfeld, der Gesellschaft, zu wirken berufen sind.“ (S.41)

Hoffnung und Handeln

H. Gollwitzers Worte waren zum letzten Mal in CuS 3/1989 (S.1-5) zu lesen. 26 Thesen zum politischen Handeln legte er vor. Die Redaktion gab ihnen die Überschrift: „Die Liebe kämpft nicht nur gegen die Not, sondern für die Freiheit.“ (These 20, S. 3) Die Thesen kann man als kurze Zusammenfassung seiner Theologie ansehen. Immer wieder sprechen sie vom Reich Gottes. „Die Eschatologie des NT ist ein Aufruf, sich mit der Welt, wie sie ist, nicht abzufinden, gegen sie den Kampf aufzunehmen und für die neue Welt Partei zu ergreifen. (vgl. Röm 6,4; 12,2; Eph. 2,15 und 4,17–24). Die Wandlung der Eschatologie zur Spiritualisierung und Individualisierung machen sie zu einer Anleitung, sich mit der Welt, wie sie ist, abzufinden. Sie verwandeln den aufweckenden Fanfarenstoß (Eph. 5,14; 1. Thess. 5, 6-8) in Opium.“ (These 8, S. 2) „Das Reich Gottes ist das Leben der neuen Menschheit, die glauben und lieben kann, befreit von Schuld und Tod. Dieses Leben ist gegenwärtig und zukünftig: gegenwärtig in Verborgenheit und Kampf, zukünftig in offener und widerspruchsfreier Vollendung.“ (These 14, S. 2) „Weil das Reich Gottes in seiner gegenwärtigen und zukünftigen Gestalt nur durch die Kraft Gottes, nicht durch die Kraft des Menschen verwirklicht wird, ist es die

absolute Utopie. Seine Transzendenz ist aber nicht Beziehungslosigkeit, sondern Mobilisierung zur Teilnahme an der Humanisierung der menschlichen Gesellschaft auf das Reich Gottes als der wirklich humanen menschlichen Gesellschaft hin.“ (These 15, S. 2/3) „Gegenwartsbestimmend (und zwar gegenwartsrevolutionierend) ist das Reich Gottes auf zweierlei Weise: a) In der Kraft des Heiligen Geistes mit dem Mittel der Verkündigung des Evangeliums revolutioniert es den Einzelnen zum Schlachtfeld des Kampfes zwischen dem neuen und dem alten Menschen. In diesem Sinne kommt das Christsein von dem in Jesus Christus schon geschehenen adventus des Reiches Gottes her. b) In der Verheißung der neuen Gesellschaft im Reiche Gottes ist eine revolutionäre(grundstürzende) Kritik der bestehenden Gesellschaft enthalten. In diesem Sinne schaut das Christsein vorwärts auf das noch nicht realisierte Leben im Reiche Gottes und misst an seinem Leitbilde das Bestehende.“ (These 18, S. 3) „Göttliche Gnade und menschliche Arbeit stehen nicht im Gegensatz: a) Im Empfang der Gnade sind wir passiv; aber die Gnade macht nicht passiv, sondern aktiv. b) Gott wirkt in der Welt durch wirkende Menschen. Er schaltet unser Wirken nicht aus, sondern ein. Er be ruft Menschen zum cooperator Dei (Mitarbeiter Gottes) in dieser Welt. Er beauftragt zur Arbeit.“ c) Der Erfolg unserer Arbeit steht nicht in unserer Hand, sondern hängt vom Segen Gottes ab. Darum ist von unserer Seite unsere Arbeit die tätige Form unseres Gebetes um seinen Segen: Ora et labora (Bete und arbeite)!“ (These 12, S. 2)

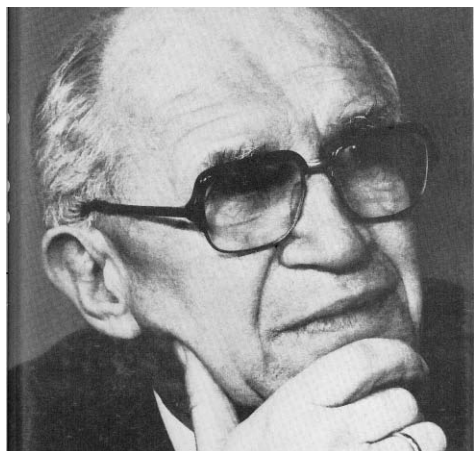
Nachruf

Dietrich Braun hat in CuS 4/1993 (S. 4–6) Helmut Gollwitzers Leben als „Befreiung zur Solidarität“ beschrieben. „Wenn er von Solidarität sprach, meinte er immer eine

dreifache: die unbegreifliche, nie aufhörende Solidarität Gottes mit dem Menschen, die aus Dankbarkeit hierfür entspringende Solidarität des Menschen mit diesem menschenfreundlichen Gott und eben um seinetwillen auch die Solidarität mit der unter den Folgen ihrer Gottesfeindschaft leidenden Welt.“ (S. 4) Gruppen von Menschen ist er in Solidarität nahe gekommen: Seiner Gemeinde in Dahlem während des Kirchenkampfes, den Mitgefangenen in Russland 1945-1949, den Juden, dem Judentum und dem Staat Israel, der unter Krieg leidenden Bevölkerung Vietnams, den aufbegehrenden Studenten 1968, den gegen die Aufrüstung Demonstrierenden, den Besetzern leerer Häuser in Berlin.

Seine Lehre wirkte nach. In CuS 2/1995 (S. 15–25) erschien der Artikel von Peter Winzeler: „Gollwitzer – die unmögliche Möglichkeit, Christ und Marxist zu sein. Ein Nachdenken über Gollis Hinterlassenschaft.“

Ich selbst habe als junger Studentenpfarrer Helmut Gollwitzer kennen gelernt, als er uns im September 1975 in der Evangelischen Studentengemeinde Bethel besuchte.



Helmut Gollwitzer 1984

In seinen letzten Lebensjahren habe ich ihn im Schwarzwald getroffen. In Witten schwand hatte er eine Ferienwohnung, und wir besuchten mit Wolfgang Schweitzer zusammen Gemeinden. Er ermutigte sie, über der Bibel Lebensfragen gemeinsam zu besprechen.

Beschließen wir die Erinnerung an ihn mit den Schlussworten aus seinem Buch „Krummes Holz- Aufrechter Gang. Zur Frage nach dem Sinn des Lebens (1970, S. 381): „Am Ende von ‚De servo arbitrio‘ (vom unfreien Willen) unterscheidet Luther drei Lichte: das lumen naturae, das lumen gratiae und das lumen gloriae. Das will sagen: Im Lichte unseres natürlichen Sehens (=Augenschein) erscheint es uns als ungerrecht, dass so oft das Tun des Guten sich rächt und das Tun des Bösen sich lohnt. Im Lichte der Gnade (= im Blick auf das Kreuz Christi) bekommen wir darauf eine Antwort. Im Lichte der Gnade aber ist uns noch immer unbegreiflich, weshalb diese Erkenntnis des Glaubens einigen gegeben wird, anderen aber nicht, und weshalb der ‚Vorhang‘ nur für den Glauben, nicht für unser Schauen weggezogen ist, weshalb also der Sieg Gottes in Christus über das Böse so tief verborgen ist und der gegenwärtige Kampf zwischen Gott und Satan, zwischen dem Guten und dem Bösen, so endlos lange und so ungewiss erscheint. Erst im ‚Licht der Herrlichkeit‘ wird uns das beantwortet werden: ‚Ich urteile, dass die Leiden der jetzigen Zeit nicht wert sind der kommenden Herrlichkeit, die bei uns offenbart werden wird. Denn das sehnsüchtige Harren des Geschaffenen wartet auf die Offenbarung der Söhne Gottes. Denn der Nichtigkeit wurde das Geschaffene unterworfen ... auf Hoffnung hin, weil auch es, das Geschaffene, befreit werden wird von der Sklaverei der Vergänglichkeit zur Freiheit der Herrlichkeit der Kinder Gottes ...‘“ (Röm. 8, 18–25)

Die Welt wird zu einem Garten, die Menschheit zu einer Familie

Die Vision Wilhelm Weitlings – eine Erinnerung an seinen 200. Geburtstag

Von Reinhard Gaede

Wenn „die Trompeten und Sturmglocken zum jüngsten Gericht rufen“, wird das betrogene, aber gutmütige Volk von seinem Schlaf aufwachen. Die Einheit wird „die Standarte der Nächstenliebe“ aufpflanzen. „Die Welt wird sich in einen Garten und die Menschheit in eine Familie verwandeln.“



Wilhelm Weitling

So endet die Vision des demokratischen Sozialisten Wilhelm Christian Weitling. Seine Schrift „Die Menschheit, wie sie ist und

wie sie sein sollte“ wird 1838 das Programm des 1836 gegründeten Bundes der Gerechtigkeit. Es bewahrt die Forderungen der Demokratie-Bewegung und erweitert sie durch das Postulat einer Wirtschaftsordnung, die auf Gemeineigentum gegründet ist: „Die Namen Republik und Konstitution, /so schön sie sind, genügen nicht allein; / Das arme Volk hat nichts im Magen, / nichts auf dem Leib und muss sich immer plagen; / drum muss die nächste Revolution / soll sie verbessern, eine soziale sein.“

Wilhelm Weitling ist der erste deutsche Sozialist, der soziale Rechte für alle einfordert: Recht auf Arbeit, Bildung und Ausbildung, auf staatliche Kranken-, Kinder und Altersversicherung, der erste Sozialist, der für die Emanzipation und Gleichberechtigung der Frau wirbt. Er ist der Pionier der Arbeiterpresse in der Schweiz, in Deutschland und in den USA. Er entwickelte den Typ des Arbeiterbildungsvereins, der eine Erziehung zur Demokratie und Solidarität pflegt. Die Vereine sind in einem geheimen Netz verbunden.

Das Urbild des sozialistischen Menschen sieht W. Weitling in Jesus von Nazareth. In seiner Schrift „Das Evangelium eines armen Sünders“ (1844) sieht er in Jesus, dem „revolutionären Zimmermann“, das „Prinzip der Freiheit und Gleichheit“ verwirklicht. Er vermeidet es bald, seine Bestrebungen kommunistisch zu nennen, möchte mit solchen nicht verwechselt werden. Er betont die persönliche Freiheit jedes Men-

schen; sie darf nur nicht die Freiheit aller übrigen verhindern.

W. Weitling wird 1808 in Magdeburg als uneheliches Kind eines Dienstmädchens und eines französischen Offiziers geboren. Nach einer Schneiderlehre wandert er 1826 nach Hamburg, Leipzig, Dresden, Wien, Paris und wieder Wien. 1835 schließt er sich dem „Bund der Geächteten“ an, 1838 avanciert er in die Zentralleitung des „Bundes der Gerechten“, der aus einer Abspaltung hervorgegangen war. Wandernde Handwerks-Burschen verbreiteten seine Lehren. 1842 entsteht sein Hauptwerk „Garantien der Harmonie und Freiheit“. In Zürich werden seine Schriften beschlagnahmt, zehn Monate Haft und Deportation schwächen ihn und seine Bewegung. Karl Marx kritisiert W. Weitlings „religiöse

Tändeleien“. Seit 1846 ist Nordamerika sein Wirkungsfeld. Hier gründet er einen „Befreiungsbund“. Noch einmal kehrt er 1848 nach Deutschland zurück und gibt in Berlin die Zeitschrift „Der Urwähler. Organ des Befreiungsbundes“ heraus; nach dem Scheitern der demokratischen Revolution flüchtet er wieder in die USA. Ab 1850 gibt er die Zeitschrift „Republik der Arbeiter“ heraus und gründet 1851 in Iowa die Kolonie „Communia“, die aber 1854 scheitert. Er heiratet im Alter von 46 Jahren Caroline Toedt, das Ehepaar bekommt 6 Kinder. Erfindungen in seinem Handwerk bringen keinen Gewinn; die Firma Singer baut seine Knopfloch-Nähmaschine nach. Die 500 Dollar-Entschädigung lehnt er ab. In ärmlichen Verhältnissen stirbt er 1871 in New York.

Streiflichter aus 50 Jahren Evangelischer Berufsschularbeit II

Harald Poelchau als Gründer der ev. Industriejugend und Berufsschularbeit

Von Ulrich Peter

1. Die Ausgangsbedingungen in der arbeitenden Jugend

In Berlin war die Berufsschuljugend an religiösen Themen weitgehend desinteressiert. Dass zwischen der Verkündigung in den Kirchen und der „religiösen Gedankenwelt der Proletarierjugend“ Welten lagen, machte spätestens Günter Dehns¹ unter dem gleichnamigen Titel 1923 veröffentlichte Berliner Studie deutlich. Dehn hatte zusammen mit dem Psychologen Dr. Lau bei über 2400 Schülerinnen und Schülern aus 75 Klassen Berliner Fortbildungsschulen

mittels eines Fragebogens und bei weiteren 1.200 durch mündliche Interviews ihre Glaubensvorstellungen erhoben.

Dehn erforschte in differenzierter Weise die Haltung der Proletarierjugend zur Religion, insbesondere

- a) zum Vorsehungsglauben (Aufsatzthema: „Gott, Hilfe, Tod“)
- b) zum religiösen Verhältnis zur Natur („Gott, Andacht, Natur“)
- c) zur soziologischen Gebundenheit der religiösen Vorstellungen („Gott, Freiheit, Vaterland“)

und zum Wirkungsgrad der Faktoren, welche unmittelbar das religiöse Bewusstsein der Jugendlichen prägen:

1. Elternhaus,
2. Religionsunterricht (Schule),
3. Kirchlicher Unterricht.

Von den Lehrlingen war nur wenig Stoff richtig behalten worden, das Evangelium blieb bei ihnen durchgängig unverstanden. Der Tag der Einsegnung/Konfirmation markierte für die Jugendlichen zwar einen wichtigen Lebensabschnitt, aber vorwiegend aus äußerlichen Gründen. Zur Institution „Kirche“ und zu den Pfarrern bestand ein kritisches Verhältnis, z. T. beeinflusst von Schlagworten der Zeit (Pfaffen etc.). Die Proletarierjugend der Großstadt stand bereits zu Beginn der Weimarer Republik außerhalb der Kirche. Kirchgang war bestenfalls Privatangelegenheit, selbst bei den Konfirmierten bestand kein Gemeindebewusstsein.

Das Hauptergebnis referierte Dehn im Nachwort:

„... das religiöse Bild, das uns die Jugend bietet, ist das der Auflösung. ... Es ist für diese Jugend ja absolut selbstverständlich, dass die Religion aufgehört hat, eine das Leben in seiner Gesamtheit bestimmende Macht zu sein. Sie ist durchaus Privatsache, Weltanschauungssache des Einzelnen geworden, an die Peripherie des Daseins gedrängt. ... Manches Mal habe ich an eine Äußerung Ludwig Heitmanns denken müssen, dass für den Proletarier die Frage nach Gott dasselbe Interesse habe, wie die Frage, ob auf dem Mars Menschen wohnten.“²

Die quantitative Auswertung ließ einige Tendenzen erkennen. Mit zunehmendem Alter der Jugendlichen nahm der Einfluss von Schule und Kirchlichem Unterricht ab, die kritische Haltung nahm zu, wobei deren Grad vom Beruf abhängig war nach der Grundregel: Je bürgerlicher der Beruf, desto kirchen-traditioneller die Einstellung.

Dehn interpretierte seine Ergebnisse als Symptom eines „Krankheitsbildes“ (S.33),

eines Bildes der religiösen Zersetzung in der Proletarierjugend. Dieser Zerfallsprozess war bei den Jungen wesentlich stärker als bei den Mädchen ausgeprägt und endete meist später mit völliger Auflösung des religiösen Bewusstseins. Als Hintergrund und implizit auch als Bedingungsfaktor für den Zersetzungsprozess religiöser Sozialisation nannte Dehn die soziologische Position der Kirche. Er analysierte diese folgendermaßen:

„Kirche ist Bürgerlichkeit“ (S.42). Die Kirche ist dem Nationalismus, der Monarchie, der kapitalistischen Gesellschaftsauffassung verpflichtet und dem Proletarier somit wesensfremd. Die Jugendlichen ahnen diese Kluft schon, sehen auch z. T. bereits einen engen Zusammenhang zwischen Kirche und Bürgerlichkeit! Zitat eines, so Dehn, „überdurchschnittlich“ Begabten: „Die Ideen, die in der Religion drinstecken, liebe deinen Nächsten, du sollst nicht stehlen usf., die sind gut. Die aber, die das vertreten, wollen etwas anderes. Die Religion ist etwas Gutes, was ein Mensch nicht verwerfen kann, aber die Religion ist zu einem Kampfmittel der Bourgeoisie geworden. Wenn die Menschen das einsehen würden, was die Religion haben will, dann ist es selbstverständlich, dass der Kapitalist nicht bestehen kann“ (S. 45).

Dehn skizzierte nach dieser Darstellung u.a. die folgenden notwendigen Veränderungen an Gestalt und Erscheinung der Kirche:

1. Beendigung der ausschließlichen Verbindung zum Bürgertum, womit die Arbeiterschaft strukturell ausgeschlossen blieb.
2. Veränderung in der kirchlichen Aufklärung, da die Arbeiterschaft mit dem orthodoxen und veralteten Glaubensverständnis nicht mehr anzusprechen war;
3. Beendigung des moralischen Missbrauchs des Evangeliums.

Dehn hat diese Jugendstudie in einer späteren Publikation³ mit einer religionssoziologischen Erwachsenenstudie über „Die Kirche im Arbeiterquartier“ Berlin-Moabits verbunden. Diese Studie nahm in einigen Teilen Ergebnisse vorweg, die der Berlin-Neuköllner Pfarrer und religiöse Sozialist Paul Piechowski in seinen Untersuchungen im Erwachsenenmilieu machte und in seinem Buch „Proletarischer Glaube“⁴ darstellte.

Die Auswertung von Piechowskis Umfrage zeigt einen nahezu totalen Bruch des Proletariats mit den etablierten religiös-kirchlichen Lehren und Institutionen. Piechowski machte mit seinem Buch Furore. Aber es erwies sich bald, dass die evangelischen Kirchen, die Pfarrer und das Kernmilieu zwar „betroffen“ waren, das eigentliche Anliegen Piechowskis allerdings ignorierten. Dieses hatte er in den Konsequenzen seines Buches bezogen auf die religiösen Sozialisten so formuliert:

„Ehe nicht die kirchliche Basis, auf der die Sozialisten stehen, eine breitere geworden ist, bleibt das proletarische Element in der Gemeinde zur Bedeutungslosigkeit nach wie vor verurteilt. Einstweilen verwehren die alten kirchlichen Machthaber den Sozialisten den Zugang zur Kirche auf Schritt und Tritt. ... Es gibt da keine Gemeinschaft, sondern höchstens nur eine Gemeinsamkeit der Interessen in Bezug auf den äußeren Kirchenbetrieb.“⁵

Piechowski erneuerte eine Forderung, die die Berlin-Neuköllner religiösen Sozialisten bereits 1922 in einer Denkschrift formuliert hatten, „die Schaffung von einzelnen freien proletarischen Gemeinden innerhalb des kirchlichen Verbandes an den Brennpunkten des industriellen Lebens. Auf diesem Wege wächst das Proletariat organisch und in voller Selbstständigkeit in seine kirchlichen Rechte und Pflichten hinein.“⁶

Praktische Auswirkungen seiner Studien waren die ersten Sozialpfarrämter, die in einigen Landeskirchen geschaffen wurden. Konsequenterweise kamen hierfür vor allem Mitglieder oder Sympathisanten der religiösen Sozialisten in Frage, die hierfür durch ihre Biographie prädestiniert waren.⁷

2. Die Ausgangsbedingungen im Verhältnis Kirche – Staat

Nach 1945 war die Berliner Kirche damit beschäftigt, die „traditionellen“ religionspädagogischen Arbeitsfelder wiederaufzubauen. Naturgemäß war das allgemeine Schulwesen zuerst im Blickfeld, und hier wurden die personellen und finanziellen Potenzen der Evangelischen Landeskirche von Berlin-Brandenburg (EKiBB) eingesetzt.⁸ In Brandenburg und in Ost-Berlin ließen die politischen Rahmenbedingungen RU an Berufsschulen nicht zu, während das seit 1947 existierende Berliner Schulgesetz Religionsunterricht RU an Berufsschulen nicht explizit ausschloss und somit im Umkehrschluss gestattete⁹. An diesem Zustand änderte sich in den nächsten Jahren nichts. „In Hamburg, Bremen und West-Berlin wird an den Berufsschulen kein Religionsunterricht erteilt“, musste die EKID im November 1956 konstatieren.¹⁰

Zu diesem Zeitpunkt waren in Berlin bereits die Vorbereitungen für die Einführung des RU an den Berufsschulen eingeleitet. In Berlin war die CDU Juniorpartner der SPD in der großen Koalition und offen für das Anliegen der Kirche. Auf Seiten der CDU verhandelten Bürgermeister Franz Amrehn und Volksbildungssenator Prof. Tiburtius. Verabredet wurden u.a. die kirchliche Verantwortung für die Lehrkräfte und die überwiegende Finanzierung der Sach- und Personalkosten durch den Berliner Senat¹¹. Es ist zu vermuten, dass dies nicht

ohne Absprache mit der SPD-Mehrheitsfraktion geschehen ist¹². Die Berliner SPD war in diesen Jahren mitten in ihrer Transformation von einer freidenkerisch ausgerichteten Arbeiterpartei zu einer ideologiefreien, modernen Volkspartei, ein Prozess, der sich im 1959 verabschiedeten Godesberger Parteiprogramm manifestierte.

3. Das Berliner Sozialpfarramt¹³

Harald Poelchau wurde zum 1. Oktober 1951 vom Berliner Bischof Dibelius zum Sozialpfarrer berufen. Dem waren zwei wichtige Ereignisse vorausgegangen. Einmal der Kirchentag 1951 mit einer Arbeitsgruppe zum Thema Arbeitswelt und zum anderen ein Besuch von Dibelius in der AEG-Turbinenfabrik in Moabit. Hier rief Dibelius auf einer Belegschaftsversammlung zu einem Bündnis von Kirche und Arbeiterschaft auf. Hätte es dieses früher gegeben, wäre Deutschland das Unheil der NS-Zeit erspart geblieben.

Wichtigster Mitarbeiter Poelchaus im Berliner Industrie- und Sozialpfarramt war Pfarrer Hans-Joachim Brickert. Er hatte als Einstieg in diese Arbeit im Jahr 1952 sechs Monate als ungelernter Kabelspinner bei Siemens in Berlin gearbeitet. „Ich kam weder als Märtyrer, noch als Volksmissionar – ich war ganz einfach nur ein ‚Neuer‘ ... Dann und wann fragte mich einer, wo ich herkäme und sagte dann lakonisch: ‚Na, die Kirche hat wohl auch kein Geld mehr!‘“ Brickert konnte durch diese Arbeit Kontakte knüpfen, die in der Folgezeit zur Bildung von Betriebsgruppen und betrieblichen Arbeitskreisen führten. Hierfür wurden ab 1954 in der ev. Sozialakademie Friedewald Berliner Betriebsarbeiter zu Ev. Sozialsekretären qualifiziert, die in der Lage waren, weitere Gruppen zu bilden und qualifiziert zu begleiten. Am 15. Juni 1956 be-

kamen diese Betriebsgruppen und betrieblichen Arbeitskreise ein Gemeindezentrum am Karolinger Platz 6 A in Berlin-Charlottenburg.¹⁴

4. Der Beginn der kirchlichen Arbeit an Berliner Berufsschulen

Nachdem sich die Erwachsenenarbeit des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt stabilisiert hatte, ging Poelchau dazu über, parallele Strukturen für eine „Industriejugendarbeit“ zu schaffen und wurde hierfür innerkirchlich aktiv. Da diese Initiative in einer Phase guter staatlicher und kirchlicher Rahmenbedingungen erfolgte, hatte sie ein Ergebnis, das den Beginn für 50 Jahre evangelischer Berufsschularbeit bildete. In die „zum 1. April 1957 neu zu errichtende Provinzialpfarrstelle für die industrielle Berufsschuljugend bei dem Sozialpfarramt ... (bitte ich) ... den Pastor Franz von Hammerstein zu berufen. ... Seine Aufgabe ist die Darstellung der evangelischen Kirche im Rahmen des Gemeinschaftskundlichen Unterrichtes der gewerblichen Berufsschulen und die Heranziehung der Berufsschüler zu neu zu bildenden Jugendgruppen des Sozialpfarramtes. Diese Form einer neuen Kirchlichen Jugendarbeit mit Lehrlingen und Jung-Arbeitern ist eine wesentliche Voraussetzung von Arbeitergemeinden ... Dr. Harald Poelchau“¹⁵. Diese Berufung erfolgte dann am 3.4.1957.¹⁶

Der 1. April 1957 darf somit als Geburtstag der heutigen Evangelischen Berufsschularbeit gesehen werden.

Leicht überlesen wird der konzeptionelle Teil in Poelchaus Arbeitsbeschreibung für den neuen Pfarrer von Hammerstein. Einmal der Zugang an die Berufsschuljugend über den Gemeinschaftskundeunterricht bzw. in heutiger Sprache über das Fach Sozialkunde. Hier hatte Poelchau neben sei-

nen eigenen Erfahrungen die beschriebenen Erkenntnisse Dehns und Piechowskis berücksichtigt. Dass der Zugang zur Arbeiterjugend nicht über den Religionsunterricht gefunden werden konnte, war evident.

„... die jungen Menschen lernten wir von ihrer Ausbildungsstätte und von ihrer Berufsschule angehen. Wir vermieden dabei den Religionsunterricht ... und erhielten die Erlaubnis, am gemeinschaftskundlichen Unterricht teilzunehmen.“¹⁷

Ziel dieser Arbeit war, diese Jugendlichen in „Jugendgruppen des Sozialpfarramtes“ zu organisieren, aus denen dann später die Kerne von Arbeitergemeinden hervorgehen sollten. Die Analogie zu Piechowskis Neuköllner Konzeption von 1920 ist frappierend.

Der Zugang zu den Berufsschulen war seitens des Sozialpfarramtes gut vorbereitet. Hier bestand seit Anfang der 50er Jahre eine Arbeit mit Berufsschullehrern und Lehrlings-Ausbildern, an deren Zusammenkünften bis zu 55 Personen teilnahmen.¹⁸ Es fehlten nur noch zwei Voraussetzungen: einmal die offizielle Genehmigung seitens des Senates – die erteilt wurde – und natürlich die Finanzierung, die Gegenstand von Verhandlungen mit Bürgermeister Amrehn und dem Senat war und Ende 1956 weitgehend geklärt war.¹⁹

Der erste daraufhin aufgestellte Haushaltsplan für 1957 vom 23.1.1957 sah Ausgaben in Höhe von 160.000 DM vor, wovon 50.000 DM der Berliner evangelische Stadt-synodalverband und 110.000 DM der Senat tragen sollte.

An Personal war vorgesehen: Vier Pfarrstellen, eine halbe Stelle für eine Vikarin, sechs Katechetenstellen, eine Stelle für den Geschäftsführer Dr. Schultze, zwei Stellen für Jugenddiakone und Gemeindeglieder und eine Bürokraft.²⁰ Am 2.3.57 ging der Etatentwurf an Amrehn ab. Bereits am

30.8.1956 hatte es ein Gespräch gegeben, in dem „Sie, Herr Bürgermeister, Ihr grundsätzliches Einverständnis zum Ausdruck gebracht und sich bereit erklärt (hat)ten) sich innerhalb des Senats für eine Regelung im Sinne unserer Anträge einzusetzen.“²¹ Nach einigen Anfangsschwierigkeiten²² konnte die Finanzierung sichergestellt werden, musste allerdings Jahr für Jahr neu beantragt und bewilligt werden.

In dem Finanzierungsantrag für 1958 wurde erstmals der Stand der kirchlichen Arbeit an berufsbildenden Schulen quantifiziert. An dieser Stelle ist Klärungsbedarf notwendig. Im folgenden Auszug aus dem Finanzierungsantrag wird auch „über den Stand des Religionsunterrichtes an Berufs- und Berufsfachschulen“ berichtet. Hatte nicht Poelchau von der „Vermeidung“ des Zuganges über den Religionsunterricht geschrieben? Gab es doch RU an Berufsschulen, obwohl es hierfür kein Fach gab? Das seit 1947 existierende Berliner Schulgesetz schloss RU an Berufsschulen nicht explizit aus und gestattete diesen somit im Umkehrschluss.²³ Dieser Unterricht war natürlich zusätzlich.

Brigitta Gans, Beteiligte an dieser Arbeit, berichtete 30 Jahre später darüber:

Es „formierte sich eine kleine Gruppe von sieben Mitarbeitern, um mit der Arbeit an einigen Berufs- und Berufsfachschulen zu beginnen: An Berufsschulen Mitarbeit in der Sozialkunde, Einrichtung freiwilliger evangelischer Arbeitsgemeinschaften an Berufsfachschulen, wie z.B. dem Lette-Verein und dem Pestalozzi-Fröbel-Haus. Es war ein mühsamer Anlauf, Lehrer und Katecheten wussten zunächst nicht so recht, was sie voneinander zu halten hatten, und die Schüler hatten auch ihre Probleme mit dem Gedanken ‚Kirche kommt in die Schule‘. In den Berufsfachschulen nahmen in manchen

Fällen im Anfang drei bis fünf Schülerinnen an der freiwilligen Arbeitsgemeinschaft teil.“²⁴

Festzuhalten ist also die folgende Arbeitsteilung: Einerseits Beteiligung am Gemeinschaftskundeunterricht (Sozialkunde) im dualen Berufsschul-Bereich, wo die Auszubildenden in der Regel einmal pro Woche für einen Tag in der Berufsschule sind und andererseits Religionsunterricht in Form von freiwilligen Arbeitsgemeinschaften an den beruflichen Ganztagschulen, wo die Schülerinnen und Schüler kontinuierlich unterrichtet werden konnten. Leider differenzieren die zugänglichen Quellen hier nur unzureichend.

„Zurzeit werden im Religionsunterricht an Berufs- und Berufsfachschulen in West-Berlin, den die Evangelische Kirche seit Beginn des Rechnungsjahres 1957 erteilt, durch 80 Unterrichtsgruppen mehr als 1.000 Schüler und Schülerinnen erfasst. Im Zuge des Ausbaus dieses neuen Unterrichts soll die Zahl der Unterrichtsgruppen auf 100 gesteigert ... und (an weiteren, U.P.) Berufs- Berufsfachschulen sollen etwa 100 zusätzliche Unterrichtsgruppen neu aufgestellt werden.“²⁵

Eine weitere, differenziertere Aufstellung machte die Arbeit transparent:

„Umfang der Arbeit. Stand 12.10.57. Erstellt von der Kirchlichen Erziehungskammer, Abt. Berufsschulen, an nichtgewerblichen Schulen [d.h. an kaufmännischen/sozialen Schulen, U.P.]²⁶:

- 12 Schulen
- 11 Mitarbeiter
- 117 Klassen
- 96 Gruppen
- wöchentl. 96 Stunden Unterricht
- 42 Stunden Arbeitsgemeinschaften und Freizeiten
- 25 Stunden Hospitationen in Fachklassen

48 Stunden Gespräch mit Berufsschullehrern und einzelnen Schülern

- 211 Stunden
- jeder Mitarbeiter hat im Durchschnitt 250 Jugendliche zu betreuen
- an gewerblichen Schulen [d.h. an handwerklich/technischen Schulen, U.P.]²⁷
- 11 Schulen
- 2 Mitarbeiter
- 20–24 Klassen
- wöchentlich 4 Stunden Unterricht
- 12 ‚Arbeitsgemeinschaften‘.²⁸

Auffällig ist hier die völlig unterschiedliche Gewichtung der Arbeit an gewerblichen, d.h. handwerklich-technischen und nichtgewerblichen, d.h. kaufmännisch-sozialen Schulen. Hier entsteht bereits strukturell die Arbeitsteilung zwischen der späteren ev. Berufsschularbeit, die viele Jahre lang den nichtgewerblichen Bereich betreute²⁹, während die gewerblichen Schulen die Domäne der späteren Ev. Industriejugend war.

Beim Haushalt für das Jahr 1958 gab es unerwartete Probleme, da die SPD im Hauptausschuss des Abgeordneten-Hauses am 7.2. 1958 die entsprechende Senatsvorlage ablehnte. Kirchenintern wurde dies mit der fehlenden Koordinierung seitens des zuständigen Senatsdirektors und späteren regierenden Bürgermeisters Heinrich Albertz erklärt.³⁰ Wenige Monate später verfügten die SPD-Vertreter im Hauptausschuss, dass die bereits für den RU an Berufs- und Berufsfachschulen bewilligten 91.000 DM mit einem Sperrvermerk versehen und nicht ausgezahlt wurden.³¹

Im Konsistorium wurde speziell für den Berufsschul-RU das „Komitee für Berufsschularbeit“ gebildet, dem u.a. der Propst Dr. Böhm, Kirchenrat Lokies, Jugendpfarrer Schröder, Kämmerer Ponto, Oberkonsistorialrat Schröter, ein Sachbearbeiter des Stadt-

synodal-Verbandes, Pastor von Hammerstein und Pastor Schultze als Berufsschulpfarrer angehörten.³²

Dies entsprach dem „Entwurf eines Statuts für das provinzialkirchliche Amt für die Seelsorge an den Berufsschulen“. Das Amt bestand demnach aus dem Generalsuperintendenten von Berlin als Vorsitzenden und den theologischen und juristischen Dezernenten des Konsistoriums. Hinzugezogen werden sollten der Leiter der Kirchlichen Erziehungskammer für Berlin, der Sozialpfarrer, der Berliner Landesjugendpfarrer, der Kämmerer des Berliner Stadtsynodalverbandes und der Provinzialpfarrer für die Seelsorge an den Berufsschulen. Bemerkenswert war Punkt 4: „Das Amt gehört der provinzialkirchlichen Kammer für Erziehung und Unterricht als selbständiges Glied an und wird dort durch seine Mitglieder vertreten.“³³ Dieses Konzept wurde aber erst 1960 Kirchengesetz.

Zur ersten Generation des Berufsschulamtes gehörten vor allem drei unterschiedliche Gruppen. Quasi paradigmatisch für die erste Gruppe stand Willy Süßbach, der vor 1933 religiöser Sozialist war, Teilnehmer von Bonhoeffers Seminar in Finkenwalde, aktives Mitglied der Bekennenden Kirche (BK) und von den Nazis als Judenchrist verfolgt und inhaftiert. Nach seiner Freilassung emigrierte er. Er war in Ceylon (Sri Lanka) Professor gewesen und nach der Rückkehr aus Indien lediglich mit der Vertretung von Pfarrstellen beauftragt worden. Willy Süßbach wurde zum 1.4.1957 als Berufsschulpfarrer berufen und blieb dies bis zu seiner Pensionierung.³⁴ Die zweite Gruppe bildeten Pfarrvikarinnen, d.h. ausgebildete Theologinnen, denen das Kirchenrecht den Weg ins Pfarramt versperrte und die im RU wenigstens ausbildungsnah arbeiten konnten. Zu nennen ist hier stellvertretend die Pfarrvikarin Carola Rosenstein,

geb. Zabel, aus Neukölln. Geb. 11.5.1930 in Berlin, hatte sie am 5.4.1954 das 1. theol. Examen abgelegt und am 12.6.1957 das 2. Examen.³⁵

Die dritte Gruppe bildeten Katechetinnen und Katecheten, d.h. theologisch qualifizierte Laien und Mitarbeiter aus der Jugend- und Gemeindearbeit. Hier ist zu nennen der Katechet Peter Oldenburg, der in den 60er Jahren Leiter des Amtes wurde³⁶. Erster Amtsleiter wurde Dr. Herbert Schulze. Er hatte beide theologischen Examina absolviert und wurde am 13.1.1958 mit der Vertretung einer Berufsschul-Provinzialpfarrstelle ab 1.11.57 betraut.

„Schon bald nach unseren Anfangsschwierigkeiten stellten wir fest, dass wir es mit der Arbeit in den Schulen nicht bewenden lassen konnten. ... Ein erster Durchbruch geschah, als wir im Winter 57/58 mehrere sehr gut frequentierte Freizeiten auf der Insel Borkum durchführen konnten. An der ersten Veranstaltung dieser Art nahmen 60 Schülerinnen teil. ... Wochenend-Seminare im Haus der evangelischen Industriejugend, Studienwochen bei Kerk en Wereld in den Niederlanden und Skifahrten bildeten den Anfang.“³⁷

Das nach 1945 von der reformierten niederländischen Kirche aufgebaute Institut Kerk en Wereld (Kirche und Welt) in Driebergen war ein erprobter Kooperationspartner Poelchaus, ohne dessen ökumenische Kontakte und, vielleicht noch wichtiger, ohne dessen Ansehen als antinazistischer Widerstandskämpfer, diese deutsch-niederländische Kooperation kaum möglich gewesen wäre. 1957 war Hendrik Kraemer Vorsitzender des Instituts und Poelchau kannte ihn durch den „Unterwegs-Kreis“, in dem auch Kraemers Schülerin Bé Ruys mitarbeitete. Diese Fahrten hatten für die Berliner Berufsschuljugend eine hohe Attraktivität, boten sie doch die Chance, gün-

stig aus der „Insel“ West-Berlin herauszukommen.

1957 nahmen 220 Jugendliche an drei Borkumfreizeiten teil, die jeweils 21 Tage dauerten. Weitere Winter-Freizeiten fanden in Reit im Winkel und in Salzerbad statt. Die ersten Schulen, an denen die Berufsschularbeit aktiv wurde – neben den bereits genannten Lette-Verein und Pestalozzi-Fröbel-Haus – waren die Berufsfachschule für das Bekleidungsgewerbe in Wilmersdorf, die Berufsfachschule für techn. Zeichnerinnen im Wedding, die Friedrich-List-Schule in Halensee sowie die Wirtschaftsschulen in Wilmersdorf, Steglitz, Wedding und Neukölln.

Während die Arbeit an den Berufsschulen kräftig expandierte, schienen die Finanzen zu stagnieren. Denn ausgerechnet die synodale Finanzabteilung verhinderte die weitere Ausbreitung der Arbeit.

„Berlin, den 27.12.1959 ...

... 1. betreffend Berufsschularbeit. Der Haushaltsausschuss spricht sich gegen eine Ausbreitung der Berufsschularbeit aus“.³⁸

Hier ist es wichtig, an den Arbeitsbericht des Jahres 1957 zu erinnern und an den geringen Umfang der Arbeit im gewerblichen Sektor. Der Hintergrund dieser Entscheidung war tatsächlich rein finanzieller Natur. Die Arbeit mit Lehrlings-Gruppen, die sich weitgehend außerhalb der gewerblichen Berufsschulen vollzog, war integriert in die Arbeit des Industrie- und Sozialpfarramtes und somit Teil des „Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt“. Diese Arbeit zu finanzieren, war originäre Aufgabe der Kirche. Die Arbeit an den nichtgewerblichen Schulen war in den Schulen angesiedelt, wurde als Teil des RU verstanden und deklariert und war somit entsprechend den Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche überwiegend

staatlich zu finanzieren. Dieser staatlich finanzierte Teil firmierte aber weiterhin mit dem gewerblichen Teil unter dem gleichen kirchlich-rechtlichen Dach und bewirtschaftete einen gemeinsamen Haushalt.

5. Die Evangelische Berufsschularbeit wird selbstständig

Das Jahr 1960 brachte dann die entscheidende Veränderung. „Gemäß Beschluss der Kirchenleitung KI Nr. 5205/60 vom 12.1.1960, abgedruckt im Kirchlichen Amtsblatt 1960, Seite 3 ist ein Provinzialkirchliches Amt für den kirchlichen Unterricht an den Berufsschulen gebildet worden.“³⁹

Im März 1960 formulierten Franz v. Hammerstein als Leiter der Abt. Industriejugend und Pfarrer Schultze als neuer Amtsleiter die folgenden Grundsätze als Entwurf für das Konsistorium.

„2. Die beiden Abteilungen innerhalb der Berufsschularbeit bleiben wie bisher wegen der verschiedenen Struktur der gewerblichen und der nichtgewerblichen Schulen und der Verschiedenheit ihrer Arbeitsweise sowie der in ihnen betreuten Schüler streng getrennt. ... Für jede Abteilung sollen im Rahmen des Haushaltsplanes getrennte Konten geführt werden.

3. Die Abteilung für gewerbliche Berufsschulen bleibt wie bisher die Industriejugendabteilung des evangelischen Sozialpfarramtes.“⁴⁰

Die Industriejugend war Teil der evangelischen Jungen Gemeinde, gehörte organisatorisch zum Sozialpfarramt bzw. in anderer Bezeichnung dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt und wurde überwiegend aus kircheneigenen Geldern finanziert. Sie war zuständig für die gewerblichen Berufsschulen, an denen Religionsunterricht aus den beschriebenen Gründen kaum vorstellbar war. Die Ev. Berufsschularbeit war ein

selbstständiges Amt der Landeskirche, gehörte organisatorisch zur „Kirchlichen Erziehungskammer“, die in der Landeskirche für alle Schulfragen zuständig war und wurde überwiegend aus staatlichen Geldern, die dieser für den Religionsunterricht zuschoss, finanziert.

Hier gabelte sich der Weg, und die Jugendarbeit differenzierte sich zu zwei kooperativen Arbeitszweigen aus. Einmal als Industriejugend durch die Teilhabe der Kirche und ihrer Vertreter im gemeinschaftskundlichen Unterricht in Anwesenheit des Klassenlehrers und zweitens als Weiterführung der hier auf die Gesamtheit der Schüler ohne Rücksicht auf die Konfession gegebenen Einflüsse in freiwilliger Gemeinschaftsarbeit in kircheneigenen Häusern in Freizeit-Gruppen und Wochenendseminaren. „Diese Arbeitsform berücksichtigte die Eigenart der Lebensbedingungen des industriellen Facharbeiters, der ... einen anderen Weg des Zugangs zum Christentum hat als den des lehrhaften oder emotionalen wie der bürgerliche Schüler.“⁴¹

Diesem Zweck diene das „Haus in Berlin-Charlottenburg, Frankenallee 6“, das 1960 ... für die Durchführung der Berufsschularbeit erworben worden“⁴² war. Dieses Gebäude wurde zur Bildungsstätte der Industriejugend, die es bis 1997 entsprechend nutzte.

Die Ev. Berufsschularbeit nutzte erst die „Frankenallee“ mit, die allerdings schnell aus allen Nähten platzte. Da bot sich ein Ausweg. Das „Protokoll einer Besprechung am 26.9.1961“ über Berufsschularbeit machte ihn deutlich:

„Pfarrer Dr. von Hammerstein weist daraufhin, dass die Frage, ob und in welcher Weise ein vom Berliner Stadtsynodalverband erworbenes Grundstück in Berlin-Kladow für die Berufsschularbeit als Freizeitheim übernommen und bewirtschaftet und

darauf gegebenenfalls ein Neubau errichtet werden soll, einer beschleunigten Regelung bedarf ...“⁴³

Diese beschleunigte Regelung erfolgte. Das Gelände der früheren Prüssing-Werft, mit den heute noch bestehenden Altbauten an der Strasse („Oberes Steinhaus“) und im unteren Bereich mit den bald abgerissenen großen, alten Werftgebäuden aus Holz, wurde zur Heimat der Berufsschularbeit.⁴⁴

Die ursprüngliche geplante Nutzung des Hauses – eine Begegnungsstätte für Pfarrer aus der DDR – war nach dem Mauerbau am 13. August 1961 hinfällig geworden. Da der Altbau an der Strasse bereits für Jugendarbeit genutzt wurde, lag der Gedanke auf dem Gelände ein „Clubheim für die berufstätige Jugend“ zu errichten, nahe.

Die politischen Rahmenbedingungen waren günstig für Investitionen in der „eingemauerten“ Stadt und Bundesmittel waren verfügbar. Brigitta Gans hierzu:

„Unser größter Wunsch war und blieb aber, ein eigenes Haus für die Bildungsarbeit außerhalb der Schule zu gewinnen. Anfang der 60er Jahre erfüllte sich dieser Wunsch schließlich. In Kladow, fast am Ende des Sakrower Kirchweges, stand ein nicht mehr genutztes Werftgelände zum Verkauf: Das Konsistorium erwarb dieses Grundstück, und man konnte an die Errichtung einer Bildungsstätte für die Ev. Berufsschularbeit denken. Es sollte ein Haus werden, in dem junge Menschen sich wohl fühlen, schön und praktisch zugleich. Das Haus wurde am Hang zur Straße hin errichtet. Ihm vorgelagert ist ein großer Rasenplatz bis hinunter zur Havel, der zu Spiel und Sport und im Sommer zum Sonnenbaden einlädt. Das Haus war fertig, und bot zunächst etwa vierzig jungen Gästen Platz. Die Arbeit konnte beginnen, aber wir wollten unsrem Haus auch einen Namen, ein Motto geben.“

Harald Poelchau stellte in einem kleinen Heft, das 1968 mit dem Titel „Kreisau – Haus der Berufsschul- und Industriejugend Berlin-Kladow“ erschien, die Beweggründe der Namensgebung vor.

„Haus Kreisau. Warum haben wir das Haus für die Berufsschul- und Industriejugend der Evangelischen Kirche am Sakrower Kirchweg in Kladow ‚Haus Kreisau‘ genannt. Der ‚Kreisauer Kreis‘ kann der Berufsschuljugend- und Industriejugend in vielfacher Hinsicht Leitbild sein:

1. Das christliche Zeugnis dieser Gruppe ist so überzeugend und menschlich lebendig, dass auch bei einem Zweifler in der Begegnung mit diesen Männern Achtung und Verständnis für den christlichen Glauben entstehen.
2. Die Mitarbeit von Pater Delp und anderer Katholiken im Kreisauer Kreis soll unsere katholischen Nachbarn⁴⁵ in Kladow und vor allem uns selbst immer wieder an die gemeinsamen Aufgaben erinnern.
3. Soziale Fragen beschäftigten den Kreisauer Kreis, zu dem auch profilierte Sozialisten gehörten, vordringlich: freiwilliger Arbeitsdienst, Mitbestimmung u.a. Gerade der berufstätigen Jugend stellte sich immer neu die Frage, wie wir die sozialen Probleme unserer Zeit anpacken können.
4. Der Weitblick der Kreisauer in politischen Fragen und ihr persönlicher Mut, auch in schwierigen, fast aussichtslosen Situationen, persönliche Verantwortung zu übernehmen, kann der Jugend Vorbild sein.
5. Vor allem soll das gemeinsame Suchen, Denken und Handeln einer Gruppe von sehr verschiedenen Menschen durch diese Namensgebung bejaht werden. Die verschiedenen Bereiche menschlicher Verantwortung – sozial, politisch, religiös – gehören nach Ansicht der ‚Kreisauer‘ zu-

sammen. Gemeinsam waren sie tief betroffen von der Unmenschlichkeit des NS-Systems und ihrer eigenen Mitschuld.“ Diese Beweggründe haben unser Haus bis heute geleitet und es durch alle Stürme und Veränderungen getragen. Und Stürme und Veränderungen gab es genug. Die Studentenbewegung wirkte sich auch hier aus. „Es kamen die bayrischen Vikare und krepelten alles um.“⁴⁶ Einer der „bayrischen Vikare“ war Theodor Lorentz, seit 1971 in der Berufsschularbeit und von 1977 bis 2005 Leiter. In der „Berufsschularbeit“ wurde die gesellschaftliche Dimension der Arbeit stärker akzentuiert, und die Bildungsarbeit wurde politischer. Aber dies passte zum gesellschaftlichen mainstream dieser Jahre und zum Reformklima der Ära Brandt. In der Landeskirche war Bischof Scharf Veränderungen gegenüber aufgeschlossen. Dieser Veränderungs-Impuls trug auch nach seinem Ausscheiden weiter. Zum einen wurde in Berlin der seit 1961 geltende „Lehrplan für den Evangelischen Religionsunterricht an den Berufsschulen“, der nach seinem Einband als „gelber Lehrplan“⁴⁷ bekannt wurde, ad acta gelegt und durch modernere Konzepte ersetzt. Diese Konzepte wurden 1983 bzw. 1987 in den „Grundsätze und Themen für die Mitarbeit der Evangelischen Berufs-Schularbeit im Sozialkundeunterricht“ fixiert. Die „Mitarbeit im Sozialkunde-Unterricht“ wurde am 6. Juli 1987 durch die AV Religionsunterricht durch die Senatsverwaltung geregelt.

Am 13. Mai 1980 fasste die Kirchenleitung der EkiBB den „Beschluss über die Einrichtung der Dienststelle ‚Evangelische Berufsschularbeit‘.“⁴⁸ Hierdurch wurde das oben bereits genannte „Statut für das provinzialkirchliche Amt für den Unterricht an den Berufsschulen“ vom 12.1.1960 er-

setzt. Der Beschluss vom 13.5.1980 hat drei Kerninhalte:

Die „Mitarbeiter im Evangelischen Religions-Unterricht und in der kirchlichen Arbeit an berufsbildenden Schulen in Berlin (West) bilden die Dienststelle.“

Zur Evangelischen Berufsschul-Arbeit gehören die dort angestellten Mitarbeiter in der Verwaltung und im technischen Dienst sowie die Jugendbildungsstätte Haus Kreisau.“

„Pfarrer Theodor Lorentz wird für die Dauer, in der er eine Provinzialpfarrstelle der Evangelischen Berufsschularbeit innehat, zum Leiter „berufen.“

Der 21. Mai 1982 war ein weiteres wichtiges Datum in der Geschichte der Ev. Berufsschularbeit. „Haus Kreisau“ wurde nach Umbauten im bisherigen Haus und einem Anbau eingeweiht. Damit verbunden war die Anerkennung als Jugendbildungsstätte seitens des Berliner Senates mit der positiven Konsequenz von entsprechenden Zuschüssen für das Personal und den Betrieb.“ Zur Feier der Einweihung wurde eine Zeitung unter dem Titel „Einblicke“ publiziert, mit Grußworten von Landesbischof Kruse und Senatorin Hanna-Renata Laurien. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ev. Berufsschularbeit stellten die Arbeitsfelder vor, und Lehrerinnen und Lehrer, darunter Rainer Pink vom OSZ-Bau, berichteten aus der Kooperation mit der Berufsschularbeit.

Die Evangelische Berufsschularbeit wurde in Berlin auch als Träger politischer Bildung anerkannt und konnte somit Bildungsurlaubsseminare nach dem Berliner Bildungsurlaubsgesetz durchführen. Da durch den Um/Anbau die Bettenzahl um 20 zugenommen hatte, konnten auch die Kapazitäten erhöht werden. Mittlerweile hatte sich die Industriejugend aufgrund von Personalproblemen auch aus einigen gewerblichen Berufsschulen zurückgezo-

gen, so dass diese in der Regel dann auch von der Berufsschularbeit betreut wurden.

Ein Beitrag der langjährigen EBA-Mitarbeiterin Rosemarie Krause-Braunack in einer Selbstdarstellungsbroschüre der Berliner Ev. Jugend⁴⁹ machte die damalige Zielsetzung deutlich:

„Was für Ziele haben wir?

Ziel unserer Bildungsarbeit ist es, die Jugendlichen zu befähigen, ihre Interessen und Rechte am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft zu erkennen, wahrzunehmen und in überlegtes politisches Handeln umzusetzen. Dazu ist es nötig, individuelle Niederlagen in unserer Gesellschaft, die oft als subjektives Versagen empfunden werden und Resignation zur Folge haben, in Zusammenhängen zu erklären, die Kommunikation und gemeinsames Handeln der Betroffenen einsichtig machen. Grundlage unserer Arbeit sind die Bedürfnisse der Jugendlichen in Arbeit, Schule, Familie und Freizeit.“

In dieser Broschüre wurden die Arbeit mit ausländischen Jugendlichen und die Friedensarbeit als „Markenzeichen“ der EBA genannt. Zum Profil gehörten vor allem die Auslandskontakte mit der Industrial Mission in England und Partnerschaften mit Israel und Frankreich. Hinzu kamen bald Austauschprogramme mit der Sowjetunion, 1990 die Zusammenarbeit mit Polen, und ab 1992 die bis heute bestehende Kooperation mit der Türkei.

Als 1990 die geteilte Kirchenprovinz wieder zusammenkam, wurde auch mit der Ausweitung der Ev. Berufsschularbeit auf das Land Brandenburg gerechnet und ansatzweise auch begonnen. Aber bis heute ist die EBA auf die Stadt Berlin begrenzt geblieben. Dafür wurde die Zuständigkeit von Westberlin auf die Gesamtstadt ausgedehnt, was 1991 zur Arbeitsaufnahme von fünf pädagogischen Kolleginnen und Kollegen mit Ost-Biographie führte und zu ei-

ner wesentlichen Bereicherung der Gesamtarbeit. Hinzu kam, dass eine Pfarrstelle mit dem bisherigen Stadtjugendpfarrer Ostberlins Wolfram Hülsemann besetzt wurde.

Quasi parallel zu dieser Entwicklung endete in mehreren Phasen die Arbeit des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt. Im Oktober 1996 fiel die landeskirchliche Entscheidung, den KDA nicht mehr zu finanzieren, was sein Ende besiegelte. Die 1957 mit so viel Elan begonnene Ev. Industriejugend-Arbeit war nicht mehr existent, und das Haus in der Charlottenburger Frankenallee, das die Wiege dieser Arbeit und fast 40 Jahre ihr Ort war, stand zum Verkauf. Mittlerweile ist die Ev. Berufsschularbeit der einzige „Vorposten der Kirche“ (so Bischof Huber) im Berliner Berufsschulbereich und bei der arbeitenden Jugend.

Die Evangelische Berufsschularbeit hat es geschafft, trotz drastischer Mittel-Kürzungen (so wurde der staatliche Zuschuss zwischen 1995 und 2005 um 40% gekürzt) zu überleben. Dies wäre ohne die Unterstützung unserer Freundinnen und Freunde in Kirche und Gesellschaft und vor allem ohne die Solidarität der Berliner Oberstufen-Zentren nicht möglich gewesen.

„Haus Kreisau“ und die Berufsschularbeit wären auch nicht möglich gewesen ohne die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Hauswirtschaft, Verwaltung und Pädagogik. Einige von ihnen sind verstorben, wie der frühere Leiter Peter Oldenburg und Max Kaiser, der die Arbeit mit ausländischen Jugendlichen in die Arbeit der EBA implantierte. Andere sind weiterhin an anderer Stelle im Raum der Kirchen tätig, wie Elke Munke, die jetzt Hauswirtschaftsleiterin im Haus der Kirche ist, wie Stephan Dorgerloh, der die Evangelische Akademie in Wittenberg leitet, wie die Pfarrer Olaf Trenn (jetzt Gemeinde Grunewald), Holger Dannenmann (jetzt Lindenkirche Wilmers-

dorf) und Frieder Breitzkreuz (jetzt Pfarrer in Moabit).

Wolfram Hülsemann leitet jetzt im Land Brandenburg die Mobilen Beratungsteams gegen Rechts-Extremismus, Gewalt und Fremden-Feindlichkeit. Der langjährige Mitarbeiter-Vertreter Günter Busch ist jetzt hauptamtlicher Gewerkschafts-Sekretär bei ver.di und leitet in Baden-Württemberg den Fachbereich Gesundheit. Annemarie Cordes-Heuer hat die Arbeit von LISA.e.V. aufgebaut.

Noch mehr Kolleginnen und Kollegen sind im Ruhestand. Von ihnen seien stellvertretend für alle Brigitta Gans, Irene Spier-Schwartz, Waltraud Grabowsky, Michael Hansch, Heinrich Schieche, Theodor Lorentz und Guido Dia genannt.

Sie und alle anderen waren und sind Teil eines Prozesses, der auch nach 50 Jahren weitergeht und der bisher dafür gesorgt hat, dass „Evangelische Berufsschul-Arbeit/Haus Kreisau“ ein Tätigkeitswort war und ist. Ganz sicher hatten dies unsere Gründer im Sinn.

„Im griechischen Denken kann die Wahrheit nur gefunden werden. Im Christentum wird die Wahrheit gefunden, wenn sie getan wird.“ (Paul Tillich)⁵⁰

Zum ersten Teil des Artikels „Streiflichter aus 50 Jahren Evangelischer Berufsschularbeit. Harald Poelchau als Begründer des Berliner Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt vgl. CuS 2-3/2008, S. 56–62.

Zu Anmerkung 20 in CuS 2-3/2008, S. 61: Ulrich Peter hat die Biographie Harald Poelchaus dargestellt in dem Band Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten, Hg. Manfred Asendorf und Rolf von Bocket, Stuttgart 1997.

¹ Günter Dehns *Jugendarbeit im proletarischen Milieu Moabits, aus der ein Teil der*

- Gründergruppe des Berliner Bundes religiöser Sozialisten hervorging, habe ich in meiner 1995 veröffentlichten Dissertation „Der Bund der religiösen Sozialisten in Berlin von 1919 bis 1933“ dargestellt und untersucht.
- ² Günther Dehn, *Die religiöse Gedankenwelt der Proletarierjugend*, Berlin 19263, S. 76/77.
- ³ *Proletarische Jugend*. Berlin 1929.
- ⁴ *Proletarischer Glaube*. Berlin 1928³ und 1928⁵.
- ⁵ *Proletarischer Glaube*. S.241–243.
- ⁶ *Bund religiöser Sozialisten (Abteilung Neukölln). Denkschrift über die kirchliche Lage der Gegenwart*. Berlin 1922. Hier S. 23 ff.
- ⁷ So z.B. Heinz Kappes in Mannheim, August Kopp als Landes-Sozialpfarrer in der Pfalz, Pfarrer Rodenberg in Thüringen.
- ⁸ Schreiben des Konsistoriums der EKİBB an die Ev. Kirchenkanzlei v. 12. 9. 1952, in: EZA-2/84/6213,1.
- ⁹ Schreiben des Konsistoriums der EKİBB an die Ev. Kirchenkanzlei v. 12. 9. 1952, in: EZA-2/84/6213,1.
- ¹⁰ Konsistorialakten, Karton 260- Akte R2a „Akten betr. Religionsunterricht an Berufsschulen. Bd. I von 1956 bis 1959.“ (Zitiert im folgenden als Konsi, Bd. I).
- ¹¹ Schreiben der „Kirchlichen Erziehungskammer für Berlin“ an die Kirchenkanzlei der EKİD v. 4. 4. 1957, in: EZA-2/84/6213,5.
- ¹² Es wäre lohnenswert, die entsprechenden Senatsakten zu untersuchen und „weltliche“ Zeitzeugen zu befragen.
- ¹³ Hierzu die hervorragende Darstellung von Christian Homrichhausen „1898 – 1998. Hundert Jahre Evangelische Arbeitnehmer in Berlin und Brandenburg.“ Archivbericht der EKİBB Nr.10, Berlin 1998.
- ¹⁴ Aus dieser Arbeit ging die „Evangelische Industriejugend“ hervor, die mit Auszubildenden verschiedener Berliner Berufsschulen und Betriebe Seminararbeit machte. Diese Jugendlichen bildeten den Hauptteil der jungen Arbeiter, die im Rahmen der „Aktion Sühnezeichen“ Wiederaufbauarbeit in England (Coventry) und anderen von Hitler-Deutschland geschädigten Ländern leisteten.
- ¹⁵ Konsi, Bd.I.
- ¹⁶ Konsi, Bd.I.
- ¹⁷ *Ordnung der Bedrängten*, Berlin 1963, S. 123.
- ¹⁸ Homrichhausen, S.115.
- ¹⁹ Konsi, Bd.I.
- ²⁰ Konsi, Bd.I.
- ²¹ Konsi, Bd.I.
- ²² So war der dem Senat übersandte Antrag derart schlecht verfasst und begründet, dass ein Mitarbeiter Amrehns ihn mit der Bemerkung „Nach meiner Auffassung kann der Senat dem Antrag in dieser Form unmöglich zustimmen“ zur Nachbesserung zurückschickte. Brief Lenz v. 22. 3. 1957 in: Konsi, Bd.I.
- ²³ Schreiben des Konsistoriums der EKİBB an die Ev. Kirchenkanzlei v. 12. 9. 1952, in: EZA-2/84/6213,1.
- ²⁴ Brigitta Gans, 30 Jahre evangelische Berufsschularbeit, Manuskript Berlin o. J. (1987). Kopie im Archiv des Verfassers. Im Folgenden werden auch Informationen verarbeitet, die der Verf. von Frau Gans und dem früheren Leiter der Ev. Berufsschularbeit, Peter Oldenburg (+) erhielt.
- ²⁵ Seite 5 des Briefes Kirchenleitung EKİBB an Bürgermeister Amrehn v. 30. 6. 1957, in: Konsi, Bd.I.
- ²⁶ Diese Arbeit war strukturell in den Schulen angesiedelt und Bestandteil des Religionsunterrichtes. Die Finanzierung erfolgte aus dem entsprechenden Etat des Senats.
- ²⁷ Diese Arbeit war strukturell im Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt angesiedelt und Bestandteil der kirchlichen Jugendarbeit.

Die Finanzierung erfolgte aus dem entsprechenden Etat der Landeskirche.

²⁸ Kosi, Bd.I.

²⁹ Erst als die Ev. Industrijugend personell nicht mehr in der Lage war „ihre“ traditionellen Schulen weiterzubetreuen, übernahm dies die Ev. Berufsschularbeit. Ich bin zur Zeit zuständig für die „Georg-Schlesinger-Schule“, OSZ-Maschinen- und Fertigungstechnik in der Reinickendorfer Kühlweinstraße. Die Vorläufer-Schule dieses OSZ in der Grünthaler Straße ist eine der ersten gewesen, an denen 1957 die Industrijugendarbeit begann.

³⁰ Brief Suchan an Bischof Dibelius v. 13. 2. 1958, in: Kosi, Bd.I.

³¹ Auszug aus: „Der Tag“ mit Datumsstempel v. 11.7.1958, in: Kosi, Bd.I.

³² Kosi, Bd.I.

³³ Kosi, Bd.I.

³⁴ Ich habe Willy Süßbach in meiner Dissertation erstmalig biographisch dargestellt.

³⁵ EZA-7/6213 Bd.1.

³⁶ EZA-7/6213-Beiheft 9.Berufsschultag 1965/66.

³⁷ Gans, a.a.O.

³⁸ Kosi, Bd.I.

³⁹ Konsistorialarchiv 260/R2a-II, im folgenden als Kosi, Bd. II zitiert.

⁴⁰ Vorlage v. 28. 3. 1960, in: Kosi, Bd.II.

⁴¹ Schreiben Harald Poelchau und Franz v. Hammersteins an den Generalsuperintendenten Helbich v. 26. April 1962, in: Kosi, Bd.II.

⁴² Brief Kosi an Stadtsynodalverband v. 12. 1. 1960 in: Kosi, Bd.II.

⁴³ Kosi, Bd.II.

⁴⁴ Architekt Michael von Möllendorf, Die Werft an der Havel, in: Ev. Berufsschularbeit (Hg.) Einblicke. Berlin 1982.

⁴⁵ Zu dieser Zeit gab es in der Nähe mehrere Jugendeinrichtungen des kath. Bistums. Mittlerweile sind sie im Gefolge der Finanzkrise des Bistums aufgegeben worden.

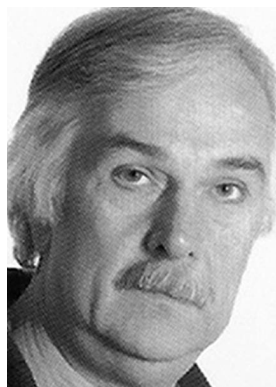
⁴⁶ So der damalige Leiter Peter Oldenburg (+) in einer Mitteilung an den Verfasser 1997.

⁴⁷ Es ist für die heutige Generation der Ev. Berufsschularbeit spannend zu sehen, wie gleichermaßen bibel-orientiert und differenziert mit den Themen umgegangen wurde. Exemplarisch hierfür ist der Themenkreis IV „Der Christ in der Begegnung mit den Kräften und Mächten unserer Zeit“. Das 10. Kapitel „Marxismus“ ist heute noch (wieder?) aktuell.

⁴⁸ Kirchliches Amtsblatt 1980, S.73.

⁴⁹ Amt für Jugendarbeit der EKİBB (Hg.) Ev. Jugendarbeit in Berlin-West. Berlin 1982.

⁵⁰ Paul Tillich, In der Tiefe ist Wahrheit. Religiöse Reden I. Stuttgart 1952, S. 129.



Ulrich Peter

Dr. Ulrich Peter wurde 1952 in Bergkamen/ Kreis Unna geboren. Studium der Psychologie, Sozial-, Rechts- und Erziehungswissenschaften in Münster und der Evangelischen Theologie in Berlin. Er arbeitet als Berufsschulpädagoge in Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Kirchengeschichte der Neuzeit, zur Geschichte des religiösen Sozialismus und der sozialen Bewegungen. Er war Schriftleiter von CuS und Vorstandsmitglied des BRSD.

Erklärung des Attac-Ratschlags am 12. Oktober 2008

Das Finanz-Casino schließen!

Zu einer Protestkundgebung vor dem Bundesfinanzministerium am 30. Oktober hatte unsere Bündnisorganisation Attac aufgerufen. Das Motto lautete: „Die Verursacher sollen selbst zahlen, holt das Geld von den Reichen“.

Seit mehr als einem Jahr tobt die Krise an den Finanzmärkten. Wann immer es heißt, das Schlimmste sei überstanden, folgt kurze Zeit später der nächste Bank-Kollaps, die nächste verzweifelte Rettungsaktion durch eine Zentralbank, der nächste Börsen-Absturz.

Diese Krise ist die schwerste Krise des Kapitalismus seit der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Es handelt sich nicht um eine reine Finanzkrise – wir stehen mittlerweile vor einer schweren Weltwirtschaftskrise und mitten in einer tiefen sozialen und gesellschaftlichen Krise. Aktuell zeigt sich das krisenhafte kapitalistische System wieder einmal als unbeherrschbar.

Diese Krise ist keine Naturkatastrophe. Vordergründig ist sie die Folge des Platzens der Immobilienblase in den USA und des Zusammenbruchs der Kreditpyramide, die die Banken in den letzten Jahren aufgebaut haben. Doch ist sie eben auch das Ergebnis eines Systems, in dem der gesellschaftliche Reichtum in Form von Kapital auf der Jagd nach Rendite um die Welt zirkuliert. Sie ist Folge der globalen Ungleichgewichte, die sich in den letzten Jahren immer weiter verschärft haben. Sie ist begründet in einer Politik, die bewusst die Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte vorangetrieben hat. Und sie ist die Folge der Umverteilung von unten

nach oben, die überhaupt erst diese Art der Konzentration von Vermögen ermöglicht hat.

Über eine Billion Dollar mussten von den Banken bereits abgeschrieben werden, die Investmentbanken sind vom Erdboden verschwunden, das restliche Bankensystem ist tief erschüttert. Weltweit fallen die Aktienkurse. Aber die wahren Betroffenen sind andere. Es sind unzählige AmerikanerInnen, die ihre Häuser oder Renten verloren haben. Es sind Millionen ArbeitnehmerInnen auf der ganzen Welt, die ihren Job verlieren werden. Es sind die Menschen in den Entwicklungsländern, die durch die drohende Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen werden. Und es ist die ganze Gesellschaft, die gigantische Summen in die Rettung von Banken stecken muss, während für das öffentlich Notwendige weiter das Geld fehlen wird.

Das endgültige Ausmaß der Krise ist noch immer nicht klar. Aber schon jetzt ist klar: Die Zeit ist reif für einen Systemwechsel. Wir dürfen die Politik nicht damit davon kommen lassen, die Akteure des Finanzmarktkapitalismus in einen Zustand zu versetzen, das Spiel von neuem zu beginnen. Technische Reparaturen reichen nicht. Es ist Zeit für eine Wende. Die Menschen sind nicht länger bereit, den Irrsinn eines Systems zu ertragen, in dem steigender gesellschaftlicher Reichtum destruktive Krisen auslöst. Die Chance ist jetzt da, den Finanzmarktkapitalismus zu Grabe zu tragen! Dafür wird Attac mit allen Bündnispartnern für eine gesellschaftliche Bewegung mobilisieren.

***Wir fordern:
Die Profiteure müssen zahlen!***

Überall werfen derzeit die Regierungen das Geld der Steuerzahler den Banken in den Rachen, um den Kollaps des Bankensystems abzuwenden. Wir werden nicht akzeptieren, dass die Rettungsaktionen nun zu Lasten der sozial Benachteiligten oder der sozialen Infrastruktur gehen. Die Verursacher müssen zahlen. Wir fordern daher eine einmalige Sonderabgabe auf große Vermögen, um die Kosten der Krise zu finanzieren. Banken, denen der Staat mit öffentlichem Geld hilft, müssen durch eine Verstaatlichung auch unter öffentliche Kontrolle gestellt werden.

Die Banken entmachten!

Die Banken haben sich auf der Suche nach immer höheren Renditen von einer Dienstleistungsrolle für die Realwirtschaft gelöst und mit ihren Geschäften den Kollaps des ganzen Finanzsystems riskiert. Als Schlüsselbranche im Kapitalismus gehören sie unter öffentliche Kontrolle. Dabei geht es nicht darum, nur bankrotte Banken zu verstaatlichen, sondern gerade darum, finanzstarken Instituten demokratische Kontrollmechanismen aufzuzwingen. Daneben muss das öffentliche und genossenschaftliche Bankensystem gestärkt werden.

***Finanzmärkte kontrollieren –
ihre Macht brechen***

Die Politik der letzten Dekaden hat bewusst zugelassen, dass sich große Teile der Finanzmärkte fernab jeglicher Kontrolle entfalten konnten. Die Entstehung eines Schattenbankensystems wurde nicht verhindert, der Entstehung neuer, gefährlicher Finanzinstrumente tatenlos zusehen. Attac fordert: das Schattenbankensy-

stem aus Hedge-Fonds, Zweckgesellschaften und anderen unregulierten Finanzakteuren muss verboten werden! Ein Finanzmarkt-TÜV muss eingerichtet werden, der neue Finanzinstrumente standardisiert und prüft, bevor diese gehandelt werden dürfen. Mit der Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen (inklusive Devisentransaktionen) wollen wir Spekulation reduzieren und die Kurzfristorientierung der Finanzmärkte schwächen. Neben diesen Maßnahmen muss eine radikale Umverteilung eingeleitet werden, um die Finanzmärkte zu schrumpfen.

Steueroasen schließen

Die Steueroasen spielen nicht nur bei der Steuerhinterziehung eine wichtige Rolle, sondern erfüllen auch eine zentrale Funktion im globalen Finanzmarkt-Casino. Hier wurden unter Umgehung nationaler Regulierung Fonds aufgesetzt oder Zweckgesellschaften der Banken gegründet. Die Steueroasen müssen endlich geschlossen werden.

***Das Öffentliche
den Finanzmärkten entziehen!***

Wer diese Krise ernst nimmt, kann nur die Konsequenz ziehen: Die öffentliche Daseinsvorsorge muss der Willkür und dem irrationalen Herdentrieb privater Investoren entzogen werden. Sie muss wieder allein dem Gemeinwohlinteresse dienen. Darum darf es keine weiteren Privatisierungen geben. Die Privatisierung der Bahn muss endgültig vom Tisch, der Gesundheitsfonds und die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme müssen zurückgenommen werden. Insbesondere die Riester-Rente, die mit zur Aufblähung der Finanzmärkte beiträgt, muss durch eine solidarische Bürgerversicherung ersetzt werden.

Die Krise sozial bewältigen!

Unzählige Menschen werden in der kommenden Zeit von Arbeitslosigkeit und sozialer Verunsicherung betroffen sein. Während die Politik den Banken hilft, bleibt sie tatenlos, was die Folgen der Krisen für die Menschen betrifft. Wir fordern ein energisches Eingreifen, ein ökologisches Umbauprogramm und massive Investitionen in die soziale Infrastruktur, um die konjunkturellen Folgen sozial abzufedern.

Es ist deutlicher als je zuvor, dass wir grundsätzliche Alternativen zum derzeitigen Wirtschaftssystem brauchen. Diese Forderungen sind deshalb nur ein Anfang,



© Horst Hatzinger, *Titanik 2008*

ein Startschuss für einen offenen Prozess, in dem wir solche Alternativen im Dialog mit allen progressiven Kräften entwickeln wollen.

Kontakt: Attac Bundesbüro, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: (069) 900 281-10, E-Mail: casino-schliessen@attac.de

Aufruf

Aufruf an Christinnen und Christen, Gemeinden und Kirchen, der Unternehmerdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland biblisch-theologisch und wirtschaftswissenschaftlich zu widersprechen.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat im Juli 2008 die Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ veröffentlicht. Die Unterzeichnenden sind trotz im Einzelnen unterschiedlicher Herangehensweisen nach sorgfältiger Prüfung – dokumentiert in dem Buch „Frieden mit dem Kapital?“¹ – zu der Überzeugung gekom-

men, dass die EKD – nach vorbereitenden Schritten in früheren Äußerungen – mit dieser Denkschrift aus biblisch-theologischer, wirtschaftswissenschaftlicher und weltweit ökumenischer Perspektive offensichtlich einen Irrweg betreten hat:

1. Sie beschönigt die sozio-ökonomische Realität in grotesker Weise und trennt sich damit von der Mehrheit der Erdbevölkerung und auch von den Verlierern und vor allem Verliererinnen in Deutschland, die zunehmend unter den ausschließenden, verarmenden und ökologisch zerstörerischen Folgen des herrschenden Systems leiden.

2. Indem sie diese Realität „Soziale Marktwirtschaft“ nennt, statt sie mit ihrem Namen, nämlich „neoliberalem Kapitalismus“, zu benennen, legitimiert sie diesen – in einer Zeit, in der sich die Mehrheit der Menschen und zunehmend auch Staaten vom Neoliberalismus abwenden. Sie erweckt den Eindruck, als seien zu beobachtende negative Probleme nur auf individuelles Fehlverhalten einzelner Akteure zurückzuführen und stützt so das bestehende System.
3. Sie distanziert sich von ihren eigenen bisherigen sozialetischen Grundeinsichten, dass das unternehmerische Handeln durch eine widergelagerte Gesellschaftspolitik sozial- und ökologisch verträglich in die Gesellschaft eingebettet werden muss (vgl. das Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen von 1997, Ziff. 143). Sie nimmt stattdessen im Einklang mit dem neoliberalen Mainstream hin, „die staatliche Regulierung auf das Notwendigste“ (44) zu begrenzen.
4. Die für diese Denkschrift und ihre Verbreitung Verantwortlichen gefährden die Einheit der EKD mit der weltweiten Gemeinschaft der Kirchen, die sich im Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), dem Reformierten Weltbund (RWB) und im Lutherischen Weltbund (LWB) zusammengeschlossen haben. Denn diese haben sich in einem langen, biblisch begründeten Prozess klar auf die Seite der vom herrschenden System ausgeschlossenen und verarmten Weltbevölkerung und der in ihrer Lebensfähigkeit bedrohten Erde gestellt und haben dem neoliberalen Kapitalismus eine klare Absage erteilt. Wir rufen alle Christinnen und Christen – besonders die Mitglieder von Synoden auf allen Ebenen –, sowie die Gemeinden und Landeskirchen auf, die EKD-Verantwortlichen auf biblisch-theologi-

scher Grundlage und mit klaren Argumenten herauszufordern, diese Denkschrift zu widerrufen, die Anpassung an die herrschenden Mächte in Wirtschaft und Politik aufzugeben, die eigene sozial- und wirtschaftsethischen Traditionslinien ernst zu nehmen sowie unter Berücksichtigung der verheerenden Folgen der ökonomischen Globalisierung weiterzuentwickeln und in die weltweite ökumenische Gemeinschaft der Kirchen zurückzukehren.

Heidelberg, Reformationstag 31.10.2008

Erstunterzeichnende:

Frank Crüsemann, Prof. Dr. theol.

Siegfried Katterle, Prof. em. Dr. rer. pol.

Ulrich Duchrow, Prof. Dr. theol.

Arne Manzeschke, PD Dr. theol.

Heino Falcke, D. Dr. theol.

Silke Niemeyer, Pfarrerin

Christian Felber, Mag. phil.

Franz Segbers, Prof. Dr. theol.

Kuno Füssel, Dr. theol.

Ton Veerkamp, Lic. theol.

Detlef Hensche, Dr. jur.

Karl Georg Zinn, Prof. Dr. rer. pol.

Wir bitten, diesen Aufruf durch Unterschrift zu unterstützen, bitte an E-Mail: Unterschrift.Memorandum@wts.uni-heidelberg.de oder Dr. Franz Segbers, Nonnbornstr. 14a, 65779 Kelkheim. Wir werden die Unterschriften Pfingsten 2009 an den Rat der EKD weiterleiten.

¹ „Frieden mit dem Kapital? Wider die Anpassung der Evangelischen Kirche an die Macht der Wirtschaft. Beiträge zur Kritik der Unternehmerdenkschrift der EKD“, hg. von Ulrich Duchrow und Franz Segbers, Publik-Forum Verlag, Oberursel 2008.

Zur EKD-Denkschrift: „Unternehmerisches Handeln in ev. Perspektive“*

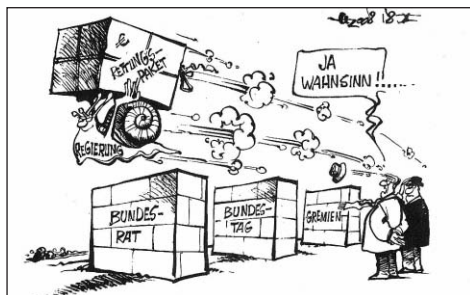
Ein Herz für Unternehmer

Von Detlef Hensche

„Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur.“ (Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie)

Es ist schlecht bestellt ums unternehmerische Image. Nicht einmal ein Drittel der Bevölkerung glaubt dem marktwirtschaftlichen Dogma, dass unternehmerischer Erfolg allgemeinen Nutzen stiftet. Jeder Dritte hält Gewinne für unmoralisch. Über 70 % nehmen Anstoß daran, dass selbst gut verdienende Unternehmen und Konzerne Arbeitsplätze abbauen. Die verbreitete Unternehmer-Verdrossenheit hat Gründe, die auf realen Erfahrungen beruhen. Zur Betroffenheit und Sorge gesellt sich Empörung über die Schamlosigkeit des Abgreifens, sei es bei Managergehältern und Abfindungen, sei es in Gestalt ungezügelter Ausplünderung übernommener Unternehmen.

Kein Wunder, dass auch die Kirche auf den Plan tritt. Ethische Maßstäbe zu entwickeln, liegt in der Konsequenz des von ihr in Anspruch genommenen Wächteramts. Doch zur Verblüffung des Lesers gilt die kirchliche Sorge nicht etwa den Ursachen der Vertrauenskrise, sondern vorrangig den durch „Skandalisierung und Erregung“ (S. 87) und „wiederkehrende Vorurteile“ (S. 29) herabgesetzten Unternehmern. Sind damit vorrangig die Medien verantwortlich gemacht, ist das Feld für das beliebte Entlastungsschema individuellen Versagens bereitet. Wer die Probleme mit Bischof Huber auf die „ethischen problematischen Verhaltensweisen Einzelner“ (S. 8) reduziert, für den geraten



„So kann die das auch?“

© Horst Hatzinger, Titanik 2008

strukturelle Fehlentwicklungen gar nicht erst in den Blick.

Damit ist eine nicht zufällige Schwachstelle der Denkschrift angesprochen: das völlige Absehen von maßgebenden Bestimmungsfaktoren und konkreten Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns. „Unternehmerisches Handeln“, so lesen wir, „zielt auf die Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen“ (S. 60 u. passim) und sei von „zentraler Bedeutung für Innovation, Wertschöpfung und gesamtgesellschaftlichen Wohlstand“ (S. 24). Mit dem Mut zu beständigen Produkt- und Prozess-Innovationen (S. 25), der Fähigkeit, „im Markt Entscheidungen unter komplexen und zum Teil unsicheren Bedingungen zu fällen“ (S. 24, 47 f.) und der Bereitschaft, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen (S. 13, 47, 49), sind die zentralen Kategorien der „unternehmerischen Berufung“ angesprochen, die sich wie ein roter Faden durch die Denkschrift ziehen. Als Garant für gesellschaftliche Dynamik sei der Unternehmer nicht nur unverzichtbar für den allgemeinen Wohlstand. Als Gegenpol „eines struk-

tur-konservativen Bewahrens“ (S. 25) erfreut er sich zugleich christlicher Weihe. Unter Berufung auf Matthäus 6, 25-27 („Sehet die Vögel unter dem Himmel, sie sähen nicht, sie ernten nicht ...“) erfahren wir: „Falsches Sicherheitsdenken, eine Ängstlichkeit, die jede Entscheidung um möglicher Fehler willen fürchtet, und rückwärtsgewandtes Festhalten am einmal Erreichten kann sich nicht auf den christlichen Glauben berufen“ (S. 40 f.). Hätte die evangelische Kirche Heilige, Schumpeter gehörte dazu. Da wundert es kaum noch, wenn auch auf dem „Streben nach einem angemessenen Wohlstand, um ihn für sich selbst und für die Gemeinschaft zu nutzen ...“, durchaus der Segen Gottes ruhen“ kann (S. 20).

In diesem Bild eines gottgefälligen Unternehmertums hat der wirtschaftliche Alltag keinen Platz. Soweit die soziale, ökologische und ökonomische Realität in ihrer desaströsen Gestalt erwähnt wird, so im verharmlosenden Gewande des bedauerlichen Einzelfalls oder des systemwidrigen Ausrutschers. Die Denkschrift zeichnet ein – noch dazu plump idealisierendes – Oberflächenbild unternehmerischen Handelns und ist peinlich darauf bedacht, die Triebfedern, Zwänge und Interessen, die nun einmal die Ökonomie bestimmen, zu verschweigen. Nur einmal, gleichsam als Pflichtübung an versteckter Stelle, findet sich die Feststellung, dass die moderne Wirtschaft „in ihrem Kern angetrieben wird durch das Eigeninteresse und die Selbstverwertung des Kapitals“ (S. 118). Doch diese Einsicht bleibt folgenlos.

Dabei sollte es sich herumgesprochen haben: Eine Wirtschaft, die vom Wettlauf um die höchstmögliche Rendite getrieben wird, ist blind für die sozialen, ökologischen, volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen; ja, sie tendiert im Streben nach Kostensenkung zum Raubbau an so-

zialen und natürlichen Ressourcen. Wohlstand, Zukunftsvorsorge, Erhaltung der Lebensgrundlagen gelingen nur auf der Basis rechtlicher Bindungen und Kontrollen, und indem bestimmte Güter den Gesetzen des Marktes entzogen werden. Die Vorstellung: bei funktionierendem Wettbewerb „werden weder Konsumenten noch Arbeitnehmer ausgebeutet und es gibt keine Diskriminierung, da der, der diskriminiert, einen Wettbewerbsnachteil erleidet“ (S. 52), gehört zu den täglich widerlegten Lebenslügen. Weder tragen Markt und Wettbewerb ihre eigenen sozialen Korrekturen in sich, noch ist den systembedingten Zerstörungen durch moralische Appelle und einen Kanon christlicher Ethik beizukommen. Dass gerade ein systembedingter Zusammenhang mit der Dominanz von Kapitalverwertungsinteressen besteht, der sich der Wirkkraft ethischer Normen und Selbstverpflichtungen entzieht, passt offenkundig nicht in die gottgewollte Ordnung von Markt und Wettbewerb. Wer wie die Denkschrift auf „ethisches Bewusstsein, klare Orientierung und Gebote sowie auf spirituelle Beheimatung“ (S. 17, 116) setzt, um menschenunwürdigen Entwicklungen vorzubeugen, verzichtet auf Gestaltung und lässt zu, dass sich die Krisen verschärfen. Dass sich die Kirche dazu hergibt, ist ein Ärgernis.

So verkommt christliche Moral zur platten Rechtfertigung systemimmanenter Missstände. Selbst Extragewinne durch Stilllegungen und Entlassungen können nach Meinung der Autoren gerechtfertigt, also gottgewollt sein, wenn die Börsen dies honorieren und infolgedessen der Unternehmenswert steigt! Der gute Unternehmer wird solches nur „schlüssig begründen und für Verständnis ... werben“ (S. 89). Christliche Tugend zeigt sich in geschicktem Akzeptanz-Management!

Desgleichen wird die Rolle der Politik tabuisiert, die auf nationaler wie internationaler Ebene durch Deregulierung und Umverteilung jene Entwicklung erst eingeleitet und bis heute forciert hat. Ärgerlich genug, dass der Leser über den Alltag der exzessiven Personal-Kostensenkung nichts erfährt, über die legale wie illegale Verabschiedung aus der Tarifbindung – von der Denkschrift als betriebliche Bündnisse für Arbeit undifferenziert gelobt (S. 67). Schlimmer noch: die Hilfestellung des Gesetzgebers, etwa durch die „Reform“ der Leiharbeit, ist ebensovienig ein Thema wie die Notwendigkeit, gesetzlichen Schutz zu bieten, wenn und soweit die tarifpolitischen Arme der Gewerkschaft zu schwach geworden sind. Oder: die Autoren missbilligen die Ausbreitung von Niedrigstlohn-Sektoren, angeblich eine schicksalhafte Folge der Globalisierung (S. 96 f.). Doch über die hausgemachten, politisch inszenierten Faktoren verliert die Denkschrift kein Wort; die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung durch die Hartz-Gesetze sollte ja nicht nur die Lohnnebenkosten senken und den Unternehmen gefügige Arbeitnehmer bereitstellen, sondern nicht zuletzt durch Zumutbarkeit jeder Arbeit die Bereitschaft zur Hinnahme von Niedriglöhnen erzwingen, ohne Rücksicht auf erworbene Qualifikation und einschlägigen Tarif. Wenn in letzter Zeit die mahnende Stimme der Kirche gefordert gewesen wäre, so im Protest gegen den entwürdigenden Zwang zu beruflichem und sozialem Abstieg! Doch vermutlich gehören die Kritiker der Hartz-Gesetzgebung aus kirchlicher Sicht zu den struktur-konservativen Bewahrern, denen es versagt wird, sich auf den christlichen Glauben zu berufen! Jedenfalls versäumt es die Denkschrift nicht, „nachhaltige Struktur-Reformen“ der Sozialsysteme einzuklagen, um die Lohnnebenkosten zu senken und „Spiel-

räume für private Vorsorge zu erweitern“ (S. 63).

Selbst die reichhaltigen Erfahrungen der kirchlichen Entwicklungsdienste müssen vor der Marktbesessenheit verstummen. „Offene Märkte“, so lesen wir, „sind ein Gebot internationaler sozialer Gerechtigkeit“ (S. 99). Sie „stellen gerade für die Entwicklungs-Länder eine große Chance dar und sind ein wichtiger Baustein für die Entwicklung von sozialer Sicherheit und Bildung für breite Schichten“ (S. 100). Soweit damit die pharisäerhafte Abschottungs-Politik der Industrieländer gegen Agrarprodukte aus Entwicklungsländern angeprangert wird, verdient das gewiss Zustimmung. Doch auch unter gleichen Einfuhr-Bedingungen hätten die Länder der sog. Dritten Welt bei offenen Grenzen keine Chance auf eine gedeihliche und eigenständige Entwicklung. Liberalisierung schreibt die Ungleichgewichte fort und potenziert sie. Wer es nicht glaubt, studiere in Mexiko die Folgen der nordamerikanischen Freihandels-Zone (Nafta) oder vergegenwärtige sich die Spuren der deutschen Währungsseinheit. Seitdem der WTO-Prozeß – glücklicherweise – nicht mehr reibungslos verläuft, nötigt die EU z.B. afrikanischen Staaten bilaterale Abkommen ab, etwa über die Vergabe von Fischereirechten. Solche Grenzöffnungen haben zwar bewirkt, dass der Fischexport aus afrikanischen Gewässern angestiegen ist. Doch liegt der Fang nunmehr zu 90% in der Hand der technisch überlegenen europäischen Flotten. Die Deviseneinnahmen aus Export und Lizenzen gleichen nicht annähernd die Not aus, die aus tausendfachem Existenzverlust afrikanischer Fischer und aus Versorgungs-Mängeln der eigenen Bevölkerung erwächst (s. Schönfeld, Blätter, Heft 6/08, S. 21, 22). Solche „Erfolge“ der Entwicklungspolitik finden ihr hässliches Pen-

dant in der fieberhaft ausgebauten Außen-
grenze der EU, dazu bestimmt, die Opfer
offener (Waren-) Grenzen mit Gewalt
draußen zu halten, also die Grenzen für
Menschen zu schließen.

Genug der Beispiele. Sie widerlegen ein
idealisierendes Bild unternehmerischen
Handelns, jenseits von Raum und Zeit und
losgelöst von den bestimmenden Triebkräf-
ten und Gesetzmäßigkeiten privaten Wirt-
schaftens. Wer ein solches Gaukelbild zeich-
net, führt den Leser hinters Licht. Ja,
schlimmer noch als die im Niveau und Stil
durchaus vergleichbaren Erbauungsheft-
chen der Unternehmerverbände und der
von diesen ausgehaltenen Initiativen, be-
dient sich die Denkschrift des Rückgriffs
auf Evangelium und christliche Weisung.
In Zeiten des finanzmarktgetriebenen Ka-
pitalismus und seinen Verwüstungen dem
Renditestreben Gottes Segen zu attestieren,
ist, mit Verlaub, Blasphemie.

Was bleibt, sind moralische Appelle, von
denen auch die Verfasser wissen sollten,
dass sie folgenlos sein werden. Sie werden
auch nicht wirkungsmächtig, indem sie
mit einem betriebswirtschaftlichen Güte-
siegel versehen werden, nach der Devise:
Anständigkeit rechnet sich! Die Autoren
werden nicht müde, in Sachen Ökologie,
Sozialstandards, fairen Handels, Transpa-
renz, vorbildlichen Führungsverhaltens ge-
genüber der Belegschaft den unternehmer-
ischen Nutzen herauszuarbeiten (s. z.B. S.
22 f., 31, 35 f., 38, 40, 44, 62, 64 etc.).

Mit einer gewissen Penetranz und Ein-
seitigkeit zeigt sich solche betriebswirt-
schaftliche Instrumentalisierung am Bei-
spiel der Mitbestimmung. Die Denkschrift
widmet der Mitbestimmung der Arbeitneh-
mer einen eigenen Abschnitt (S. 66 f.). Das
verdient Anerkennung. Allerdings findet
die Mitbestimmung im Betrieb und Unter-
nehmen ihre ausschließliche Legitimation

darin, Vertrauen der Belegschaft in die Un-
ternehmensleitung zu schaffen und zu ver-
breitern, die Mitarbeiter zu motivieren und
zu erreichen, dass sie sich mit dem Unter-
nehmen identifizieren (S. 66 f.). Dass aus
abhängiger Arbeit eigene Rechte erwach-
sen, die um der Würde der Person Willen
anzuerkennen sind, und keiner weiteren
Begründung bedürfen, kommt den Verfaser-
n nicht in den Sinn.

Dieselbe Blickverengung begegnet in ei-
ner wiederholt verwendeten Formulie-
rung: Arbeitnehmer seien in ihrer Würde
zu respektieren; „sie können deshalb nie
nur Mittel zum Zweck sein“ (S. 13, 41, 43).
Im Klartext: ein bisschen Entwürdigung
liegt in der Natur der Sache; als abhängig
Beschäftigte seien sie „auch Mittel zum
Zweck“ (S. 43). Eine solche Sichtweise ist
nur möglich, wenn man der Arbeit keine
autonomen Rechte zuerkennt. Richtig ist:
der Arbeitnehmer leistet abhängige und
fremdbestimmte Arbeit. Doch richtig ist
auch: er schuldet allein die vereinbarte Ar-
beitsleistung. Und auch diese Leistungs-
pflicht steht unter dem Vorbehalt unent-
ziehbarer und individuell oder kollektiv
auszuhandelnder Rechte. Die Arbeitneh-
mer können Arbeiten verweigern, die sie
mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren kö-
nnen oder die aus anderen Gründen unzu-
mutbar sind. Sie genießen Persönlichkeits-
rechte und ein gesetzliches Minimum an
Mitbestimmung und Kündigungsschutz.
Aufgabe eines humanen Arbeitsrechts und
der Tarifpolitik ist es, diese Rechte zu stä-
ken und auszubauen. Erst wenn die Arbeit-
nehmer aus eigenem Recht und, ohne Sank-
tionen befürchten zu müssen, „Nein“ sa-
gen können, begegnen sie dem Unterneh-
mer auf Augenhöhe. Hier hätten wir Aus-
sagen und Mahnungen der Kirche erwartet,
statt des verräterischen Arrangements mit
einem schlechten und unsozialen Status

Quo, wie er in dem Widerspruch zwischen der „unveräußerlichen Würde“ und der Instrumentalisierung der Arbeitnehmer „auch“ als Mittel zum Zweck zum Ausdruck kommt.

Das führt zurück zum Gesellschafts- und Menschenbild, das der Denkschrift zugrunde liegt. Die Autoren unterscheiden in Wirtschaft und Gesellschaft zwei Leitbilder sozialen Verhaltens: Auf der einen Seite die dynamischen, innovativen, unermüdlich vorwärts drängenden und verantwortungsbereiten Unternehmer. Auf der anderen Seite die Mehrheit der unselbständigen, auf fremde Führung angewiesenen Arbeitnehmer. Jene, die Unternehmer, sind unentbehrlich (S. 116). Unternehmerisches Handeln erfreut sich göttlicher Berufung (S. 13, 47 f.). Auf der anderen Seite stehen „die weitaus meisten Menschen“; sie „bleiben in einer marktwirtschaftlichen Ordnung darauf angewiesen, dass Unternehmer sie als Arbeitnehmer beschäftigen“ (S. 24 f.). Auch wenn der Unterschied „keine unterschiedliche Wertigkeit“ begründet – das Gesellschaftsbild ist hierarchisch und paternalistisch. Personalführung als Teil der Unternehmensleitung erschöpft sich nicht im Direktionsrecht; sie gibt Ziele vor und setzt Wertmaßstäbe (S. 58). Der Unternehmer hat Verantwortung und Werte vorzuleben (S. 59), wie man dies von „Eliten“ erwarten darf (S. 117 f.). Generell gelte es, „eine Kultur der Selbständigkeit zu fördern. Selbständige tragen für sich und andere Verantwortung“, versuchen die „Probleme selbst zu lösen und verlangen das nicht vom Staat oder der Gesellschaft ... Der Zwang zur Selbständigkeit, der bei den einen Motivation und Energie befördert, löst allerdings bei anderen existentielle Ängste aus ... Nur eine Minderheit der Menschen ist bereit, ein Risiko einzugehen, um Güter und Talente zu vermehren. Weitaus die

meisten Menschen bleiben von der Initiativkraft der anderen abhängig“ (S. 120) und diesen „anvertraut“ (S. 60).

Damit sind Rollen und gesellschaftliche Stellung verteilt: Hier der dynamische, eigenverantwortliche, zukunfts offene und reformbereite Leistungsträger, da der strukturkonservative, tendenziell ängstliche und antriebschwache Besitzstandswahrer, der der Führung bedarf, wenn nötig, auch mit bevormundendem Druck davon abgebracht werden muss, alles vom „Vater Staat“ zu erwarten, und der sich in seiner Haltung, wie wir gelesen haben, nicht auf den christlichen Glauben berufen kann!

Das ist die Sicht der protestantischen Selbstgerechtigkeit, die Sicht von oben auf eine Gesellschaft in der die, die unten stehen, Objekte sind, sei es der Führung, der Fürsorge, sei es der Disziplinierung, nicht jedoch Subjekte eigener demokratischer Rechte.

**Wir danken der Redaktion Blätter für deutsche und internationale Politik für freundliche Genehmigung zum Nachdruck. Außer in der Septemberausgabe ist der Beitrag auch im Band „Frieden mit dem Kapital“ erschienen.*

Detlef Hentsche ist 1938 geboren und hat nach Schule und juristischer Ausbildung beim DGB später im geschäftsführenden Vorstand der IG Druck und Papier gearbeitet. Ab 1992 war er Vorsitzender der IG Medien. Mit Gründung von ver.di ist er aus der hauptamtlichen Gewerkschaftsarbeit ausgeschieden und ist derzeit als Rechtsanwalt in Berlin tätig.



Detlef Hentsche

Gerechtigkeit durch Armenfürsorge?

Von Ottmar Schreiner

Anfang dieses Jahrzehnts wurde die Frage gestellt: Wer gefährdet den Sozialstaat? Die Schuldigen waren schnell benannt. Es seien die Arbeitnehmer und die Masse der Arbeitslosen. Die Arbeitnehmer deshalb, weil ihre Löhne zu hoch seien und ihre durch den hohen Arbeitnehmerschutz und den hohen Organisationsgrad erzielte Macht angeblich ausspielen könnten. Die nichtorganisierten Arbeitslosen dagegen wurden mit der Begründung des Sozialmissbrauchs als arbeitsunwillig gebrandmarkt. Ihnen stünde die Annahme oder die Ablehnung einer Arbeitsstelle bei exorbitanten Lohnersatz- und Sozialleistungen frei. Diese willkürliche Betrachtung machte den Weg frei für einen grundlegenden Abbau des Sozialstaats.

Seither wurden in Deutschland verschiedene Sozialreformen durchgeführt: Gesundheitsreformen, Rentenreformen, die Deregulierung der Arbeitsmärkte, die Kürzung von sozialpolitischen Maßnahmen und die Reform des untersten Netzes der sozialen Sicherung – die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe zur neuen Armenfürsorge „Grundsicherung für Arbeitssuchende“.

Alle Reformen haben gemeinsam, dass der Eigenverantwortung eine stärkere Rolle als bisher zukommt. Die Privatisierung sozialer Risiken steht also seit längerem auf der politischen Tagesordnung. Auf der anderen Seite wurden das Kapital und die Arbeitgeber immer mehr entlastet. Begründet wurde dies mit dem Globalisierungsdruck und trotz jahrelanger Exportweltmeisterschaft mit dem Erhalt der deutschen Wettbewerbsfähigkeit.

Heute haben wir einen Zustand erreicht, in dem die breite Arbeitnehmerschicht von Abstiegsängsten bedroht ist, viele Menschen ihre Zukunft nicht planen und immer mehr Familien oder Alleinerziehende ein Schulmittagessen für ihre Kinder nicht bezahlen können. Vor diesem Hintergrund führen wir in Deutschland eine durch diese Veränderungen verursachte Gerechtigkeitsdebatte, weil die Menschen die gegenwärtige Situation als nicht gerecht empfinden. Die Umverteilung funktioniert stärker denn je von unten nach oben. Die Mittelschicht bröckelt, nur wenige schaffen es nach oben, und die stark verunsicherte Arbeitnehmermitte ist sich über die Folgen von Arbeitslosigkeit, nämlich den schnellen Absturz in den Hartz IV-Keller, im Klaren.

I. Soziale Sicherung nach der Agenda 2010 – Gesetzgebung

Durch die Arbeitsmarktreformen wurden in Deutschland, politisch gewollt, atypische Beschäftigungsverhältnisse gefördert und der Niedriglohnsektor massiv ausgeweitet. Die atypische Beschäftigung umfasst die Teilzeitarbeit, die geringfügige und befristete Beschäftigung, Zeitarbeit und Ein-Euro-Jobs. Der Anteil atypischer Beschäftigung an abhängiger Beschäftigung ist seit 2001 von einem Fünftel auf weit mehr als einem Viertel gestiegen. Trotz des konjunkturell bedingten Rückgangs der Arbeitslosigkeit stagniert die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Jahr 2008 auf seinem Stand von 2001. Die Behauptung, die Agenda-Reformen hätten wesentlich dazu beigetragen, dass

die Sockelarbeitslosigkeit gesunken sei, ist schlicht falsch.

Das System der sozialen Sicherung in Deutschland basiert auf dem „Normalarbeitsverhältnis“. Unter einem Normalarbeitsverhältnis ist eine sozialversicherungsspflichtige Vollzeitbeschäftigung zu verstehen. Eine Aushöhlung der Normalarbeitsverhältnisse führt demnach zu einem Kollaps des sozialen Sicherungssystems. Zum einen wird dann die Finanzierungsbasis des Sozialversicherungssystems ausgehöhlt und zum anderen die Leistungsfähigkeit des jeweiligen Sozialversicherungszweiges maßgeblich geschwächt.

Die Prekarisierung der Arbeit hat für die soziale Sicherung der Arbeitnehmer verheerende Folgen, da der Sozialversicherungsschutz ausgehebelt wird. Der eben beschriebene Kreislauf wird zum Teufelskreis, sobald ein Störelement eingeführt wird.

Mit der Schaffung der Grundsicherung für Arbeitsuchende („Hartz IV“) existiert seit dem 1. Januar 2005 eine verschärfte Zumutbarkeitsregelung, nach der jede Arbeit, unabhängig von der jeweiligen Qualifikation der erwerbsfähigen Hilfeempfänger, anzunehmen ist. Dieser Umstand hat den allgemeinen Trend eines steigenden Niedriglohnssektors in Deutschland massiv verstärkt. Nicht nur das Abrutschen in die bedürftigkeitsabhängige Grundsicherungsleistung auf ein Niveau des Existenzminimums, bei der man zuvor sämtliche Ersparnisse – auch für die Altersvorsorge – bis auf ein lächerliches Schonvermögen aufgebraucht haben muss, sondern auch die Sanktionsmechanismen bei Ablehnung einer Arbeit führen dazu, dass niedrig entlohnte Arbeit, wenn sie denn vorhanden ist, angenommen wird. Die sinkende Tarifbindung und atypische Beschäftigungsver-

hältnisse schaffen dabei eine breite Konkurrenz. Der Teufelskreis im Abseits der Gesellschaft ist bei solchen Gesetzen und Regelungen nicht aufhaltbar.

In Deutschland arbeiten gegenwärtig etwa ein Viertel aller Erwerbstätigen für Niedriglöhne. Der steigende Anteil der Niedriglöhner – mit derzeit 7 Millionen Beschäftigten – hat mittlerweile dazu geführt, dass wir im westeuropäischen Vergleich die höchste Lohnspreizung und die geringste Aufstiegsmobilität von Geringverdienern haben. Dieses Bild spiegelt sich in der wachsenden Zahl der so genannten „Aufstocker“ wider. Mit „Aufstockern“ ist der Beschäftigtenkreis gemeint, der trotz Erwerbstätigkeit einen Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld II hat.

Im EU-Vergleich sind nur in Deutschland im Zeitraum 2001 bis 2008 die Realeinkommen gesunken, und die Binnennachfrage stagniert hierzulande trotz eines relativ robusten Aufschwungs. Zurückzuführen ist diese Konstellation auf die vergleichsweise starke Exportabhängigkeit Deutschlands bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Binnennachfrage. Die Abhängigkeit von der Auslandsnachfrage führt dann zu einer verkürzten Wohlstandssteigerung, wenn die Aufschwungsphase nicht nachhaltig getragen werden kann vom privaten Konsum.

Mit dem „Umbau“ des Sozialstaates können jedoch gleich mehrere Störfaktoren, die sich auf die soziale Sicherung der Arbeitnehmer negativ auswirken, diagnostiziert werden. Nämlich die Abkehr von der Lebensstandardsicherung bzw. Beitragssatzorientierung in der gesetzlichen Rentenversicherung und die Einführung verschiedener Dämpfungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel. Die dritte Säule der gesetzlichen Altersvorsorge im Rahmen der privaten Vorsorge ist für Geringverdiener rein finanziell nicht leistbar. Zudem ist sie,

wie die aktuelle Finanzkrise zeigt, mit unvorhersehbaren Risiken behaftet. In diesem Kontext führt Lohnarmut auch zur Altersarmut, von der bei kontinuierlich steigendem Niedriglohnanteil zukünftig eine breite Masse von Menschen betroffen sein wird. Eine OECD-Studie attestiert im internationalen Vergleich das geringste Rentenniveau für Geringverdiener in Deutschland. Bald muss ein Durchschnittsverdiener 37 Beitragsjahre in die Gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, um eine Altersrente in Höhe der Sozialhilfe zu erhalten. Genauso wie es ergänzende Sozialleistungen für Niedriglöhner gibt, greift dann im Alter bei niedrigem Rentenbezug die Grundsicherung im Alter in Form der Armenfürsorge. Nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes werden in 15 Jahren ca. 15% der Rentnerinnen und Rentner auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sein. Die Legitimation der Gesetzlichen Rentenversicherung wird somit erheblich in Frage gestellt.

II. Die Zukunft der sozialen Sicherung in Deutschland

Die wachsende Ungleichheit in der Einkommensverteilung hat zu einer Erosion in der Mittelschicht geführt. Die Verunsicherung der Gesellschaft ist groß, und die Mehrheit der Bevölkerung ist von weitreichenden Abstiegsängsten gezeichnet. Die Erwerbstätigen wissen um die weitreichenden Folgen einer potentiellen Beschäftigungslosigkeit. Die Privatisierung sozialer Risiken hat das Vertrauen in die soziale Sicherheit maßgeblich geschwächt: mehr als zwei Drittel der Menschen in Deutschland sind mit der herrschenden Wirtschaftsordnung nicht zufrieden.

Das Problem des sozialen Sicherungssystems in Deutschland sind der Lohnsen-

kungsdruck mit seinen Sogwirkungen und die Förderung atypischer Beschäftigung. Unterbrochene Erwerbsbiografien oder unterschiedliche Erwerbsverläufe bei steigendem Niedriglohnanteil verschärfen das Ausmaß der Armut in Arbeit und die Altersarmut. Aber: sowohl von der Arbeit als auch von der Rente muss eine menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand gewährleistet werden. Das Recht auf soziale Sicherheit und der Schutz vor unverschuldeter Arbeitslosigkeit werden gegenwärtig durch das physische Existenzminimum reduziert. Ein Niedriglohnenempfänger müsste heute im jetzigen System 50 Jahre lang voll gearbeitet haben, um dann mit 67 Jahren auf eine Altersrente in Höhe der Grundsicherung zu kommen. Das kann nicht gewollt sein und ist der Bevölkerung auch nicht vermittelbar.

Ein gesetzlicher Mindestlohn

Zur Bekämpfung von Niedriglöhnen ist eine flächendeckende gesetzliche Lohnuntergrenze von mindestens 8 Euro je Stunde zu schaffen. Dieser gesetzliche Mindestlohn greift dann, wenn es keine Tarifregelungen gibt oder der Tariflohn diese Schwelle unterschreitet. Gerade im Zuge veränderter europäischer Wettbewerbsregelungen – vor allem mit der Dienstleistungsfreiheit und der Öffnung der Produktmärkte – wird der Lohnsenkungsdruck weiter zunehmen. Insbesondere nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes in diesem Jahr zur Nichtzulässigkeit von Tariftreuerregelungen bei öffentlicher Vergabe, erscheint die Einführung eines Mindestlohnes umso dringlicher. Durch die Einführung einer zeitlichen Beschränkung des Einsatzes von Leiharbeitskräften bei gleicher Bezahlung und der Entprivile-

gierung der Minijobs kann der Niedriglohnschub eingegrenzt werden.

Mit diesen Maßnahmen wird bei Fortgeltung der bisherigen Rentenpolitik breite Altersarmut keineswegs vermieden. Insofern brauchen wir eine grundlegende Umorientierung in der gesetzlichen Rentenversicherung, damit Leistung sich auch lohnt.

Eine gesetzliche Mindestrente

Das Ziel der gesetzlichen Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland war es bis vor einigen Jahren, den in der Erwerbsphase erworbenen Lebensstandard auch im Alter aufrecht zu erhalten. Das Erreichen dieses Ziels ist mit dem Abrücken von der Lebensstandardsicherung zur Beitragssatzorientierung in der gesetzlichen Rentenversicherung in weite Ferne gerückt. Neuere Studien belegen eine in naher Zukunft drohende Altersarmut in Deutschland. Geringverdienende, die ihr Leben lang gearbeitet haben, sind dann auf die Grundsicherung im Alter angewiesen, weil ihre Rente unter dem Existenzminimum liegt. Aus der Forderung eines Mindestlohns leitet sich insofern die Einrichtung einer Mindestrente ab. Ein einheitliches Alterssicherungssystem nach dem „Schweizer Modell“ liefert eine gerechte und solide Grundlage für eine Neuausrichtung der Rentenpolitik in Deutschland. Dieses universelle Alterssicherungssystem mit Mindestrente bezieht die gesamte Bevölkerung und alle Einkommensquellen im Rahmen eines Pflichtversicherungssystems ein. Im universellen Alterssicherungssystem ist eine Mindestrente, die deutlich über dem soziokulturellen Existenzminimum liegen muss, zu schaffen. Eine Beitragsbemessungsgrenze existiert nicht, und die Rentenhöhe ist nach oben gedeckelt bzw. flacht degressiv mit steigendem Einkommen ab,

um höhere Ansprüche auszuschließen. In einer solchen Konstellation ergibt sich eine stärkere Umverteilung dadurch, dass höhere Einkommen intragenerationell stärker zur Finanzierung der unteren Einkommen herangezogen werden. Zudem ist solch ein System von Strukturänderungen zwischen verschiedenen Formen der Erwerbstätigkeit einerseits und der einseitigen Belastung von Lohnarbeit andererseits unabhängig.

III. Perspektiven

Die Fortführung des seit der Jahrtausendwende eingeschlagenen Weges birgt gesellschaftspolitisch die Gefahr einer Unterversorgung breiter Bevölkerungsschichten mit dem Resultat eines höheren, unkalkulierbaren staatlichen Aufwands. Dies ist mittelfristig sowohl für die Leistungsträger unserer Gesellschaft als auch für die zukünftigen Rentnergenerationen und Geringqualifizierten angesichts der demografischen Entwicklung sozialpolitisch nicht tragbar. Die Arbeitgeberseite darf nicht von der Verpflichtung zur solidarischen Beteiligung am Sozialversicherungsschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entbunden werden. Mit dem erweiterten Arbeitnehmerentendengesetz und dem Mindestarbeitsbedingungsgesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung zur Vermeidung von Lohnarmut eingeschlagen. Die Durchsetzung von Lohnuntergrenzen ist bisher an der Haltung der Union gescheitert. Vor allem vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise und der drohenden Rezession wird sich die SPD mehr denn je für die Einführung von Mindestlöhnen einsetzen. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD wird im Jahr 2009 das Konzept eines universellen Alterssicherungssystems vorschlagen.



Ottmar Schreiner

der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, seit 2001 Mitglied des SPD-

1969 Eintritt in die SPD in Berlin. Früher Bundesvorstandsmitglied beim Verband Deutscher Studentenschaften und den Jungsozialisten. 1998 bis September 1999 Bundesgeschäftsführer der SPD. Seit 2000 Bundesvorsitzender

Parteivorstandes. Mitglied des Bundestages seit 1980; 1991 bis 1997 Sprecher der SPD-Fraktion im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, 1997 bis 1998 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion.

„Als Bundesvorsitzender der AfA möchte ich mich auch weiterhin für die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der sozial Schwächeren und Benachteiligten einsetzen. Gute Arbeit statt prekärer Beschäftigung, Mindesteinkommen statt Armutslöhne, auskömmliche Renten statt Altersarmut, die Klassen-schranken im Bildungsbereich überwinden, das sind die Leitplanken meines Verständnisses von sozialdemokratischer Politik.“

Die Suppenküche Pankow

Von Florian Reith, OF

Die Suppenküche ist eine Einrichtung der Bedürftigen- und Obdachlosenhilfe in Trägerschaft des Franziskanerklosters Pankow, Wollankstr. 19.

Sie umfasst neben der Essensausgabe mit dem Schwerpunkt „warme Mahlzeit“ noch eine Kleiderkammer, eine Hygienestation sowie eine Sozialberatungsstelle.

Die Anfänge gehen auf das Jahr 1991 zurück, als die Initiatorin Sr. Monika Hesse am 4. April zusammen mit einer Freundin zum ersten Mal Suppe für Wohnungslose und andere Hungrige zubereitet hat – 20 Liter sind es gewesen; die Räumlichkeiten in der Wollankstr. 19 wurden dabei von den Franziskanern zur Verfügung gestellt. In wenigen Monaten schon war die Zahl der Gäste auf 150 angestiegen, und innerhalb eines Jahres war es nicht selten, dass am Monatsende fast 500 Gäste das Angebot in Anspruch nahmen. Trotz zwischenzeitli-

cher Vergrößerung der Räumlichkeiten blieb die Situation unbefriedigend: beengte Lagerkapazitäten, unterdimensionierte Kochgelegenheiten, begrenzte Möglichkeiten für Essensausgabe und Sitzgelegenheiten im Trockenen und Warmen; auch ein Mindestmaß an sanitären Einrichtungen war von Nöten. Von Sommer 2003 bis Sommer 2004 wurden durch Umbau und durch einen Neubau Bedingungen geschaffen, die allen Erfordernissen gerecht werden. Das war nur möglich mit einer großen Anstrengung unserer Spender.

Zudem war erneuter Raumbedarf entstanden, weil im Lauf der Jahre die vorgenannten zusätzlichen Einrichtungen entstanden, mit denen auf neue Anfragen reagiert wurde.

Nun ist alles unter Dach und Fach, und der funktionellen Abwicklung verschiedener Aktivitäten sollte nichts mehr im Wege stehen. Damit diese auch personell sichergestellt werden kann, arbeiten hier 3 Festange-

stellte, 35 Ehrenamtliche, 2 Zivildienstleistende, Schulpraktikanten, Jugendliche im Rahmen von „Arbeit statt Strafe“ ... sowie 3 Brüder des Franziskanerkonventes Pankow.



Suppenküche der Franziskaner, Berlin-Pankow

Suppenküche

Der Speisesaal bietet 160 Sitzplätze, dazu gibt es noch Bänke und Tische auf dem Hof. Ab 12.45 Uhr wird regelmässig warmes Essen plus Stulle ausgegeben, ergänzt je nach Verfügbarkeit mit diversen Salaten, Quarkspeisen, Kuchen ... Zu Beginn eines Monates finden sich dafür ca. 220 Gäste ein, gegen Ende geht deren Zahl schon mal an die 500. Im Jahr 2007 lag der Tagesdurchschnitt bei 330 Personen und die Gesamtzahl bei 94100.

Von Anfang an lebt die Suppenküche von Sachspenden aus Lebensmittelgrosmärkten, Bäckereien, Fleischereien, sonstigen Geschäften, von den „Überbleibseln“ von Feiern verschiedener Art, von Marktständen sowie von Privatpersonen. Damit jeden Tag aber ein nahrhaftes und wohl-schmeckendes Essen in ausreichender Menge offeriert werden kann, bedarf es mehr und mehr des Zukaufes von Lebensmittel, und damit ist ein erhöhter Bedarf an Geldspenden gegeben.

In den Vormittagsstunden nutzen viele Leute auch die Möglichkeit, sich (im Warmen) aufzuhalten, dabei Zeitung zu lesen, mit Bekannten und Freunden zu reden und zu spielen und somit am sozialen Leben teilzuhaben.

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Sonntag 8.00 bis 14.30 (Montag nur an Feiertagen).

Kleiderkammer

Was nutzt es aber, wenn der Mensch etwas Warmes im Magen hat, es ihm aber sonst kalt ist, da es ihm an ordentlicher und funktioneller Kleidung mangelt. So wurde bald auf entsprechende Anfragen hin eine Kleiderkammer eingerichtet, die durch Spenden recht gut auch der jeweiligen Jahreszeit entsprechend auf dem Laufenden gehalten wird. Pro Woche wird dort an 150 Personen Kleidung ausgegeben.

Öffnungszeiten:

Für Spenden: Di–Fr 8.30–12.00 und 12.30–14.30, Sa 8.30–12.00

Für Empfang:

Di (nur Männer) 8.30–12.00 und 13.00–14.00
Fr Männer und Frauen

Hygienestation

Neue und frische Kleidung anzuziehen, macht wenig Sinn, wenn ein bestimmtes Mass an Körperpflege nicht möglich ist. So entstand die Idee, noch eine Hygienestation einzurichten. Das Angebot umfasst im Wesentlichen: Duschen, Rasieren, Haarschneiden, Wäsche waschen lassen und den Empfang von Hygieneartikeln wie Seife, Shampoo, Zahncreme etc. Diese Möglichkeiten werden etwa von 80 Personen pro Woche wahrgenommen.

Öffnungszeiten:

Dienstag und Freitag von 8.30–12.00 und von 13.00–14.00. Beide Einrichtungen werden von Br. Johannes verantwortet.

Sozialberatungsstelle

Bei den Gesprächen mit den Menschen, die in die Suppenküche kommen, kamen vermehrt Probleme zur Sprache, denen sie aus verschiedenen Gründen nicht gewachsen waren. Damit sie professionelle Hilfe erhalten, steht ihnen nun unsere Sozialarbeiterin Petra Jasper zur Verfügung – mit Beratung und Begleitung in sozialen Angelegenheiten wie z.B.: Wohnungsbeschaffung oder -erhalt, Mietbeihilfen, Sozialhilfe, Schuldnerberatung, Rechtsbeistand, Telefongespräche, Schriftverkehr und Behördengängen. Öffnungszeiten:

Dienstag und Freitag 8.30–14.30 und nach Vereinbarung

Abschliessend und zusammenfassend ist festzuhalten, dass neben den Angeboten von Hilfeleistungen die Suppenküche Pankow auch ein Ort ist, um einfach dazu sein, mit Freunden zu reden, zum Spielen, zum Lesen, kurz: am sozialen Leben teilzuhaben. So wird dieser Ort als ein Stück Heimat erlebt. „Heimat ist nicht ein geographischer Ort, sondern dort, wo man verstanden wird.“

Als Franziskaner sehen wir uns den Werten von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verpflichtet. Dem letzten haben wir beim Neu- und Umbau durch folgende Massnahmen Rechnung getragen: Reduzierung des Wasserbedarfs durch Regenwassernutzung und Kreislauftechnik – Wäsche wird mit Regenwasser gewaschen, und die Toilettenspülung nutzt geklärtes Wasser aus Waschmaschine und Duschen.

Reduzierung des Energiebedarfs durch solartechnische Wassererwärmung, Abwärmenutzung der Küche für die Heizung, die wiederum bis zu 30% durch die Solaranlage unterstützt wird.



Florian Reith, OF

Florian Reith, OF, geb. 31.5.1954 in Fulda, aufgewachsen in Weyhers/Rhön, Schulbesuch von 1962 bis 1973: Grundschule, Realschule, Aufbaugymnasium mit Abschluss Abitur. Grundwehrdienst von 1973–1974. Ausbildung zum Industriekaufmann von 1975 bis 1977 bei Kraftwerk Union AG, Erlangen; dort bis 1981 als Projektkaufmann in der Sparte Gasturbinenkraftwerke tätig. Wechsel zu FAG Kugelfischer, Fulda in 1981; im Folgenden berufsbegleitende Weiterbildung zum Bilanzbuchhalter IHK. Eintritt in den Franziskanerorden (in Fulda) im September 1983; Wechsel in eine neu gegründete Gemeinschaft in Schmalkalden im November 1992 mit Schwerpunkt Gefängnis- und Jugendpastoral; im folgenden Weiterbildung zum Gemeindereferenten. Nach Aufhebung der Gemeinschaft zum Juni 2004 Vorbereitung auf einen künftigen Einsatz in der Franziskanerprovinz von Ostafrika (Nairobi) in Brüssel. Wechsel in die Franziskanergemeinschaft von Dowa in Malawi im Januar 2005. Mitarbeit in einer Gruppe von Ehrenamtlichen in der Sorge um Aids-Kranke und Waisenkinder. Krankheitsbedingte Rückkehr im Frühjahr 2007 und Übernahme der Leitung in der Suppenküche Franziskaner Pankow zum 1.11.07.

Heimatlos – ein Weihnachtsspiel

Von Heiko Bluhm

Heimatlos – ohne Herberge (Szene für 20+2 Schüler und Schülerinnen): Leser, Schüler1, Schüler2, Schüler3, Schüler4, Schüler5, Wirt1, Wirt2, Wirt3, Wirt4, Wirt5, Wirt6, Wirt7, Ömer, Ali, Erzähler1, Erzähler2, Birga, Dieter, Ina, (2 Würstchenverkäufer).

Leser: „Und als sie dort waren, kam die Zeit, dass sie gebären sollte. Und sie gebär ihren ersten Sohn, wickelte ihn in Windeln und legte ihn in eine Krippe, denn sie hatten sonst keinen Raum in der Herberge.“

S1: (Empört) Ich versteh das nicht, war denn wirklich niemand da, der das junge Paar in dieser Situation in sein Haus aufnahm?

S2: Das musste doch jeder sehen, dass bei Maria schon beinahe die Wehen eingesetzt hatten! – Die beiden so vor der Tür stehen zu lassen, das ist doch unterlassene Hilfeleistung! Was waren das nur für Leute?

S3: Fragen wir sie doch selbst nach ihren Gründen! Da drüben ist der Wirt vom „Olivenbaum“ – Dürften wir Ihnen eine Frage stellen? Warum haben Sie Maria und Josef damals abgewiesen?

W1: Tja, ich war ganz schön dumm. Wenn ich das gewusst hätte, dass dieses Kind später mal so berühmt werden würde, ich hätte selbst mein eigenes Schlafzimmer für die beiden hergegeben! Wäre ja auch eine Super-Werbung, wenn wir uns heute „Geburtshaus Jesu“ nennen könnten.

S1: Und Sie, können Sie sich noch erinnern?

W2: Also, ich hatte damals wirklich keine Zeit, hatte alle Hände voll zu tun, um



Weihnachtskrippe (Ausschnitt) in Laar, Herford

mich um so eine knifflige Angelegenheit zu kümmern. Außerdem hatte ich wirklich kein Zimmer mehr frei, sie wissen ja, die Volkszählung brachte jede Menge Menschen in unseren kleinen Ort. (Begeistert) Das war das Geschäft meines Lebens!

S2: Wie war das bei Ihnen?

W3: Als ich von den beiden erfuhr, dass sie noch nicht einmal verheiratet waren, war für mich klar: Diese Sünde kannst du nicht unterstützen. Die haben sich doch das Problem selbst eingebrockt! Sollen sie doch sehen, wo sie bleiben!

W4: Wir sind doch keine Geburtsklinik, sondern (stolz) ein Hotel für Geschäftsreisende. Für so etwas waren wir gar nicht ausgerüstet. Nicht auszudenken, wenn etwas bei der Geburt schief gelaufen wäre! Es war meine Pflicht, sie an einen anderen Ort zu verweisen.

W5: Wenn ich mich recht erinnere, sagten die beiden, sie könnten leider nichts für die Unterkunft bezahlen. Wo kämen wir denn da hin! Ich muss auch sehen, wo

ich bleibe. Ich bin Gastwirt und nicht das Sozialamt!

W6: Die waren ja nicht von hier! Zuerst muss man doch an die eigenen Leute denken. Außerdem habe ich schon schlechte Erfahrungen gemacht mit denen aus Galiläa. Die wollen uns doch nur ausnutzen!

W7: Aber hören Sie mal, Weihnachten stand kurz vor der Tür! Weihnachten, das Fest der Familie. Da will man doch keine fremden Gäste im Haus haben.

S2: Komisch, ist es euch aufgefallen? Der letzte Wirt hat sich wohl in der Zeit verirrt. Oder weiß der nicht, dass wir Weihnachten nur feiern, weil Jesus geboren wurde?

S3: Das soll ja öfter vorkommen ... Gestern zum Beispiel habe ich in der Zeitung etwas Verrücktes gelesen (*Hebt eine Zeitung hoch*) Da stand: „Wenn Maria und Josef heute mit dem Schiff oder Flugzeug nach Australien kämen, würden sie dort erst gar nicht einreisen dürfen!“

S2: (*Erstaunt*) Wirklich?

S3: Ja, nur als Tourist oder Computerspezialist darfst du australischen Boden betreten ... Ein mittelloser Zimmermann aus Palästina hätte da schlechte Karten. Selbst wenn er aus politischen Gründen verfolgt wäre – wie es ja damals auch tatsächlich geschehen ist, als König Herodes dem kleinen Jesus nach dem Leben trachtete.

S4: (*Unterbricht sie*) Aber schaut mal (*Zeigt mit dem Finger*), da ist doch unsere Heilbronner Kilians-Kirche und der schöne Weihnachtsmarkt!

S5: Und der da am Würstchenstand ist Ömer, dem gehört der kleine Döner-Imbiss beim Cinemaxx. Den anderen kenne ich nicht. Schauen wir mal, ob wir rausbekommen, was die beiden zu bereden haben. (*Sie schleichen sich heran.*)

Ömer: Ali, du kannst nicht mehr bei uns bleiben, das ist zu gefährlich.

Ali: Aber wo soll ich denn hin, ich bin doch erst vor drei Wochen aus Stuttgart gekommen – und soll schon wieder weg? Seit 2 Jahren bin ich nirgends länger als ein paar Wochen an einem Ort.

Ömer: Trotzdem. Oder willst du etwa, dass bei einer Polizeikontrolle auffällt, dass du keine Aufenthaltsgenehmigung hast? Die schicken dich, ohne zu zögern, wieder zurück in die Türkei.

Ali: (*Erschrocken*) Gott behüte, das geht auf keinen Fall! Ich habe dir doch erzählt, die Soldaten haben unser Haus zerstört und mir gedroht: „Wir bringen dich um, du Verräter!“ (*Er macht eine Pause, dann leiser zu sich selbst*) Doch ständig auf der Flucht, ist auch kein Leben. Wo soll ich nur hin?

Ömer: Hier hast du 20 Euro. Ich hab Verwandtschaft in Mannheim. Vielleicht kannst du dort für einige Tage unterkommen. Und jetzt geh!

Ali: (*Verzweifelt*) Wo soll ich nur hin?

Erzähler1: Das war Ali. Ali ist Tanzlehrer aus Bingöl in der Osttürkei. Er ist vor 2 Jahren untergetaucht. Als damals sein Asylantrag abgelehnt wurde. – Ja, wo soll er nur hin? Wie 200 000 „illegale“ Flüchtlinge in Deutschland weiß er nicht, wo er hin soll.

Erzähler2: Doch das geht nicht nur Flüchtlingen so.

Dirk: Ich bin Dirk. Nach der Scheidung meiner Eltern fühle ich mich daheim nicht mehr wie zu Hause. (*Stellt sich neben Ali*)

Dieter: Ich bin Dieter. Seitdem mir vor einem halben Jahr der Job gekündigt wurde, fühle ich mich wie vom Leben ausgeschlossen. (*Stellt sich neben Birga*)

Ina: Ich bin Ina. Nachdem ich jetzt schon die dritte „Fünf“ in Mathe zurückbekom-

men habe, bin ich völlig unsicher geworden. (*Stellt sich neben Dieter.*)

Alle 4: Wir alle sind wie Heimatlose. Wir alle suchen eine Herberge der Geborgenheit.

S1: Wenn ich mir das so anhöre, bin ich ganz froh, dass Jesus wenigstens in einem Stall zur Welt kommen konnte.

S2: Geht es euch auch so wie mir: (*Schaut zur Krippe*) Wenn ich die Krippe betrachte, spüre ich eine große Geborgenheit. (*Nun legen die vier Vorigen ihre Requisiten vor die Krippe.*)

S3: Vielleicht hat Gott sich gerade dieses abweisende Nest Bethlehem ausgesucht. Damit es (*Zeigt herum*) all den Abgewiesenen zum Zeichen der Hoffnung werde!

Heiko Blum, 1969 geboren in Karlsruhe, 1989–91 Zivildienst, 1989–93 Kirchengemeinderat in Blankenloch, 1991–97 Studium der Theologie, Germanistik und Geschichte in Hei-

delberg, 1993–1998 Mitarbeit in der autonomen ESG Heidelberg, seit 1996 Mitarbeit im Adivasi-Tee-Projekt, (vgl. CuS 4, 2007), 1998–2000 Referendariat in Heilbronn, seit 2000 Lehrer am Hölderlin-Gymnasium in Lauf-

fen a.N., seit 2001 Gründung und Leitung der Eine-Welt-AG Lauffen, seit 2005 Mitglied im Örtlichen Personalrat (GEW), seit 2005 Mitglied in der WASG, jetzt Die Linke, seit 2002 verheiratet mit Jacqueline Blum-Oliveira, 2006 Geburt der Tochter Melina.



Heiko Blum

Die Arche

Von Bernd Siggelkow

Das Kinder- und Jugendzentrum „Die Arche“ wurde 1995 in Berlin gegründet. Träger des Zentrums ist das Christliche Kinder- und Jugendwerk e.V. Ziel des Vereins ist es, Kinder von der Straße zu holen, sinnvolle Freizeitmöglichkeiten zu bieten und gegen soziale Defizite zu agieren, sowie Kinder wieder ins Zentrum der Gesellschaft zu stellen.

Zurzeit betreut „Die Arche“ in ihrem „Haupthaus“ in Berlin-Hellersdorf täglich ca. 250 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 0–20 Jahren in offenen und festen Freizeitangeboten. Hierzu gehören z.B. Hausaufgabenhilfe, diverse Spiele, einmal im Monat eine Kindergeburtstagsparty, ein

Tanzworkshop sowie verschiedene Sportangebote. Ein eigenes Freizeitcamp wird zurzeit aufgebaut, damit auch sozial benachteiligte Kinder einmal in die Ferien fahren können. Die Kinder kommen auch in „Die Arche“, um eine warme, vollwertige und vor allem kostenlose Mahlzeit zu sich zunehmen.

Kai-Uwe Lindloff, Vorsitzender des Vereins „Die Arche“, sagt: „Die PISA-Forderungen zur Erfüllung des Schüler-Mitarbeiter-Schlüssels werden übertroffen: Jedes Kind erhält eine spezielle Früherziehung im sportlichen, musikalischen sowie künstlerischen Bereich, mit zwei zusätzlichen Unterrichtsstunden pro Woche.

Zudem erhalten sozial benachteiligte Kinder in der ‚Arche-Grundschule‘ besondere

Förderung. Denn Unterrichtsmaterialien, Schulspeisung, Nachhilfeunterricht, Schulausflüge sowie sportliche und musikalische Förderung kosten Geldbeträge, die vor allem für Familien mit mehreren Kindern nicht mehr erschwinglich sind. Wer sich den Mindestsatz von monatlich 39,- Euro des einkommensabhängigen Schulgeldes nicht leisten kann, wird aus einem Sozialfonds unterstützt, der von der ‚Arche‘ eingerichtet wurde.



Kinder beim Essen in der Arche

Aus diesem Fonds erhalten Bedürftige unter anderem Zuschüsse für Horthgeld, Schulkleidung, Schulbücher und Unterrichtsmittel sowie für die Kosten der Schulspeisung und die Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften, Klassenfahrten und Veranstaltungen.

Sozialer Benachteiligung wird in der ‚Arche-Grundschule‘ mit Schulkleidung, ganzheitlicher sozialer Integration und Perspektivvermittlung begegnet sowie durch Einbindung der Eltern bei Familiengesprächen.

Vor allem werden die Kinder gemäß ihren individuellen Begabungen gefördert und betreut sowie andererseits bei bestimmten Schwächen gezielt gestützt.

Unter Berücksichtigung der Miet- und Betriebskosten sowie der erhöhten Personalkosten und der Mittel für den Sozialfonds, beträgt der monatliche Finanzbedarf der Schule bis zu 30.000 Euro. Doch Schulgeld und staatliche Zuschüsse decken nur einen Bruchteil dieser Summe.“

Die Aufgaben, die der Verein übernommen hat, kann er nur mit Unterstützung der Bevölkerung bewältigen. „Die Arche“

finanziert sich zu über 95 Prozent aus Spendengeldern. Um die nötige Aufmerksamkeit zu erreichen, macht der Verein auf die Situation der sozialschwachen Kinder in Deutschland aufmerksam, nennt Ursachen und Missstände, sucht Verantwortliche und Partner in der Politik und tritt selber als „Experte“ auf – aufgrund von Erfahrungen auf diesem Gebiet. Ganz nach dem Leitmotiv: „Prävention statt Reaktion“. Infolgedessen wurde „Die Arche“ mit der „Carl von Ossietzky Medaille“ durch die „Internationale Liga für Menschenrechte“ gewürdigt.

Ziel und Vision des Vereins „Die Arche“ ist es, „Archen“ im gesamten Bundesgebiete als feste Institution zu „verankern“. Denn die Armut, besonders bei Kindern in unserer Gesellschaft, nimmt immer weiter zu. Wer die Arche unterstützt, hilft zu helfen.

2,6 Millionen Kinder leben in Deutschland auf Sozialhilfeniveau und damit in Armut.

Bernd Siggelkow: „Immer mehr Kinder gehen ohne Frühstück und Pausenbrot in die Schule. Hierauf hat die Arche in der

zweiten Juniwoche 2008 reagiert und gesundes Frühstück an 12 Berliner Grundschulen verteilt. Jeden Tag wurden 2900 Schulkinder versorgt.“

Bernd Siggelkow wurde am 25. Februar 1964 in Hamburg geboren und wuchs auf St. Pauli in einem atheistischen Elternhaus auf. Als er sechs war, verließ die Mutter die Familie, die Großmutter war krebskrank und sein Vater hoch verschuldet. Über seinen innigen Wunsch, Posaune zu spielen, gelangte Bernd Siggelkow 1979 zur Heilsarmee, die kostenlosen Musikunterricht offerierten. Hier wurde er erstmalig mit dem christlichen Weltbild konfrontiert, und fand was er all die Jahre vermisse: Liebe. Während der Jahre 1980–83 machte Bernd Siggelkow eine Lehre zum Kaufmann.

Zugunsten der Theologischen Ausbildung bei der Heilsarmee gab Bernd Siggelkow seinen erlernten Beruf auf. In Basel wurde er zum Geistlichen der Heilsarmee (Offizier) ausgebildet. Nach der Ordination 1989 arbeitete er für ein überkonfessionelles Jugendwerk im Schwarzwald. 1991 folgte Bernd Siggelkow der Einladung einer evangelischen Freikirche in Berlin-Hellersdorf. Diese erste Begegnung mit dem rauen Berlin war keine Liebe auf den ersten Blick. Dennoch manifestierte sich bei Bernd Siggelkow der Gedanke, genau hier helfen zu können und zu wollen.

1995 gründete er zusammen mit seiner Frau und einigen Freunden „Die Arche – christliches Kinder- und Jugendwerk e.V.“ in Berlin-Hellersdorf, das sich vorrangig um sozial benachteiligte Kinder, Jugendliche und Familien kümmert, mittlerweile auch in Hamburg und München.

Im Jahr 2000 eröffnete er die erste Suppenküche für Kinder in Deutschland und erhielt

hierfür den Hansemerkur Anerkennungspreis für Kinderschutz. Im Jahr 2005 erhielt die Arche die Carl von Ossietzky Medaille von der Internationalen Liga für Menschenrechte. Im gleichen Jahr wurde Bernd Siggelkow vom regierenden Bürgermeister, Klaus Wowereit, mit dem Verdienstorden des Landes Berlin ausgezeichnet.



Bernd Siggelkow

Im September 2007 veröffentlichte er zusammen mit Wolfgang Büscher das Buch „Deutschlands vergessene Kinder – Hoffnungsgeschichten aus der Arche“. Im Januar 2008 würdigte die B.Z. das Engagement Bernd Siggelkows mit dem Berliner Kulturpreis.

Im September 2008 erschien von beiden Autoren: „Deutschlands sexuelle Tragödie. Wenn Kinder nicht mehr lernen, was Liebe ist.“ vgl. auch Frankfurter Rundschau, 8. Okt. 2008, Nr. 235, „Pornos gucken mit Mama. 10 Fragen (von Johannes Gernert) an Pastor Bernd Siggelkow: Warum schon kleine Kinder sexuell verwahrlosen.“

Bernd Siggelkow ist seit 1984 mit Karin Siggelkow verheiratet. Beide haben zusammen sechs Kinder im Alter zwischen acht und 22 Jahren. Gemeinsam arbeiten sie vollzeitlich in dem Kinder- und Jugendwerk.

REZENSION

Kirche der Zukunft – Kirche in der Globalen Welt

Hrsg. v. Wolfgang Osterhage u.
Wieland Zademach, Frankfurt
a.M.: Lembeck 2008, 242 S.,
18,00 €.

Von Friedrich W. Bargheer

Manche und mancher wüssten ganz gern, ob und wie die beiden großen Kirchen hierzulande zu ihrem „Sozialwort“ von 1997 stehen – jetzt nach zehn Jahren. Für kritische Antworten auf diese Frage steht *Franz Segbers*. In seinem Beitrag „Gerechte Globalisierung durch einen widerständigen Sozialstaat“ (145ff.) überwiegt der skeptisch Blick auf das Schicksal des Sozialworts. Und zwar beobachtet er weniger fortschreibende Weiterentwicklung (die ja unvermeidlich ist) als vielmehr „nach Rot/Grün“ eine, den neuen Verhältnissen angepasste, Verabschiedung von der vor einem Jahrzehnt überkonfessionell konstruktiv-kritischen Sicht auf deutsche Sozialpolitik unter dem Druck des Wirtschaftsliberalismus.

Brisanz bekommen Segbers' Ausführungen zumal, wenn man sie im größeren politischen Kontext liest – national, europapolitisch und „glo-

bal“ (d.h., christlich ausgedrückt, „oekumenisch“).

Dazu hier nur so viel: Hatte anfangs der 1960er Jahre Alfred Müller-Armack, der geistige Vater der Sozialen Marktwirtschaft, seine Kölner akademische Hörerschaft noch mit der Ansicht schocken können, über kurz oder lang werde man schon sehen, von welcher der gesellschaftlichen Mächte in der repräsentativen Demokratie Bundesrepublik in Wirklichkeit „alle Macht“ ausgehe – nämlich nicht eigentlich „vom Volk“, wie in der Verfassung vorgesehen, sondern von Industrie, Wirtschaft und Kapital – so hat sich diese Meinung längst als prophetische Schau erwiesen. Die Prophezeiung ist längst übererfüllt, nachdem der „Wettkampf der Systeme“ – vorläufig jedenfalls – ausgegangen ist, wie seit der „Wende“ bekannt. Im Blick auf die Entwicklung im letzten Jahrzehnt lässt F. Segbers durchblicken: Schwierig war und bleibt die Balance zwischen den beiden großen Richtungen, in die ein widerständiger Sozialstaat (für den er plädiert) zu widerstehen hat: einerseits überfordern den Ansprüchen der Bürgerin-



nen und Bürger, andererseits dem dreisten wirtschaftsliberalen Bestreben, Profitmaximierung auch durch Minimierung von Sozialleistung zu erreichen. Die Spatzen pfeifen es ja inzwischen vom Dach: Im „Volk“, von dem – bislang ja durch keine Verfassungsänderung widerrufen – „alle Macht“ ausgehen soll, lockert sich unter dem Eindruck des „gekauften Staats“ (Kim Otto), der ganzen Schichten angeordneten Verarmung und der immer krasser werdenden Schere zwischen privilegierten Reichen und sozial marginalisierten Armen die Verbundenheit der Bürger mit der Demokratie. Und nun sieht es so aus, als würden die großen Kirchen in einer Art vorausseilendem Gehorsam dem Anpassungsdruck an den politischen mainstream nachgeben und – statt die Grundintention ihres Sozialworts fortzuschreiben – ihren Segen zur wirtschaftsliberalen Wende geben? Was, wenn neuerdings nur noch gilt: „Solidarität und Gerechtigkeit Ja; aber ...“? Gute Frage. Aber lest doch bitte selbst!

F. Segbers betreibt ohne Emotionalität kühle Anamnese, wie es so hat kommen können; die Ausführungen sind frei von Polemik, sie werden nachdrücklich und beharrlich für den demokratischen Sozialstaat, für ein Gemeinwesen auf zustim-

mungsfähigen Grundlagen – zustimmungsfähig, weil die Sache der sozialen Gerechtigkeit auch in Zeiten der Globalisierung unbeirrt und ohne Ausflüchte hoch gehalten werden müsste – im Staat und von beiden Kirchen. Es wäre zu schön ...

F. Segbers' Kernbeitrag ist umgeben von einem Kranz spannender Darstellungen zum Thema „Kirche in der globalen Welt“ – *Wieland Zademachs* europäisch und ekklesiologisch engagierte Interpretation bringt die im Strom des Weltgeschehens schon fast wieder untergehende „Charta Oecumenica“ von 2003 neu ins Bewusstsein und empfiehlt sie als „Hausordnung“ für die „Kirche der Zukunft“ (111ff.); *Fritz-Erich Anhelm* macht nachdenklich darüber, wie „kirchliche Akteure“ in der Moderne zwischen den Polen eines eher traditionsgeleiteten, „staats-analogen“ Selbstverständnisses von Kirche auf der einen, einer zivilgesellschaftlich kompatiblen gesellschafts-analogen Sicht auf der anderen Seite Handlungsspielraum gewinnen können (197ff.). Und *Jiri Šimůn* so informativer wie aufregender Bericht darüber, wie das mit den reformatorischen Kirchen in der CSSR vor der, um die und nach der Wende, gerade auch ökumenisch gesehen, gelaufen ist („Die Sache der Kirche“, 219ff.), macht

begierig, einmal etwas vergleichbar Authentisch-Kompetentes über den Gang der Dinge in den beiden Deutschländern um die Zeit der Wende zu lesen zu bekommen.

Damit nicht genug: Der Co-Herausgeber *Wolfgang W. Osterhage* sieht in „Vernetzung“ das zukunftsfähige Format überregionaler Kommunikation von Gemeinden (173ff.); in kirchen-theoretischer Absicht stellt *Jörg Hübner* zehn kommentierte Thesen über „Nationalstaat, Weltkirche und lokale Ortsgemeinde“ zur Diskussion (63ff.); die Diasporasituation kommt als möglicher zukünftiger Regelfall systematisch in Blick bei *Harald Uhl* (37ff.) und – in historischer Perspektive – unter Akzentuierung des Subsidiaritäts-Prinzips, am Beispiel des niederrheinischen Protestantismus' bei *Hartmut Becks* (87ff.).

Das sind zusammengekommen rund ein Dutzend Beiträge zu einem facettenreichen Sammelband mit Orientierungen über Gegenwarts-Probleme und Zukunftsperspektiven der „Kirche in der globalen Welt“. Nicht Ängstlichkeit oder Ratlosigkeit verbindet die Autoren, sondern, wie es Christen gut ansteht, Zuversicht. Intentionen und Konzept des Bandes repräsentieren die Plädoyers für Solidarität und Gerech-

tigkeit im widerständigen Sozialstaat (*F. Segbers*) und *Wolfgang W. Osterhages* Lobpreis der „herrschaftsfreien Geschwisterschaft“ in der Kirche – sei es die alte oder eine neue, zukünftige (233–240).

Es kann ja nur eine Empfehlung sein: Macht die „Kabinnett-Stückchen“ des Bandes, zum Beispiel die Darlegungen von *W. Zademach*, *F. Segbers*, *F.-E. Anhelm* und *J. Silný* zur Pflichtlektüre von Kirchentagsbesucherinnen und -besuchern München 2010! Verteilt sie als Sonderdrucke, legt sie Publik Forum und Chrismon Plus bei, oder bringt sie ins Religions-Buch für die Oberstufe. Das wäre mal ein Beitrag zu PISA-Problemen und zum Bildungs-Notstand – politisch, kulturell und religiös. Und wenn es nur um des Beitrags von *Franz Segbers* willen wäre – „Gerechte Globalisierung durch einen widerständigen Sozialstaat“ (die Überschrift ist Programm) –, das würde die Anschaffung allein schon lohnen.

BUNDESNACHRICHTEN

Am 3. Januar 2009 soll auf dem Südfriedhof in Köln ein Gedenken anlässlich des 70. Todestages am Grab Georg Fritzes stattfinden. Georg Fritze war sozialistischer und antifaschistischer Pfarrer in Köln. Ein Vortrag von ihm gab 1919/20 den Anstoß zur Gründung des „Bundes religiöser Sozialisten Köln“. In CuS 4/07 ist sein Lebensbild wiedergegeben.

Vom 17.–18. Januar 2009 soll eine Tagung „Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit“ in der Melanchthon-Akademie – Köln – stattfinden. Auch die Tagung ist dem Gedenken an den religiös-sozialistischen Pfarrer Georg Fritze gewidmet. Sie wird von der BRSD-Gruppe Rheinland, der Melanchthon-Akademie Köln und der Kartäuserkirche Köln veranstaltet.

Programm:

Samstag, 17.1.2009

13.30 Ankunft

14.00 Uhr Begrüßung. Georg Fritze als Streiter für soziale Gerechtigkeit (mit Darius Dunker und Norbert Voß vom BRSD Rheinland)

15.00 Uhr Arbeitseinheit 1: Christlich-Muslimischer Dialog (mit Pfarrerin Dorothee Schaper u. N.N.)

16.15 Uhr Arbeit mit christlichen MigrantInnen (mit Armin Kopper)

17.45 Uhr Arbeitseinheit 2: Christlich-Jüdischer Dialog (N.N.)

19.00 Uhr Abendessen

20.00 Uhr Podiumsdiskussion mit VertreterInnen der drei Religionen

Sonntag, 18.1.2009

9.45 Uhr Gottesdienst in der Kartäuserkirche (mit Pfarrer Mathias Bonhoeffer)

11.00 Uhr Fahrt zum Südfriedhof, Gedenken am Grab Georg Fritzes

12.30 Ende der Tagung

*Teilnehmerbeitrag € 20,-,
Unterkunft in Privatquartieren
nach Vereinbarung möglich.*

*Anmeldung bei Darius Dunker,
Schleidener Str. 139, 52076
Aachen, Email: dkd @BRSD.de,
Tel. 0 24 08-9 29 95 58 oder
unter der Veranstaltungsnummer
1015 S bei der Melanchthon-Aka-
demie, Tel. 02 21-93 18 03-0.*



Fürbitte

Polit. Nachtgebet Buß- und Bettag 2008

„Reichtum schafft Armut“.

Ev. Martini-Gemeinde, Gustav-Heinemann Friedensinitiative, Siegen, c/o Ute Waffenschmidt- Leng, Astrid Greve

Gott, Adonaj,
Du siehst, wie wir uns alle verfangen in selbst geschaffenen Teufelskreisen. Du siehst, wie uns unsere Lebensweise des Immer-mehr, Immer-weiter, Immer-schneller krank macht. Wie ein Krebsgeschwür zerfrisst es unsere Körper und unsere Gesellschaft. Fall Du uns in die Arme, wo wir blind und taub von fremden Geistern getrieben werden. Ach, Adonaj, heile Du uns, hilf uns, fall uns in die Arme – (treib aus die bösen Geister). Wir bitten zu dir ... Kyrie eleison

Gott, Adonaj,
steh nicht fern, verbirg dich nicht zur Zeit der Bedrängnis. Mit Arroganz verfolgen die Gewalttätigen glühend die Gebeugten. Sie verfangen sich selbst in den Intrigen, die sie erdachten. Ja, die Gewalttätigen prahlen mit grenzenloser Gier. Die Habgierigen sagen Dir ab mit Verachtung. Sie sagen: „Gott forscht nicht nach. Es gibt keinen Gott.“ – So ist ihr ganzes Denken. Dein Rechtsprechen – hoch droben

und weit weg von ihnen. Steh auf, Adonaj, Gott, erhebe deine Hand! Vergiss die nicht, die in Armut leben. Zerbrich den Arm der Gewalttätigen und der Bösen. Die Sehnsucht der Gebeugten, höre du sie! Wir bitten zu dir ...

Gott, Adonaj,
mach uns hellsichtig und wachsam, dass wir die bösen Geister erkennen und beim Namen nennen. Hilf uns, mit allem was wir tun und was wir nicht tun, das Leben zu suchen und nicht die Gräber: In unserem Umgang mit Geld, mit Wasser, Boden, Luft – den Lebens-Mitteln die du schenkst – und in der Gerechtigkeit untereinander. Wir wollen nicht in einer Festung leben, an deren Stacheldrahtzäunen die Armen dieser Welt zugrunde gehen. Gib uns Mut und Fantasie in der Arbeit für eine lebenswerte Welt auch noch für unsere Kinder und Kindeskindern, für Deine kommende Welt, inmitten unseres Alltags. Erinnere uns immer wieder an unsere Sehnsucht, heil du die Verletzungen. Stärke unsere manchmal so müden Knie und unsere Hoffnungskraft.

Ach, Adonaj, heile Du uns, hilf uns, fall uns in die Arme – Wir bitten zu dir ...

Bilder und Fotos

- S. 3 Reinhard Gaede
S. 9 Jörg Baumgarten
S. 11 Wieland Zademach
S. 12 Pastor Gollwitzer in Dahlem
S. 29 Chr. Kaiser Verlag, Begegnungen mit
H. Gollwitzer, Hg. U. Kabitz,
F.W. Marquardt, München 1984
S. 30 Wilhelm Weitling, Wikipedia (gemeinfrei)
S. 44 Ulrich Peter
S. 47 NW 8.10.08, Nr. 235
S. 49 NW, 20.10.08, Nr. 245, S. 53, D. Henschel
S. 58 Ottmar Schreiner
S. 59/60 Florian Reith, OF,
Franziskaner-Kloster Pankow
S. 61 Ev-Luth. Kirchengemeinde Laar,
Herford, Archiv Ingelore Gaede
S. 63 Heiko Bluhm
S. 64/65 Bernd Siggelkow

Autoren

Prof. Dr. Friedrich W. Bargheer

Hinter dem Böhmerhof 1, 32825 Blomberg

Dr. Jörg Baumgarten

Kapellenstr. 33, 53797 Lohmar

Heiko Bluhm

Eberhardstr. 8, 74348 Lauffen a.N.

Astrid Greve

Meidenbachswald 1, 57234 Wilnsdorf

Dr. Detlef Henschel

Meiningenallee 13, 14052 Berlin

Dr. Ulrich Peter

Trautenaust. 12/I, 10717 Berlin

Florian Reith, OF

Wollankstr. 19, 13187 Berlin-Pankow

Ottmar Schreiner, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Bernd Siggelkow

Die Arche, Tangermünder Str. 7, 12627 Berlin

Ute Waffenschmidt-Leng

Tilman-Siebel-Str. 8, 57074 Siegen

Dr. Wieland Zademach

Fritz-Henkel-Str. 38, 53572 Unkel

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD, Diskette oder per E-Mail.
 - **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine (!) Internetbilder, da sie nicht den Anforderungen des Offsetdruckes entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post
- Adresse: cus@brsd.de oder reinhard-gaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1980)

Abonnements:

Per Post:

BRSD-Sekretariat Michael Bschorr
Bobes Feld 14 · 33818 Leopoldshöhe

Per Fax:

Fax 05202/884 884

Per E-Mail:

mib@brsd.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland: Europa € 24,-,
Welt € 28,50 pro Jahr · Förderabonnement € 25,-
oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag
jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · BLZ 350 601 90 · Kt.-Nr. 2119 457 010

Internationale Überweisungen:

IBAN DE 15350601902119457010

BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam